

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1976

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Preise, Lebenshaltungskosten und Arbeitseinkommen 1950 - 1975

- 49 Die Entwicklung der Verbraucherpreise von 1950 bis 1975 führte bei zunehmendem Lebensstandard zu einem Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung von Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit mittlerem Einkommen um mehr als das Doppelte. Im gleichen Zeitraum erhöhten sich Löhne und Gehälter jedoch in erheblich stärkerem Maße.

Landwirtschaftliche Betriebe 1949 - 1975

- 56 Anhand der auf den neuesten Gebietsstand umgerechneten Daten von 1949 und 1960 werden die regional sehr unterschiedlich verlaufenen Veränderungen in der Zahl und der Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe während der letzten 25 Jahre aufgezeigt.

Meldepflichtige Krankheiten 1975

- 60 Die seit 1973 stetige Zunahme der Scharlachhäufigkeit hat sich im Berichtsjahr nicht mehr fortgesetzt.

Einkommenspyramide 1971

- 62 Die Anfang dieses Jahres vollzogene Einspeicherung der zu einer Einkommenspyramide zusammengefaßten Einkünfte der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 1971 auf Gemeindeebene in das Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz ist willkommener Anlaß das methodische Vorgehen bei der einheitlichen Einkommensschichtung zu erläutern und eine Darstellung der Landesergebnisse zu geben.

Jugendhilfe-Personal 1974

- 66 Über 25 000 Mitarbeiter sind in den rund 4 300 Einrichtungen, Behörden und Geschäftsstellen der Jugendhilfe tätig. Stärkste Stütze der Jugendhilfe ist die freie Trägerschaft mit über 10 000 der insgesamt erfaßten 13 300 Beschäftigten in einem festen Dienst- oder Arbeitsverhältnis. 12 000 Personen helfen ehrenamtlich.

Grundschema einer Bevölkerungsprognose

- 70 Der vorliegende Beitrag behandelt das im Rahmen des Landesinformationssystems konzipierte Auswertungsprogramm einer regionalen Bevölkerungsprognose. In einem ersten Teil wird zunächst das Grundschema der regionalen Bevölkerungsprognose vorgestellt, dem sich später die Beschreibung der wichtigsten Ergebnisse anschließen soll.

Anhang

- 17* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
23* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Preise für Grundnahrungsmittel, Wohnungsmieten und Dienstleistungen seit 1950 besonders stark gestiegen — Facharbeiter-Löhne verachtacht

Von 1950 bis 1975 haben sich von den Verbraucherpreisen vor allem die Preise für Grundnahrungsmittel, Wohnungsmieten und Dienstleistungen besonders stark erhöht. Unter den Waren der Hauptgruppe Nahrungsmittel wurde die höchste Steigerungsrate für Seefisch (Kabeljau) ermittelt; dieser verteuerte sich innerhalb von 25 Jahren um fast 560%. Von den ausgewählten Nahrungsmitteln verzeichneten allein Brathähnchen eine Preisreduzierung. Generell konnte eine ausgeprägte Tendenz zum Kauf höherwertiger Sorten und Qualitäten festgestellt werden. Infolge starker Reduzierung der Weltmarktpreise verbilligte sich dennoch Bohnenkaffee fast um die Hälfte, schwarzer Tee um etwa zwei Fünftel. Textilwaren verteuerten sich seit 1950 in deutlich geringerem Ausmaß als Nahrungsmittel. Während sich Rundfunk- und Fernsehgeräte innerhalb der letzten zehn Jahre stark verbilligten, verzeichneten insbesondere Dienstleistungen sehr erhebliche Preiserhöhungen, weil hier Produktivitätssteigerungen und Rationalisierungen nur in sehr begrenztem Umfang möglich sind.

Innerhalb des Preisindex der Lebenshaltung von Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit mittlerem Einkommen stieg der Preisindex der Bedarfsgruppe Heizung und Beleuchtung vor allem infolge der ungewöhnlich hohen Preissteigerungen für Erdöl allein von 1972 bis 1975 um 44%. Die seit 1973 zu beobachtenden kräftigen Preiserhöhungen für Rohöl und andere Rohstoffe schlugen auf die Preisentwicklung in allen nachgeordneten Märkten durch und beeinflussten eine beträchtlich hohe Anzahl von Verbraucherpreisen.

Im betrachteten Zeitraum 1950 bis 1975 erfuhren jedoch Löhne und Gehälter in weit stärkerem Maße eine sowohl nominelle als auch reale Steigerung. So erhöhte sich der durchschnittliche Bruttostundenverdienst eines männlichen Facharbeiters in der Industrie (ohne Hoch- und Tiefbau) in dieser Zeit von 1,38 DM auf 11,00 DM; das entspricht einer Zunahme um 700%. Bei einem Vergleich der erforderlichen Arbeitszeit dieses Facharbeiters für den Erwerb ausgewählter Waren und Leistungen zeigt sich, daß 1975 weit weniger Arbeitszeit aufgewendet werden mußte als früher. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 49

Preisaufruf im privaten Bereich etwas abgeschwächt obwohl Kartoffeln noch teuer

Die Zahl der Waren und Leistungen, deren Preise sich von Mitte Januar bis Mitte Februar erhöhten, ist trotz rückläufiger Tendenz insbesondere bei Textil- und Lederwaren sowie bei Frischgemüse und Obst immer noch beachtlich. Die durchschnittlichen Preisveränderungen waren dabei sehr unterschiedlich, gingen aber nur in wenigen Fällen über 1% hinaus. Vereinzelt konnten auch Preisrückgänge verzeichnet werden.

Die Entwicklung der rheinland-pfälzischen Verbraucherpreise stellte sich im einzelnen wie folgt dar: Unter den tierischen Nahrungsmitteln verteuerten sich Rind- und Schweinefleisch bis zu 0,6%, Kalbfleisch (Schnitzel) um 1,4, Wurstwaren zwischen 0,3 und 0,7, Brathähnchen und Eier um je 0,4 sowie Käse um etwa 1,0%. Billiger angeboten wurden Frisch-

fisch (bis — 6,0%) und Vollmilch (— 0,9%). Bei den pflanzlichen Nahrungsmitteln gab es neben Brot, dessen Preis sich um 0,5% erhöhte, wesentliche Aufschläge insbesondere bei Frischgemüse und Obst. So verteuerten sich Kartoffeln um rund 30%, Kohlrarten (ohne Blumenkohl) ebenfalls bis zu 30%, Kopfsalat um 36, Zwiebeln um 10, Mohrrüben um 7, Äpfel bis zu 14 und Weintrauben um 29%. Preisrückgänge verzeichneten Blumenkohl (— 16%), Salatgurken (— 13), Zitronen (— 11) und Apfelsinen (— 3%).

Ein Vergleich der Februar-Preise mit den vor einem Jahr ermittelten zeigt in diesem Bereich besonders hohe Preisanstiege, so daß die Veränderungen zu den Januar-Preisen nicht nur saisonal bedingt sind. Danach wurden z. B. Kartoffeln jetzt zu einem um 173% höheren Preis verkauft als vor einem Jahr, bei den Kohlrarten (ohne Blumenkohl) betrug die Steigerung bis zu 77%, bei Kopfsalat ebenfalls 77, bei Zwiebeln 39 und bei Blumenkohl 25%. Unter den Obstsorten erfuhren lediglich Birnen einen beachtlichen Aufschlag (+ 22%).

Mehr als drei Viertel aller in die Preisbeobachtung einbezogenen Textil- und Lederwaren verteuerten sich gegenüber dem Vormonat im wesentlichen zwischen 0,1 und 0,8%. Gegenüber Februar 1975 betrug die Preissteigerung etwa 4 bis 5%. Ähnlich, jedoch zahlenmäßig nicht ganz so umfangreich, waren die Preisveränderungen bei den sonstigen industriellen Erzeugnissen. Um 2 bis 4% teurer wurde Benzin, feste Brennstoffe erhöhten sich im Preis bis zu 2%. Leichtes Heizöl veränderte seinen Preis zum vorausgegangenen Monat nur unwesentlich; gegenüber Februar 1975 betrug die Steigerung jedoch 30%.

Kommunale Gebühren blieben nach dem Anstieg im Vormonat diesmal unverändert. Auch die Handwerkerleistungen und Mieten verteuerten sich nur unwesentlich. wf

Drei Viertel aller natürlichen Personen bezogen ihre Einkünfte aus Arbeitnehmereinkünften

Durch die Lohnsteuerstatistik und die Einkommensteuerstatistik werden die steuerlich erfaßten Einkünfte der natürlichen Personen nachgewiesen. Ein Gesamtüberblick über Anzahl und Einkünfte dieser Steuerpflichtigen in Form einer einheitlichen Einkommenspyramide ist möglich, wenn die Erhebungseinheiten und die Schichtungsmerkmale beider Statistiken vereinheitlicht und insbesondere die Doppelerfassungen der veranlagten Arbeitnehmer eliminiert werden.

Die einheitliche Einkommensschichtung weist 1,22 Mill. Steuerpflichtige mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 21 625 Mill. DM aus. Von diesen Steuerpflichtigen blieb gut ein Fünftel unter jährlichen Einkünften von 8 000 DM. Mit einem zahlenmäßigen Anteil von 28,1% und einem Anteil an den gesamten Einkünften von 31,3% stellten die auf die Einkommensgrößenklasse 16 000 bis 25 000 DM entfallenden Einkommensbezieher die mit Abstand stärkste Gruppe. Insgesamt 143 Einkommensmillionäre wurden gezählt.

Die zusammenfassende Schichtung aller Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen nach Einkunftsarten ergibt, daß es sich in über drei Vierteln aller Einkunftsfälle um Arbeitnehmereinkünfte handelt, gefolgt von den Einkünften aus Gewerbebetrieb (7,6%) und den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung (5,2%). he

Mehr über dieses Thema auf Seite 62

Noch kein Stillstand des Bevölkerungsrückgangs

Im 3. Vierteljahr 1975 ist die Wohnbevölkerung von Rheinland-Pfalz um weitere 3 774 Personen auf 3 673 700 Personen zurückgegangen und sank damit auf den Stand des Jahres 1971. Darunter befanden sich rund 142 000 Ausländer (3,9%). Gegenüber dem Jahresende 1974 bedeutet das einen Rückgang der ausländischen Bevölkerung um gut 4 000 Personen oder 2,8%.

Die negative Bevölkerungsbilanz des 3. Quartals errechnet sich aus einem Gestorbenenüberschuß von 1 668 und einem Wanderungsverlust von 2 106 Personen. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres war der Gestorbenenüberschuß mit 846 Personen erst halb so groß, während gleichzeitig noch ein positiver Wanderungssaldo von 258 Menschen erzielt wurde.

Im Berichtszeitraum wurden 7 386 Ehen geschlossen, 8 717 Kinder wurden lebend geboren und 10 385 Menschen starben. Die Zahl der Eheschließungen liegt gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 3,2% höher. Während die Zahl der Lebendgeborenen um 7,3% abnahm, wurden 1,3% mehr Sterbefälle registriert.

Der Wanderungsverlust des Landes im 3. Vierteljahr 1975 hat seinen Hauptgrund in den um 2 451 über den Zuzügen liegenden Fortzügen der ausländischen Bevölkerung, die durch das Wanderungsplus der Deutschen in Höhe von 345 Personen bei weitem nicht kompensiert werden konnten. Bezieht man bei der Betrachtung des Wanderungsgeschehens nur die Erwerbspersonen ein, dann zeigt auch die deutsche Bevölkerung eine negative Bilanz, weil 696 Erwerbspersonen mehr fort- als zugezogen sind. ko

Grundschema für eine regionale Bevölkerungsprognose

Regionale Bevölkerungsprognosen sind nicht nur Grundlage der verschiedensten Fachplanungen, sondern nehmen gleichzeitig eine Schlüsselposition für weiterführende Prognosen ein. Teilt man die Bevölkerungsprognose nach bestimmten Altersgruppen auf, so erhält man beispielsweise die künftige Bevölkerung im Kindergartenalter, im schulpflichtigen Alter, im erwerbsfähigen Alter sowie über der beruflichen Altersgrenze. Daraus lassen sich entsprechende Prognosen über die Belegung der Kindergärten, über Schüler an allgemein- und berufsbildenden Schulen, über das Arbeitskräftepotential und Bewohner von Altenheimen, aber auch über den Bedarf an notwendigem Personal zur Betreuung bzw. Unterrichtung der genannten Bevölkerungsgruppen ableiten.

Als regionale Abgrenzungseinheit wird dabei der Kreis gewählt, auf dessen Ebene sich kommunale und landespolitische Interessen berühren. Auf dieser Grundlage lassen sich sowohl gebietsübergreifende Regional- als auch gebietsbezogene Kommunalplanung sinnvollerweise aufbauen.

Das vorgelegte Grundschema einer regionalen Bevölkerungsprognose dient als Richtschnur eines entsprechenden Auswertungsprogramms im Rahmen des Landesinformationssystems. Danach soll die Gesamtprognose aus mehreren Teilprognosen über die einzelnen Komponenten der Bevölkerungsentwicklung baukastenartig zusammengesetzt werden, so daß sukzessive mit in sich aussagekräftigen Teilergebnissen zu rechnen ist.

Die Laufzeit der Prognose, die jährlich zu aktualisieren ist, soll 15 Jahre umfassen und dem Benutzer die Möglichkeit geben, eine beliebige Abschneidegrenze festzulegen. mr

Mehr über dieses Thema auf Seite 70

Scharlach 1975 wieder rückläufig

Mit 7 161 im Berichtszeitraum gemeldeten Fällen lag das Ausmaß infektiöser Erkrankungen im Jahre 1975 erheblich unter dem des Vorjahres (7 587). Der Rückgang der Fallzahlen insgesamt wurde vornehmlich bewirkt durch das starke Absinken des Scharlachs sowie das geringere Auftreten der Hepatitis infectiosa und der Neuerkrankungen an Tuberkulose. Zusammen mit der wiederum stärksten Krankheitsgruppe, der Enteritis infectiosa, bestimmten diese Krankheiten das Seuchenbild des Berichtsjahres, machten sie doch rund 95% aller Meldefälle aus.

Bei der Enteritis infectiosa lag die Zahl der angezeigten Infektionen (2 078) um 34% über der des Vorjahres. Trotz der vermehrten Verbreitung konnte weder ein regional noch zeitlich gehäuftes Auftreten festgestellt werden, welches auf epidemische Verläufe schließen ließe. Alle anderen meldepflichtigen Darmerkrankungen wie Ruhr (26), Typhus abdominalis (11) und Paratyphus (9) blieben 1975 wegen ihres geringen Erkrankungsausmaßes und wegen ihrer sporadischen Erscheinung epidemiologisch ohne Bedeutung. Bei der zweitstärksten Krankheitsgruppe, der Tuberkulose (1 470), hielt der während der gesamten Nachkriegszeit ununterbrochene Rückgang der Erkrankungshäufigkeit an (— 5,8%).

Die den langjährigen Rückwärtstrend der Scharlachhäufigkeit unterbrechende Scharlachexpansion ab dem Jahre 1973 hat sich im Berichtszeitraum nicht mehr fortgesetzt, vielmehr sank die Krankenzahl (1 818) gegenüber dem Vorjahr um 30%. Weiterhin rückläufig ist auch die Hepatitis infectiosa (1 108), welche - gemessen an ihrem Erkrankungsgipfel im Jahre 1970 (1 800) - inzwischen wieder ein Morbiditätsausmaß mittleren Grades erreicht hat. In einem seit Jahren nicht mehr erreichten Ausmaß trat die infektiöse Hirnhautentzündung in Erscheinung, und zwar stehen den 415 im Jahre 1974 ermittelten Fällen 532 im Berichtszeitraum gegenüber. Ihren vorjährigen tiefsten Stand hat die übertragbare Gehirnentzündung (7) nur um einen Erkrankungsfall überschritten. Außerdem sind im Jahre 1975 noch folgende meldepflichtigen Krankheiten aufgetreten: Brucellose (19), Q-Fieber (13), Leptospirose (10), Ornithose (5), Malaria (5), Mikrosporidie (4), Botulismus (3), Milzbrand (1), Tularämie (1). Aus dem Rhein-Lahn-Kreis wurde ein Fall von Wundstarrkrampf gemeldet. zi

Mehr über dieses Thema auf Seite 60

Überwiegend Fachkräfte in der Jugendhilfe 1974

Ende 1974 waren in Rheinland-Pfalz 13 300 Mitarbeiter in der Jugendhilfe beschäftigt und außerdem fast 12 000 Personen ehrenamtlich im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit tätig. Von den in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehenden 11 300 weiblichen und rund 2 000 männlichen Beschäftigten hatten mehr als 8 000 einen anerkannten Berufsausbildungsabschluß. Knapp ein Drittel der weiblichen Beschäftigten (3 400) besaß keine spezifische Berufsausbildung, 1 350 Frauen befanden sich noch in der Ausbildung, 40 von 100 waren als Erzieherin, Kindergärtnerin, Hortnerin oder Kinderpflegerin ausgebildet. Jede zweite dieser überwiegend im frühkindlichen Bereich tätigen Mitarbeiterinnen war jünger als 25 Jahre. Von den 2 000 männlichen Beschäftigten hatten dagegen nur 240 keinen Abschluß, 200 befanden sich noch in der Ausbildung. Drei Viertel aller erfaßten Beschäftigten waren in Einrichtungen eines freien Trägers tätig und 3 000 Personen in Einrichtungen der öffentlichen Hand. hä

Mehr über dieses Thema auf Seite 66

Preise, Lebenshaltungskosten und Arbeitseinkommen 1950 - 1975

Die wirtschaftliche Entwicklung der vergangenen 25 Jahre ist für den einzelnen Verbraucher gekennzeichnet durch eine stetige Teuerung bei Verbrauchsgütern und Dienstleistungen und einer damit verbundenen Erhöhung der Lebenshaltungskosten einerseits, auf der anderen Seite durch eine nicht minder deutliche Steigerung der Einkommen, die freilich auch durch Steuern und Sozialabgaben zunehmend belastet werden. Da sich in diesen Jahren der Lebensstandard - angefangen vom Wohnkomfort über längerlebige Gebrauchsgüter bis hin zu den Lebensgewohnheiten des Alltags - allge-

mein gehoben hat, liegt es auf der Hand, daß die wachsenden Einkommen die Wirkung der Teuerungen nicht nur ausgeglichen, sondern darüberhinaus die Voraussetzungen für die allgemeine Verbesserung der Lebensverhältnisse geschaffen haben. Im nachstehenden Beitrag wird anhand von Ergebnissen der Verbraucherpreisstatistik, der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte und der laufenden Verdiensterhebungen versucht, die unterschiedliche Entwicklung von Preisen und Arbeitseinkommen deutlicher herauszuarbeiten.

I. Verbraucherpreise

Verbraucherpreise wurden von der amtlichen Statistik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erstmals wieder 1948 erhoben. Der gesamte Erhebungskatalog umfaßt derzeit etwa 750 Waren und Leistungen des täglichen Bedarfs. Bei den veröffentlichten Verbraucherpreisen handelt es sich um ungewogene Landesdurchschnitte, die repräsentativ aus Ermittlungen gegen Monatsmitte in derzeit elf, teilweise nur in acht, bei Waren mit annähernd gleicher Preisentwicklung nur in zwei Berichtsgemeinden in Rheinland-Pfalz gewonnen werden. Da Waren- und Leistungsbeschreibungen in der Regel weit gefaßt sind und den Berichtsfirmen ein gewisser Spielraum gegeben ist, wobei allerdings die jeweils am häufigsten gekaufte Sorte gewählt werden soll, sind die Durchschnittspreise nicht unbe-

dingt für die genannte Ware oder Leistung im Lande repräsentativ. Für einen interregionalen Vergleich kann deshalb weniger die absolute Preishöhe als vielmehr die zeitliche Preisänderung als Maßstab dienen. Bei einer Änderung der Erhebungsgrundlage, beispielsweise bei einem Wechsel der Berichtsstellen, der Sorten oder der Qualität werden die Vormonatspreise neu errechnet, so daß die zeitliche Vergleichbarkeit der Preise gewahrt ist. Vor allem für höherwertige technische Geräte ist es allerdings oft besonders schwierig, bei technischen Verbesserungen oder Modelländerungen, die mit Preiserhöhungen verbunden sind, die echten Preisveränderungen, also solche, die nicht auf Qualitätsänderungen zurückzuführen sind, festzustellen. In den Preismeßzahlen bleiben alle Preisände-

Verbraucherpreise ausgewählter Leistungen, Tarife und Gebühren 1950 - 1975

Leistung Tarif Gebühr	Einheit	Meßzahlen			Veränderung 1975 zu			Nachrichtlich: Preise 1975
		1960	1970	1975	1950	1960	1970	
		1950 = 100			%			DM
Besohlen mit Absätzen für Herren- schuhe, Gummisohle	1 mal	141,7	192,2	307,1	207,1	116,7	59,8	16,95
Haarschneiden für Herren	1 mal	213,9	420,3	678,5	578,5	217,2	61,4	5,36
Fahrtkosten Straßenbahn oder Omnibus, für Erwachsene	Einzelfahrt	150,0	242,3	365,4	265,4	143,6	50,8	0,95
Fernsprechgebühr, Ortsgespräch	1 mal	111,1	111,1	127,8	27,8	15,0	15,0	0,23
Briefporto bis 20 g, Inland	1 Brief	100,0	150,0	250,0	150,0	150,0	66,7	0,50
Elektrischer Strom mit Grundgebühr	1 kwh	109,2	131,9	212,9	112,9	95,0	61,4	0,347
Gas mit Grund- oder Verrechnungs- preis	1 Mcal	134,7	164,5	248,6	148,6	84,6	51,1	0,099
Miete einschl. Nebenkosten, Altbauwohnung ohne Bad	} Monatsmiete	137,4	271,5	358,1	258,1	160,6	31,9	108,14
Altbauwohnung mit Bad		131,3	253,0	330,9	230,9	152,0	30,8	138,64
Neubauwohnung mit Bad		119,2	230,5	295,7	195,7	148,1	28,3	162,91

rungen unberücksichtigt, die auf Änderungen in der Beschaffenheit zurückzuführen sind.

Überdurchschnittliche Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln

Für die Entwicklung der Verbraucherpreise ausgewählter wichtiger Waren und Leistungen ist im untersuchten Zeitraum von 1950 bis 1975 primär kennzeichnend, daß sich die Preise für Grundnahrungsmittel teilweise ganz erheblich erhöhten. Ortsübliches Roggenbrot verteuerte sich um nahezu das Fünffache und Weißbrot um das Vierfache. Eine höhere Steigerungsrate wurde in der Gruppe der Nahrungsmittel nur noch bei Seefisch ermittelt; dieser zog innerhalb von 25 Jahren um 556% im Preis an. Nicht zuletzt die in den vergangenen Jahren eingetretene Dezimierung der Seefischbestände führte zu einem deutlich knapperen Angebot und somit zu starken Preisheraufsetzungen. Rinderbraten verteuerte sich nahezu um das Vierfache, Schweinekotelett, das in erheblich größeren Mengen auf den Markt kommt, immerhin noch um etwas mehr als das Doppelte, während für gekochten Schinken fast das Dreifache gezahlt werden mußte.

Preisbeeinflussende Wirkungen gehen gerade bei Nahrungsmitteln in starkem Maße von den Verbrauchsgewohnheiten der privaten Haushalte aus,

wie umgekehrt Preisentwicklungen zu Änderungen im Kaufverhalten der Verbraucher führen können. So hat zweifellos die stetig wachsende Nachfrage, namentlich auch nach magerem Fleisch, mit beigetragen zu den differierenden Teuerungsraten bei Rind- und Schweinefleisch. Beim dominierenden Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des Haushaltsvorstandes beliefen sich beispielsweise im Jahre 1950 die Ausgaben für Fleisch- und Fleischwaren im Schnitt auf monatlich 27,25 DM, dagegen 1974 (für 1975 liegen entsprechende Zahlen noch nicht vor) auf nicht weniger als 120,44 DM. Das entspricht einer Ausgabensteigerung um rund 340%. Für den Kauf von Schwarz- und Mischbrot dagegen wurden von diesem Haushaltstyp im Jahre 1950 insgesamt 11,36 DM ausgegeben, 1974 lediglich 18,01 DM, also nur etwa 60% mehr. Die Ausgaben für Weißbrot sowie Feingebäck und Dauerbackwaren stiegen hingegen weitaus stärker an. Insgesamt gesehen läßt sich im untersuchten Zeitraum eine ausgeprägte Tendenz zum Kauf höherwertiger Sorten und Qualitäten feststellen, was nicht ohne Auswirkungen auf das Preisgefüge blieb.

Für frische Vollmilch in Ein-Weg-Packungen wurde ein Preisanstieg um 200% errechnet, für deutsche Markenbutter um 53% und für Margarine um 63%. Reis verteuerte sich um 120% und Zucker

Verbraucherpreise ausgewählter Waren 1950 - 1975

Ware	Einheit	Meßzahlen			Veränderung 1975 zu			Nachrichtlich:
		1960	1970	1975	1950	1960	1970	Preise 1975
		1950 = 100			%			DM
Rindfleisch zum Braten	1 kg	165,6	284,9	386,4	286,4	133,3	35,6	13,60
Schweinefleisch, Kotelett	1 kg	149,4	186,9	225,9	125,9	51,2	20,9	10,19
Brathähnchen, bratfertig	1 kg	110,0	72,4	82,0	- 18,0	- 25,5	13,3	4,25
Seefisch, Kabeljau	1 kg	224,6	419,5	655,9	555,9	192,0	56,4	7,74
Deutsche Eier	10 Stück	99,5	90,5	104,1	4,1	4,6	15,0	2,29
Frische Vollmilch	1 l	122,2	208,3	300,0	200,0	145,5	44,0	1,08
Käse, Emmentaler, 45 %	1 kg	119,6	172,2	255,5	155,5	113,6	48,4	12,39
Deutsche Markenbutter	1 kg	119,2	136,6	153,0	53,0	28,4	12,0	8,52
Margarine	1 kg	90,2	110,2	163,2	63,2	80,9	48,1	4,84
Pflanzenöl	1 l	69,5	63,9	143,2	43,2	106,0	124,1	3,81
Ortsübliches Roggenbrot	1 kg	182,2	297,8	471,1	371,1	158,6	58,2	2,12
Weißbrot	1 kg	162,9	267,7	400,0	300,0	145,5	49,4	2,48
Weizenmehl	1 kg	160,0	168,3	186,7	86,7	16,7	10,9	1,12
Reis	1 kg	71,4	137,7	219,5	119,5	207,4	59,4	3,38
Zucker	1 kg	102,5	94,2	139,7	39,7	36,3	48,3	1,69
Kartoffeln, in Beuteln verpackt	2,5 kg	184,2	363,2	407,9	307,9	121,4	12,3	1,55
Blumenkohl	1 kg	155,3	172,4	255,3	155,3	64,4	48,1	1,94
Kopfsalat	1 kg	138,9	188,0	246,3	146,3	77,3	31,0	2,66
Tomaten	1 kg	163,6	194,1	282,2	182,2	72,5	45,4	3,33
Tafeläpfel, Handelsklasse II	1 kg	136,9	120,0	244,6	144,6	78,7	103,8	1,59
Apfelsinen	1 kg	84,3	81,4	108,7	8,7	28,9	33,5	1,87
Vollmilchschokolade, Markenware	100 g	100,0	73,8	80,0	- 20,0	- 20,0	8,4	1,04
Bohnenkaffee	1 kg	61,3	50,5	55,1	- 44,9	- 10,1	9,1	16,08
Schwarzer Tee	100 g	69,9	58,9	60,6	- 39,4	- 13,3	2,9	1,43
Zigaretten, gängigste Sorte	1 Stück	83,0	91,0	113,0	13,0	36,1	24,2	0,113
Herren-Straßenanzug, reine Schur- wolle	1 Stück	110,9	128,2	167,0	67,0	50,6	30,3	260,53
Herren-Oberhemd, Mako-Popeline	1 Stück	96,6	104,3	143,1	43,1	48,1	37,2	32,25
Damen-Strümpfe, Perlon	1 Paar	37,3	27,1	36,8	- 63,2	- 1,3	35,8	3,07
Herren-Straßenschuhe, Gummisohle	1 Paar	123,0	154,7	243,2	143,2	97,7	57,2	59,10
Damen-Straßenschuhe, Gummisohle	1 Paar	119,2	154,4	257,8	157,8	116,3	67,0	57,26
Kinder-Schuhe, Gummisohle	1 Paar	113,8	148,0	228,7	128,7	101,0	54,5	41,58
Kleiderschrank, 2-türig	1 Stück	116,5	116,5	172,5	72,5	48,1	48,1	390,58
Auflegematratze, Federkern	1 Stück	106,1	107,6	158,7	58,7	49,6	47,5	207,88
Porzellantasse mit Untertasse	1 Stück	98,2	121,8	209,2	109,2	113,0	71,8	2,92
Elektroherd	1 Stück	147,1	110,0	124,3	24,3	- 15,5	13,0	429,93
Herren-Armbanduhr	1 Stück	115,4	145,6	170,7	70,7	47,9	17,2	102,22
Tageszeitung	Monatsbezug	147,2	243,3	398,9	298,9	171,0	64,0	11,33

um 40%. Unter den viel gekauften Nahrungsmitteln verzeichneten nur Brathähnchen eine Preisreduzierung, und zwar um etwa 18%, und für Eier ergab sich innerhalb des untersuchten Zeitraumes von 25 Jahren nur ein sehr geringer Preisanstieg von 4,1%. Zu dieser Entwicklung dürfte entscheidend die in zunehmenden Maße gleichsam fabrikmäßig betriebene Erzeugung und Haltung von Schlachthähnchen und Legehennen in Hühnerfarmen beigetragen haben. Bedingt durch günstige oder geringe Ernteergebnisse zeigten die Preise für Obst und Gemüse in den einzelnen Jahren beträchtliche Schwankungen. Insgesamt gesehen ergab sich jedoch auch für diese Erzeugnisse ein kräftiger Preisanstieg; viele Obst- und Gemüsearten verteuerten sich um das Zwei- bis Vierfache. Apfelsinen erfuhren dagegen nur geringfügige Verteuerungen, die kaum 10% ausmachten, der Bananenpreis ging sogar etwas zurück. Relativ geringe Preiserhöhungen konnten für alkoholische Getränke ermittelt werden. Flaschenbier zog im Preis um 65% an, und eine 0,7-Liter-Flasche Doppelkorn sogar nur um 17%. Infolge von starken Reduzierungen der Weltmarktpreise verbilligte sich Bohnenkaffee fast um die Hälfte und schwarzer Tee um etwa zwei Fünftel.

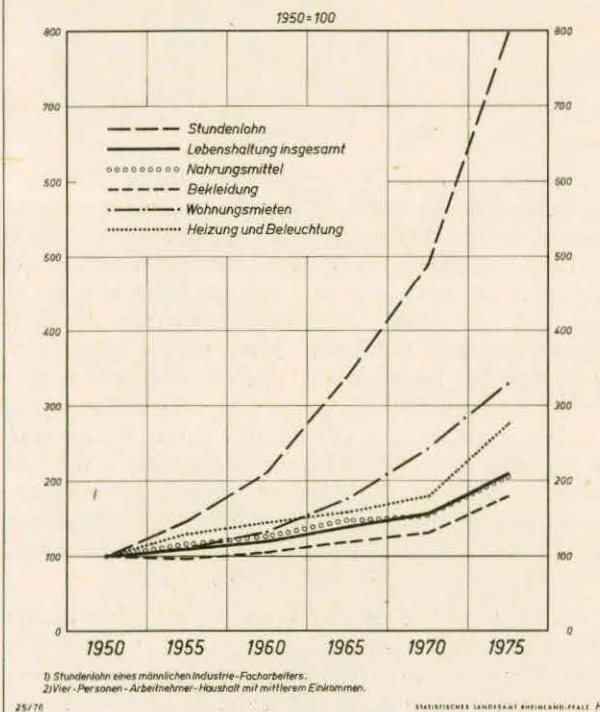
Preisveränderungen außerhalb des Nahrungsmittelsektors noch unterschiedlicher

Erheblich weiter noch als im Nahrungsmittelsektor klaffen die Preisveränderungsraten bei Gebrauchsgütern und Dienstleistungen auseinander. Generell lassen sich in diesen Bereichen drei Tendenzen erkennen. Industrielle Erzeugnisse, deren Herstellung einen hohen Lohnkostenanteil bedingt, womit vielfach auch noch mangelnde Möglichkeiten zu technischer oder organisatorischer Rationalisierung einhergehen, verteuerten sich überdurchschnittlich stark. Analog gilt dies auch für weite Teile des Dienstleistungsbereichs. Umgekehrt sind eine Reihe technischer Geräte sogar beträchtlich billiger geworden, weil sie durch Weiterentwicklungen an Attraktivität verloren haben: typisches Beispiel ist der Schwarz-Weiß-Fernsehpfeänger. Dazwischen liegt die große Gruppe von Waren und Leistungen, bei denen die Preisanhebungen von der Woge der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung getragen wurden, wobei neuartige Grundmaterialien und verbesserte Fertigungsmethoden gelegentlich bremsend wirkten.

Beispielsweise erhöhten sich die Einzelhandelspreise wichtiger Textilwaren im untersuchten Zeitraum in deutlich geringerem Maß als die Lebenshaltungskosten der mittleren Verbrauchergruppe. Für einen Herren-Straßenanzug aus reiner Schurwolle betrug die Preiserhöhung von 1950 bis 1975 nur 67%, für ein Herren-Oberhemd guter Qualität 43%, und für Damenstrümpfe aus Perlon konnte sogar eine Verbilligung um nahezu zwei Drittel ermittelt werden. Straßenschuhe verteuerten sich dagegen um mehr als das Zweieinhalbfache.

Preiserhöhungen in unterschiedlicher Stärke ergaben sich auch für sonstige industrielle Erzeugnisse. So stieg innerhalb von 25 Jahren im Bereich der Haushalts- und Einrichtungsgegenstände der

Entwicklung
der Löhne¹⁾ und Lebenshaltungskosten²⁾ 1950-1975



Preis für Elektroherde nur um etwa ein Viertel, für Reglerbügeleisen um knapp ein Drittel. Für einen zweitürigen Kleiderschrank machte die Preissteigerung 73% aus und für eine einteilige Federkern-Auflagematratze 59%. Schwierig gestalten sich infolge von Neuentwicklungen und häufigem Modellwechsel Preisvergleiche für Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte. Deshalb konnten für Schwarz-Weiß-Fernsehpfeänger, Rundfunkgeräte (Koffergeräte) und Langspieltonbänder die Preiserhöhungen nur bis zum Jahre 1966 zurückgerechnet werden. Schwarz-Weiß-Fernsehpfeänger verbilligten sich von 1966 bis 1975 um 28%, Rundfunk-Koffergeräte um 24%, und nur für Langspieltonbänder errechnete sich eine minimale Preiserhöhung um 1,2%. Herren-Armbanduhr verteuerten sich um mehr als zwei Drittel. Zu den Erzeugnissen mit einem hohen Lohnkostenanteil an den Herstellungskosten, die meist überdurchschnittlich hohe Preisanhebungen verzeichneten, gehören beispielsweise Braunkohlenbriketts, die 1975 mehr als das Vierfache von 1950 kosteten. In diesem Zusammenhang zu erwähnen sind auch Tageszeitungen, deren Preis auf das Vierfache kletterte.

Unter den verschiedenen Leistungen, Tarifen und Gebühren weisen die Dienstleistungen besonders starke Preiserhöhungen auf, hauptsächlich deshalb, weil hier Produktivitätssteigerungen nur in sehr begrenztem Umfang möglich sind. Die Spitze hält hier der Preis für Herrenhaarschnitt, der von 1950 bis 1975 auf nahezu das Siebenfache stieg. Auch das Besohlen von Schuhen verteuerte sich immerhin auf das Dreifache. Für elektrischen Strom mit Grundge-

büher machte die Preiserhöhung dagegen nur 113% aus, für Gas mit Grund- oder Verrechnungspreis 149%. Die Mieten für Altbauwohnungen ohne Bad erhöhten sich um etwa 260%, für Altbauwohnungen mit

Bad um 231%. Am geringsten zogen die Mieten für die schon 1950 verhältnismäßig teuren Neubauwohnungen mit Bad an, immerhin jedoch auch noch auf fast das Dreifache.

II. Lebenshaltungskosten

Da der Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte, welcher in den letzten Jahren eine dominierende Bedeutung bei Tarifverhandlungen und bei Verträgen mit Preisgleitklauseln gewonnen hat, erst ab 1962 beginnt, der Preisindex der Lebenshaltung von Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes aber schon sehr viel früher eingeführt wurde, konnte letzterer auf der Basis des Jahres 1970 in der Unterteilung nach Bedarfsgruppen bis 1950 zurückgerechnet werden. Im folgenden wird dargelegt, wie sich im untersuchten Zeitraum von 1950 bis 1975 die Entwicklung der Verbraucherpreise auf diesen Preisindex und seine Bedarfsgruppen ausgewirkt hat.

Es ist zunächst darauf hinzuweisen, daß in der Diskussion über den Preisindex der Lebenshaltung von Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit mittlerem Einkommen oft unbeachtet bleibt, daß dieser Index sich nicht auf die gesamte Preisentwicklung in allen Bereichen der Volkswirtschaft bezieht, sondern lediglich einen Maßstab für den privaten Verbrauch einer Durchschnittsfamilie darstellt. Darin schlagen sich sowohl Veränderungen der Verbrauchsgewohnheiten als auch Preisentwicklungen nieder. Als Modellfamilie gilt der vierköpfige städtische Arbeitnehmerhaushalt mit zwei Kindern, von denen mindestens eines unter 15 Jahre alt sein muß. Der allein verdienende Haushaltsvorstand bezieht das statistisch ermittelte mittlere Bruttoeinkommen, das im Jahre 1975 zwischen 1 700 DM und 2 500 DM lag. Damit wird zwar nur ein geringer Teil der Bevölkerung repräsentiert, der aber ausreicht, um Verbrauchsgewohnheiten und Preisänderungen zu ermitteln, wobei es darauf ankommt, daß die Güterarten mit besonders großer Verbrauchsbedeutung möglichst vollständig erfaßt werden und eine ausreichende regionale Streuung der Preisbeobachtungsstellen gewährleistet ist.

Für die Ermittlung dieses Preisindex, der neben den Preisindizes aus den anderen Bereichen des Wirtschaftsablaufs zu den wirtschaftspolitisch wich-

tigsten Indikatoren gehört, welche die amtliche Statistik monatlich bereitstellt, hat sich weniger die Zusammensetzung des „Warenkorbes“ als schwierig erwiesen als vielmehr die Frage der Qualitätsveränderung. Unter dem Warenkorb versteht man die Waren und Leistungen, die zur preisstatistischen Repräsentation des betreffenden Güterbereichs ausgewählt wurden, sowie die Wägungszahlen, mit denen die Preisveränderungszahlen dieser Güter bei der Zusammenfassung zu Gruppenindizes und zum Gesamtindex gewogen werden. Der Warenkorb muß etwa alle vier bis acht Jahre den veränderten Einkommens- und Verbrauchsverhältnissen angepaßt werden, wobei der Index auf ein neues Basisjahr umgestellt wird. Die Indexreihen der vorhergehenden Basisjahre werden unter Berücksichtigung der veränderten Verbrauchsgewohnheiten gemäß dem neuen Warenkorb neu berechnet, um einen Bruch in den Zeitreihen zu vermeiden.

Keineswegs immer einfach sind Qualitätsänderungen bei Waren und Leistungen festzustellen, mit denen meist Preisänderungen verbunden sind, die oftmals im Preisindex unberücksichtigt bleiben müssen. Der Preisindex für die Lebenshaltung zeigt beispielsweise nicht, wieviel ein repräsentativer Haushalt heute im Vergleich zu früheren Jahren tatsächlich für eine Mietwohnung ausgibt, sondern wieviel er ausgeben müßte, wenn heute noch die gleiche Wohnung wie früher bewohnt würde. Andere Schwierigkeiten der Indexberechnung resultieren aus Saisonpreisschwankungen, rein modischen Veränderungen und Sonderangeboten. Oft ist es auch nur teilweise möglich, auf dem Markt erschienene Neuheiten alsbald in den Warenkorb einzugliedern. So gibt es manchmal billigere Produkte, die noch nicht in allen Erhebungsgemeinden vorhanden sind und deren Preise deshalb erst recht spät erfaßt werden. Unabhängig von den angedeuteten Mängeln eines nicht dem allerletzten Stand der Verbrauchsgewohnheiten entsprechenden Warenkorbs gibt der Preisindex der Lebenshaltung eine Antwort auf die Frage, um wieviel Prozent die

Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst eines männlichen Facharbeiters im Juli 1950 - 1975

Wirtschaftszweig	1950 ¹⁾	1955 ²⁾	1960 ²⁾	1965	1970	1975	Veränderung 1975 zu		
							1950	1960	1970
	DM						%		
Industrie (ohne Hoch- und Tiefbau)	1,38 ³⁾	2,02 ³⁾	2,91 ²⁾	4,66	6,74	11,00	697,1	278,0	63,2
Baugewerbe	1,39	2,08	2,91	4,60	6,57	10,18	632,4	249,8	54,9

1) Juni. - 2) August. - 3) Einschl. Bau.

Preisindex der Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit mittlerem Einkommen
des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes 1950 - 1975

Jahr	Gesamt- lebens- haltung	Bedarfsgruppe								
		Er- nährung	Getränke, und Tabak- waren	Wohnung	Heizung und Be- leuchtung	Hausrat	Be- kleidung	Reinigung und Körper- pflege	Bildung, Unter- haltung und Erholung	Verkehr
		1970 = 100								
1950	64,5	64,6	103,5	41,3	55,9	84,2	76,4	65,2	55,2	61,2
1951	69,6	70,6	101,5	42,1	60,5	93,0	84,7	70,4	59,8	68,6
1952	71,0	73,7	103,1	42,9	65,1	92,4	79,0	69,6	61,3	71,6
1953	69,8	72,5	96,6	44,2	67,2	87,6	74,8	67,7	60,6	72,3
1954	69,9	73,5	89,6	44,3	70,9	86,0	73,8	67,3	59,6	72,7
1955	71,0	74,9	88,8	45,6	72,6	86,7	73,8	69,2	60,9	73,1
1956	72,8	77,1	88,6	48,6	74,0	88,5	74,5	70,4	62,5	72,4
1957	74,4	78,4	88,5	49,2	75,8	91,8	77,3	71,6	64,5	73,0
1958	75,9	80,0	88,3	50,1	79,1	92,3	79,6	73,2	66,3	78,5
1959	76,7	81,4	87,4	51,2	79,8	91,0	79,3	74,0	67,3	79,8
1960	77,8	81,9	87,3	54,4	80,7	91,0	80,7	75,2	69,1	80,9
1961	79,6	82,8	87,3	59,1	82,0	92,8	82,6	77,2	71,6	83,2
1962	81,9	86,0	88,1	61,1	83,6	94,5	84,8	79,9	74,8	84,2
1963	84,4	88,9	89,0	64,6	85,8	94,8	86,8	81,9	77,6	87,8
1964	86,4	91,0	89,5	68,6	87,0	95,5	88,5	83,3	80,2	88,7
1965	89,3	95,2	89,7	72,7	88,6	97,2	90,8	85,9	83,3	89,6
1966	92,4	97,5	93,3	79,1	89,7	98,4	93,8	89,7	86,5	93,1
1967	93,8	97,0	95,9	84,0	90,6	97,8	95,1	91,1	89,5	96,0
1968	95,0	95,0	97,5	89,5	96,9	96,6	95,1	95,7	93,9	97,9
1969	96,9	97,7	97,4	96,1	97,1	96,7	96,0	96,9	95,5	97,5
1970	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1971	105,1	104,4	102,5	105,9	103,4	104,1	106,0	105,0	104,4	109,2
1972	110,7	110,3	108,0	112,1	107,3	107,8	112,5	109,7	108,9	115,9
1973	118,2	118,5	115,4	119,4	120,1	111,7	121,1	115,0	115,6	123,2
1974	126,3	125,4	118,2	126,3	137,0	119,5	130,0	122,7	126,3	134,0
1975	134,0	132,9	121,8	135,8	154,0	125,7	136,6	130,2	135,5	140,9

Lebenshaltung eines bestimmten privaten Durchschnittshaushalts infolge Preisveränderungen teurer oder billiger geworden ist.

Indexwerte speziell für das Land Rheinland-Pfalz werden seit 1961 nicht mehr berechnet, nachdem festgestellt worden ist, daß die Entwicklung zwischen Bundes- und Landeswerten weitgehend parallel verläuft und außerdem die absolute Höhe beider Indexpunkte fast identisch ist. Es werden deshalb die für das Bundesgebiet ermittelten Indizes übernommen.

Lebenshaltungskosten 1975 mehr als doppelt so hoch wie 1950

Der Preisindex der Lebenshaltung von Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit mittlerem Einkommen (Basisjahr 1970 = 100) stieg im untersuchten Zeitraum von 1950 bis 1975 von 64,5 um 108% auf 134,0. Ein verhältnismäßig geringes Wachstum ergab sich von 1950 bis 1960 (also im gleichen Jahrzehnt, in dem sich auch die Löhne noch relativ bescheiden entwickelten), wobei im Jahre 1953 sogar eine leichte Reduzierung zu registrieren war. Der Index erhöhte sich aber in deutlich stärkerem Maße in den folgenden zehn Jahren, und die Steigerung von 1970 bis 1975 fiel sogar noch etwas höher aus als im davorliegenden ganzen Jahrzehnt. Im Jahresdurchschnitt 1975 ist der Index allerdings nur noch um 6,1% gestiegen gegenüber 6,9% im Jahr zuvor.

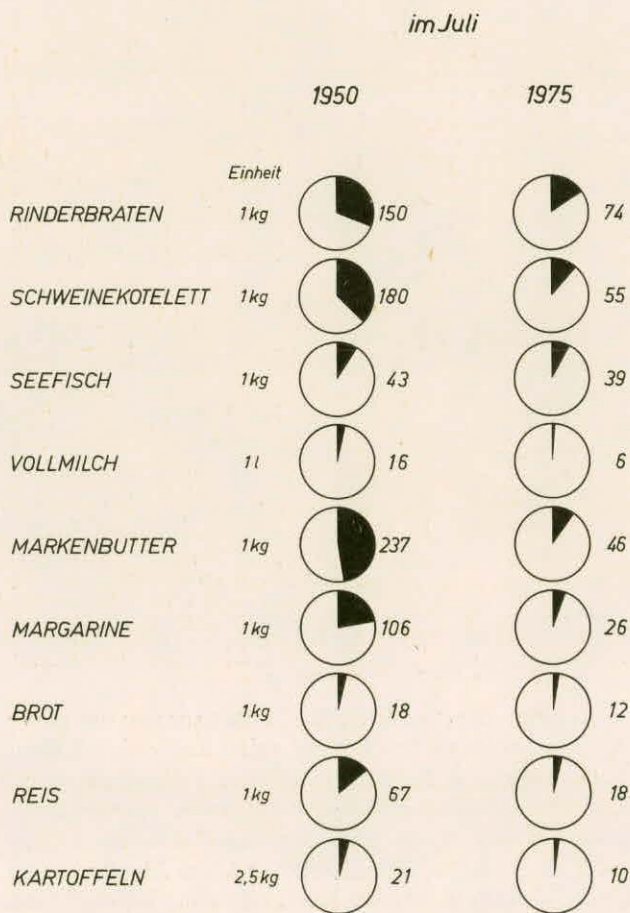
Wohnen ist besonders teuer geworden

Der im untersuchten Zeitraum für die gesamte Lebenshaltung der mittleren Verbrauchergruppe

errechnete durchschnittliche Kostenanstieg um mehr als das Doppelte basiert auf recht unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Bedarfsgruppen. Die für einen langjährigen Vergleich vorhandenen und auf der Basis 1970 zurückgerechneten Preise nach Bedarfsgruppen lassen vor allem für die Gruppen Wohnung sowie Heizung und Beleuchtung überdurchschnittliche Kostensteigerungen erkennen. Neuerstellte Sozial- sowie freifinanzierte Neubauwohnungen sind hierbei in fester Relation zum tatsächlichen Wohnungszugang berücksichtigt. Zwar liegt der Index für Wohnungsmieten 1975 mit 135,8 nur geringfügig über dem Index für die Gesamtlebenshaltung (134,0) und verläuft seit 1969 praktisch parallel zu diesem, da er jedoch 1950 den niedrigsten Ausgangswert aller Bedarfsgruppen hatte (41,3 zu 64,5 Gesamtlebenshaltung), wird seine prozentuale Steigerung (+ 229%) nur von der Bedarfsgruppe Heizung und Beleuchtung noch annähernd erreicht, die 1975 mit 154,0 den höchsten Indexwert und seit 1950 einen Anstieg um 176% aufweist. Entscheidend für diese Entwicklung war die Einbeziehung des bis in die 60er Jahre zwangsbewirtschafteten Wohnungsmarktes in die soziale Marktwirtschaft, die zum Einpendeln von Marktpreisen und damit zu teilweise recht starken Mietpreiserhöhungen vornehmlich ab 1960 führte. Für den Index der Bedarfsgruppe Wohnung ergab sich von 1960 bis 1970 eine Steigerung um fast das Doppelte, während sich der Index der gesamten Lebenshaltung in diesem Zeitraum nur um knapp drei Zehntel erhöhte.

Der Preisindex der Bedarfsgruppe Heizung und Beleuchtung stieg vor allem infolge der ungewöhn-

Arbeitszeit eines männlichen Facharbeiters in der Industrie
(ohne Hoch- und Tiefbau) in Lohnminuten (Bruttolohn)
für ausgewählte Waren



23/76

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

lich hohen Preissteigerungen für Erdöl allein von 1972 bis 1975 um 44% auf 154,0. Die seit 1973 zu beobachtenden sehr starken Erhöhungen der Weltmarktpreise für Rohöl und andere Rohstoffe - erst 1975 kam diese Entwicklung zum Stillstand - schlugen aber auch auf die Preisentwicklung in allen nachgeordneten Märkten durch und beeinflussten eine beträchtliche Zahl von Verbraucherpreisen.

Die Preisentwicklung der von der Gewichtung her bedeutendsten Bedarfsgruppe Ernährung, welche ebenso wie Wohnung und Heizung und Beleuchtung zu den Gütern des sogenannten starren Bedarfs gehört, zeigt von 1950 auf 1975 in etwa den gleichen Anstieg, der sich beim Preisindex für die gesamte Lebenshaltung der mittleren Verbrauchergruppe ablesen läßt. Allerdings sank wegen des starren Bedarfs infolge des stärkeren Wachstums der Einkommen der Anteil für Nahrungs- und Genußmittel an den gesamten monatlichen Ausgaben eines Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt von 1950 bis 1974 - für 1975 liegen hierfür noch keine Ergebnisse vor - deutlich ab, und zwar von 49 auf 31%. Demgegenüber erhöhte sich vor allem für die Ausgabengruppen Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Wohnungsmiete die Quote an den

gesamten Ausgaben. Das Engel-Schwabe'sche Gesetz, wonach mit zunehmenden Einkommen der relative Anteil der Ausgaben für Ernährung (Engel) und für Wohnung (Schwabe) kontinuierlich abnimmt, traf im untersuchten Zeitraum also nur für die Bedarfsgruppe Ernährung zu. Dies ist vor allem auf die verhältnismäßig späte Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Wohnungsmarktes zurückzuführen.

Für die Bedarfsgruppen Bildung, Unterhaltung und Erholung sowie Verkehr ergaben sich überdurchschnittlich hohe Steigerungen des Gruppenindex; letztere verzeichnete kräftige Preiserhöhungen vor allem seit 1970. Andererseits erfuhren Bekleidung, Hausrat sowie Reinigung und Körperpflege relativ geringe Verteuerungen. Eine zunächst gegenläufige Entwicklung verzeichnete der Preisindex für Getränke und Tabakwaren, der von 103,5 im Ausgangsjahr auf 87,3 im Jahre 1960 sank, um dann ab 1962 auf 121,8 im Jahre 1975 zu klettern, nicht zuletzt als Folge sukzessiv verstärkter Besteuerung von Tabak und Spirituosen in den letzten 15 Jahren. Insgesamt gesehen blieb dennoch bei diesem Gruppenindex die Preissteigerungsrate 1950 bis 1975 mit 18% am niedrigsten.

Anschaffung und Unterhaltung privater Kraftfahrzeuge in sechs Jahren um 43% teurer

Für die Anschaffung und Unterhaltung privater Kraftfahrzeuge liegt ein eigener Gruppenindex (Kraftfahrer-Preisindex) erst seit 1968 vor. Er soll dennoch in dieser längerfristigen Betrachtung erwähnt werden, weil er zu einem maßgeblichen Teil den Preisindex der Bedarfsgruppe Verkehr und Nachrichtenübermittlung beeinflusst, der von 1968 bis 1975 um 43,9% anzog, zum anderen die Haltung eines Kraftfahrzeugs nicht mehr ein Privileg relativ Weniger ist, sondern - ein signifikantes Zeichen des Lebensstandards - heute mehr noch als Farbfernseher, Stereoanlagen oder Tiefkühltruhen zu jenen Selbstverständlichkeiten gehört, die das Budget der meisten privaten Haushalte belasten. Der Preisindex für Kfz-Anschaffung und -unterhaltung stieg im Jahresdurchschnitt von 1968 bis 1975 von 97,5 um 43% auf 139,4. Im selben Zeitraum erhöhte sich jedoch der Teilindex Reparaturen, Inspektion, Wagenwäsche um 80,3% auf 161,0. In dieser unterschiedlichen Entwicklung schlagen sich unter anderem die vorübergehend bremsende Wirkung der Ölkrise auf die Verkaufspreise für Neu- und Altwagen nieder, die zeitlich (1973/74) mit der Freigabe der Preisbindung zusammenfiel, andererseits die letzten starken Lohnerhöhungen. So sind die Bruttolöhne der Vollgesellen im Kfz-Handwerk von 1968 bis 1974 um 90,6% angehoben worden. Die Benzinpreise stiegen im Laufe der Jahre, von zeitweise geringeren kurzfristigen Preisrückgängen einerseits und dem verstärkten Preisauftrieb infolge der Erdölkrise Ende 1973 andererseits abgesehen, mit kontinuierlicher Regelmäßigkeit an. Im Jahresmittel wurde Benzin von 1972 bis 1975 je nach Marke und Oktanzahl zwischen 40 und 48% teurer.

III. Arbeitseinkommen

Zur Darstellung der unterschiedlichen Entwicklung von Preisen und Arbeitseinkommen werden im folgenden vornehmlich die Verdienste männlicher Facharbeiter in der Industrie (ohne Hoch- und Tiefbau) herangezogen. Diese Gruppe der Arbeitnehmer bildet die überwiegende Masse der in die laufenden repräsentativen Verdiensterhebungen einbezogenen Fälle und bietet damit methodisch gut gesicherte Ergebnisse. Zugleich verkörpert die Industrie denjenigen Wirtschaftsbereich, der neben dem Dienstleistungsbereich das Gesamtbild der Entwicklung in den letzten 25 Jahren entscheidend prägte und nicht zuletzt auch das Preisgefüge maßgeblich beeinflusste. Schließlich gestattet der Verdienst eines Industriefacharbeiters noch am ehesten einen unmittelbaren Vergleich mit den Lebenshaltungsausgaben eines Haushalts mit mittlerem Einkommen.

Unberücksichtigt bleiben müssen die mit den steigenden Löhnen auch gewachsenen Abzüge, weil hierüber aus den laufenden Verdiensterhebungen keine Angaben vorliegen. Größenvorstellungen über die Belastung der Bruttoverdienste durch Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge sind jedoch aus anderen Quellen bekannt. So läßt sich anhand der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zeigen, daß die Abzüge relativ sogar stärker stiegen als die Bruttolöhne, so daß der jährliche Zuwachs der Nettolöhne je abhängig Beschäftigtem seit 1950 etwas geringer war als der der Bruttolöhne. Bezogen auf alle beschäftigten Arbeitnehmer machten die Abzüge im Bundesdurchschnitt 1950 erst 12,5% des Bruttoverdienstes aus, 1973 dagegen schon 26,6%, wobei die Lohnsteuer (ohne Kirchensteuer) 1950 die Bruttolöhne nur mit 4,6%, 1973 aber mit 15% belastete. Für die Facharbeiter in der rheinland-pfälzischen Industrie wurde annäherungsweise errechnet, daß Lohnsteuer und Sozialabgaben in den vergangenen 25 Jahren von rund 18 auf schätzungsweise 27% des durchschnittlichen Bruttoverdienstes gestiegen sind. Vereinfacht ausgedrückt: Von 100 DM brutto wurden 1950 dem Arbeiter 82 DM, 1975 nur noch 73 DM netto ausgezahlt. Dennoch stört der Bezug auf Brutto- statt Nettoverdienste den Vergleich zur Preisentwicklung nicht in solchem Maße, daß auf ihn verzichtet werden müßte, denn die Spanne zwischen beiden Entwicklungsreihen weitet sich überdeutlich: Während die Lebenshaltungskosten eines Vier-Personen-Haushaltes mit mittlerem Einkommen von 1950 bis 1975 auf etwas mehr als das Doppelte stiegen, verdiente ein Industriefacharbeiter in Rheinland-Pfalz 1975 brutto rund das Achtfache von 1950.

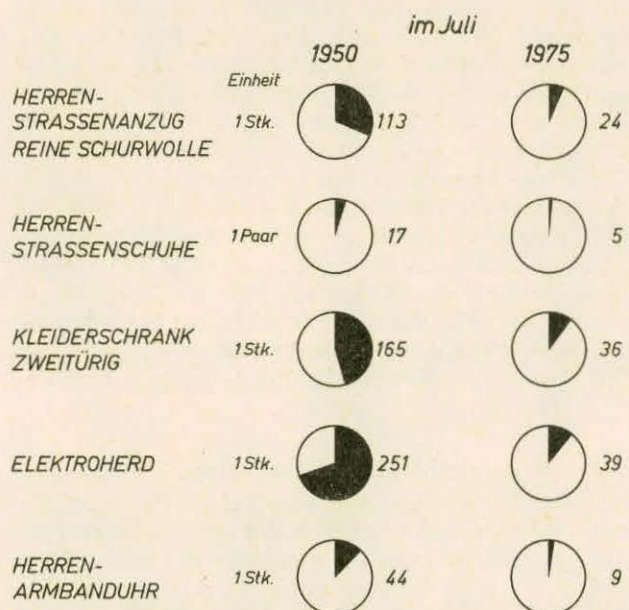
Industriefacharbeiter verdient das Achtfache von 1950

Im untersuchten Zeitraum von 1950 bis 1975 erfuhr Löhne und Gehälter ganz allgemein eine sowohl nominelle als auch reale Steigerung von weit

stärkerem Ausmaß als die Verbraucherpreise. So erhöhte sich der durchschnittliche Bruttostundenverdienst eines männlichen Facharbeiters in der Industrie (ohne Hoch- und Tiefbau) innerhalb dieser 25 Jahre von 1,38 DM auf 11,00 DM; das entspricht einer Zunahme um rund 700%. Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst eines männlichen Facharbeiters im Baugewerbe nahm von 1,39 DM auf 10,18 DM zu; die Steigerungsrate fiel mit 630% nur wenig niedriger aus. Während die Löhne in den ersten zehn Jahren noch in relativ bescheidenem Rahmen, nämlich erst auf gut das Doppelte stiegen, beschleunigte sich der Vorgang in den Fünf-Jahresspannen 1960 bis 1965 (+ 60%) und 1970 bis 1975 (+ 63%).

Einen augenfälligen Beweis für die Tatsache, daß sich die Arbeitseinkommen weit mehr verbesserten als die Preise stiegen, liefert ein Vergleich der für den Kaufwert einer bestimmten Ware 1950 und 1975 aufzuwendenden Arbeitszeit, auch wenn hierfür wiederum nur auf Bruttolöhne zurückgegriffen werden kann. Zugrundegelegt ist der durchschnittliche Bruttostundenverdienst eines männlichen Industriefacharbeiters bei achtstündigem Arbeitstag im Juli der beiden Eckjahre. Es zeigt sich, daß durchweg weniger Arbeitszeit als früher erforderlich ist, um den Gegenwert einer Ware zu verdienen, selbst wenn diese erheblichen Preissteigerungen unterworfen war. So mußte 1950 ein Industriefacharbeiter noch zweieinhalb Stunden für 1 kg Rinderbraten arbeiten, 1975 dagegen nur noch - obgleich

Arbeitszeit eines männlichen Facharbeiters in der Industrie (ohne Hoch- und Tiefbau) in Lohnstunden (Bruttolohn) für ausgewählte Waren



sich Rindfleisch in dieser Zeit auf fast das Vierfache verteuert hatte - knapp einundeinviertel Stunden. Noch deutlicher wird diese Entwicklung, die letztlich - gemessen am Gegenwert der Arbeit - auf eine relative Verbilligung des Güterangebots hinausläuft, beispielsweise bei Textilien, die keiner so starken nominellen Teuerung unterlagen, und bei Elektrogeräten, bei denen es sogar zwischenzeitlich

zu Preisrückgängen kam. Umgekehrt bildet Seefisch (Kabeljau) infolge des erwähnten verminderten Angebots eines der wenigen Beispiele für einen nahezu unveränderten Arbeitspreis: 1950 verlangte der Kauf eines Kilogramms 43 Minuten, 1975 immer noch 39 Minuten Arbeit.

F. Kuch und A. Wachweger

Landwirtschaftliche Betriebe 1949 - 1975

Der im letzten Jahrzehnt verstärkte Strukturwandel in der Landwirtschaft zeigt sich am deutlichsten im Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe. Ihre Zahl wird daher seit 1965 auch jährlich aus den Unterlagen der Bodennutzungserhebung ermittelt. Für die Zeit davor liegen nur entsprechende Angaben aus den Landwirtschaftszählungen von 1949 und 1960 vor. Um nach Abschluß der territorialen Verwaltungsreform für diesen agrarpolitisch wichtigen Tatbestand wieder vergleichbare Gemeinde- und Kreiszahlen zur Verfügung zu haben, sind mit Hilfe des Landesinformationssystems Umrechnungen der Betriebszahlen von 1949 und 1960 nach Größenklassen auf den Gebietsstand vom März 1974 vorgenommen worden, die im folgenden den neuesten Angaben für 1975 gegenübergestellt werden.

Dabei sind im Hinblick auf die Vergleichbarkeit einige Einschränkungen zu beachten, die jedoch die später aufzuzeigenden Veränderungsraten nicht entscheidend beeinflussen. So liegt für 1949 keine Unterteilung der Betriebe insgesamt in die Hauptproduktionsrichtungen landwirtschaftliche Betriebe und Forstbetriebe vor. Ferner basierte diese Einteilung im Jahre 1960 auf einer Selbsteinschätzung durch die Betriebsinhaber, während sie ab 1971 auf Grund eines festen Flächenverhältnisses von landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) zur Waldfläche erfolgte. Danach rechnen zu den landwirtschaftlichen Betrieben solche, bei denen die Waldfläche das Zehnfache der LF nicht übersteigt. Für 1975 sind nur die Betriebe ab 0,5 ha LF in die Darstellungsgesamtheit einbezogen, für 1949 und 1960 auch diejenigen von 0,01 bis 0,5 ha (etwa 7 000 bis 8 000), die sich aus den für die Umrechnung notwendigen Gemeindeergebnissen nicht herausrechnen ließen. Schließlich muß festgehalten werden, daß 1949 und 1960 für die Größenklassengliederung die landwirtschaftliche Nutzfläche (LN), ab 1970 jedoch die LF Anwendung fand. Allerdings war die Verbreitung der in der LF nicht mehr enthaltenen Sozialbrache im Jahre 1960, und erst recht 1949, noch so gering, daß sie die Vergleichbarkeit der Zahlen kaum beeinträchtigt.

Regional unterschiedliche Entwicklung

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe hat sich in Rheinland-Pfalz von 219 000 im Jahre 1949 über 176 000 in 1960 auf nunmehr nur noch 87 000 reduziert. Dies kommt einer Rückgangsrate von 60% gleich. Dabei fällt auf, daß die Betriebe zwischen 1949 und 1960 nur um knapp 20% weniger ge-

worden sind, während in der Zeit zwischen 1960 und 1975 mit aufblühender wirtschaftlicher Konjunktur allgemein eine wesentlich schnellere Abwanderung aus der Landwirtschaft erfolgte. Hier stellte immerhin die Hälfte der 1960 noch vorhandenen Betriebe ihre Bewirtschaftung ein. Einer durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate von - 2,0% zwischen 1949 und 1960 steht eine solche von etwas mehr als - 4,6% zwischen 1960 und 1975 gegenüber.

Ein Blick auf die Verhältnisse in den einzelnen Landkreisen zeigt hierbei deutliche regionale Besonderheiten. So wiesen gegenüber 1949 besonders der Westerwaldkreis (- 74%) sowie die Landkreise Pirmasens (- 76%), Kaiserslautern (- 75%), Ludwigshafen (- 73%), Birkenfeld und Germersheim (je - 70%) über dem Landesmittel (- 60%) liegende Betriebsrückgänge auf. Nicht ganz so hoch, aber dennoch über dem Durchschnitt, bewegten sie sich in den Landkreisen Altenkirchen (- 68%), Neuwied (- 67%) und Mayen-Koblenz (- 66%). In allen diesen Gebieten oder in deren näherer Umgebung bestanden frühzeitig ausreichend außerlandwirtschaftliche Erwerbsmöglichkeiten, die eine echte Alternative zur Landbewirtschaftung darstellten. Genau umgekehrt gestaltete sich die Situation in den Landkreisen des Regierungsbezirkes Trier sowie im Rhein-Hunsrück-Kreis, wo 1975 eine nur zwischen 40 und 50% bzw. 54% geringere Betriebszahl anzutreffen war als zu Beginn der 50er Jahre. Mit - 40% ergab sich hier für den Landkreis Bitburg-Prüm die niedrigste Rückgangsrate im gesamten Land, wofür teilweise jedoch auch eine etwas günstigere Größenstruktur der dortigen Betriebe verantwortlich ist. Bedingt durch den Weinbau mit seinen unverhältnismäßig größeren Einkommenschancen läßt sich vornehmlich in den Landkreisen Alzey-Worms, Landau-Bad Bergzabern und Mainz-Bingen eine größere Stabilität der landwirtschaftlichen Betriebe feststellen. Obwohl hier bisher genügend gewerbliche Arbeitsplätze zur Verfügung standen, haben die Betriebe nur um etwas mehr als die Hälfte abgenommen.

Bei der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) der Betriebe belief sich der Rückgang von 1949 bis 1975 nur auf etwas mehr als 11%. Abgesehen von dem Landbedarf für Bauzwecke sind die Flächen der aufgelösten Betriebe demnach weitgehend in die Bewirtschaftung der noch verbliebenen übergegangen und haben hier zu einer Erweiterung der Produktionsgrundlagen beigetragen. Dies geschah

überwiegend im Wege der Pacht, wie die Ergebnisse der Landwirtschaftszählung von 1971 eindeutig bestätigen. Während im Jahre 1949 erst rund 12% der damaligen Betriebsfläche gepachtet waren, stieg dieser Anteil bis 1971 auf etwas mehr als ein Drittel an. Lediglich dort, wo die Abwanderung aus der Landwirtschaft besonders stark war und sich nicht genügend aufstockungswillige Betriebe für die Übernahme der freigesetzten Flächen fanden, ist vermehrt sogenannte Sozialbrache entstanden. Dies trifft vor allem für den Westerwaldkreis zu, in dem 1975 allein 13 000 ha nicht mehr genutzte landwirtschaftliche Flächen ermittelt wurden, sowie in etwas geringerem Ausmaß auch für die Westpfalz mit den Landkreisen Kusel und Pirmasens.

Bedeutende Zunahmen der Betriebe über 20 ha

Weitere interessante Aufschlüsse über die Entwicklung der Betriebe ermöglicht eine Betrachtung der einzelnen Betriebsgrößenklassen. Wegen der für die Umstellung auf den neuen Gebietsstand notwendigen Berücksichtigung von Gemeindeergebnissen, die nur in konzentrierter Form vorliegen, ist hier auf regionaler Ebene über die 20 ha-Grenze hinaus keine weitere Untergliederung möglich. Weit stärker als die Betriebe insgesamt sind seit 1949 diejenigen in den Größenklassen unter 2 ha (— 71%), von 2 bis 5 ha (— 74%) sowie 5 bis 10 ha (— 63%) zurückgegangen. Die Betriebe mit weniger als 2 ha waren 1949 noch mit 40% an der Gesamtzahl beteiligt, 1975 machten sie nur noch 30% aus. Bei den 2 bis 5 ha und 5 bis 10 ha großen standen Anteilen von 33 bzw. 19% für 1949 solche von nunmehr nur noch 22 bzw. 18% gegenüber. Abgesehen von den Landstrichen mit Sonderkulturanbau sind die meistens im Nebenerwerb bewirtschafteten Betriebe unter 10 ha heute besonders häufig noch in den Realteilungsgebieten von Westerwald, Eifel und Hunsrück zu finden, wo sie allerdings seit 1949 erheblich an zahlenmäßiger Bedeutung verloren haben.

Während die Betriebe unter 10 ha zwischen 1949 und 1975 in allen Landkreisen eine rückläufige Tendenz aufzeigten, sind bei denen von 10 bis 20 ha zwischen 1949 und 1960 zunächst noch überall Zugänge zu verzeichnen gewesen, die sich im Land auf insgesamt 41% beliefen. Der nach 1960 verstärkte Fortschritt sowie die steigenden Einkommensansprüche auch der Landbevölkerung machten größere Betriebseinheiten erforderlich, so daß erst seit 1960 ihre Zahl generell in allen Landkreisen zu sinken begann. Der Vergleich zu 1960 ergibt heute im Land rund ein Viertel weniger Betriebe. Auf den gesamten Zeitraum von 1949 bis 1975 bezogen sind die Höfe von 10 bis 20 ha daher nur um etwa 6% zahlreicher geworden, wobei sie sich in den Landkreisen mit kleinbetrieblichen Strukturen, wie in Cochem-Zell, Neuwied, Bernkastel-Wittlich und dem Westerwaldkreis, noch verdoppelt bzw. verdreifacht haben. Dagegen verminderte sich ihre Zahl in der gleichen Zeit vornehmlich in den Landkreisen Kaiserslautern (— 57%), dem Donnersbergkreis (— 52%), Pirmasens (— 45%), Kusel (— 43%),

Mayen-Koblenz (— 19%) sowie Bitburg-Prüm (— 16%) zum Teil beträchtlich. In weiten Teilen dieser Kreise bestanden schon von jeher günstigere Betriebsgrößenverhältnisse. An der Gesamtzahl waren die Betriebe von 10 bis 20 ha im Jahre 1975 zu fast 17% beteiligt gegenüber erst 6% in 1949. Überdurchschnittlich hohe Anteile von 22 bis 24% erreichten sie außer in den bereits als besonders günstig strukturiert bezeichneten Landkreisen Mayen-Koblenz, Bitburg-Prüm und dem Donnersbergkreis auch in Birkenfeld und Alzey-Worms.

Betriebe über 20 ha fanden sich 1949 im Land erst 2 500 (1%), 1975 dagegen bereits 11 600 (13%). Ihre Zahl vergrößerte sich von 1949 bis 1960 um 37%, zwischen 1960 und 1975 jedoch um etwas mehr als das Dreifache. Strukturbestimmend waren sie - ebenso wie die der vorausgegangenen Größenordnung - wieder in den Landkreisen Kaiserslautern (33%), dem Donnersbergkreis (30%), Pirmasens und Mayen-Koblenz (je 25%), Bitburg-Prüm (23%) sowie Birkenfeld (22%). Weit unter dem Landesmittel blieb ihr Anteil dagegen in den Kreisen Ahrweiler, Altenkirchen, Cochem-Zell, dem Westerwaldkreis, dem Rhein-Hunsrück-Kreis, Daun, Bernkastel-Wittlich und Trier-Saarburg, obgleich sie hier teilweise die höchsten Zuwachsraten seit 1949 aufzuweisen hatten. Während es im Land 1975 etwa viereinhalb mal soviel Betriebe über 20 ha gab wie 1949 nahm ihre Zahl hier bis um das Zwanzigfache zu.

In jüngster Zeit auch die Zahl der Betriebe unter 30 ha rückläufig

Kurzfristig gesehen, sind seit 1965 im Land pro Jahr - abgesehen von einigen methodisch bedingten übermäßigen Abnahmen - zwischen 3 000 und 6 000 landwirtschaftliche Betriebe aus der Produktion ausgeschieden. Dabei hat sich die Betriebsgrößenschwelle, unter der die Betriebe abgenommen und über der sie zugenommen haben, laufend erhöht. Sie lag 1966 noch bei 15 ha, stieg bis 1970 auf 20 ha und erreichte 1973 bereits 25 ha. Seit 1974 deuteten schließlich erstmals auch die Betriebe zwischen 25 und 30 ha, die in der Vergangenheit stets kräftig zunahmen, eine rückläufige Tendenz an. Von den Höfen über 30 ha, die lediglich gut 5% der Gesamtzahl ausmachten, wurden 1975 bereits 26% der landwirtschaftlich genutzten Fläche bewirtschaftet. Im Jahre 1949 entfielen auf sie erst knapp 6% der Flächen. In regionaler Hinsicht eilten bei dieser Entwicklung selbstverständlich wiederum die bereits mehrfach genannten Landkreise mit vorhandenen günstigeren Verhältnissen den übrigen voraus. So konnten beispielsweise im Donnersbergkreis sowie in Kaiserslautern im Jahre 1975 schon in der Größenklasse von 30 bis 50 ha nicht mehr Betriebe festgestellt werden als 1974, während sich gleichzeitig in den nördlichen Höhengebieten die Zahl der Betriebe zwischen 25 und 30 ha teilweise noch auffallend stark erhöht hat. Ob und wie sich die derzeitige wirtschaftliche Rezession auf das Ausmaß der Betriebsaufgaben in der Landwirtschaft auswirkt, läßt sich aus den Angaben für 1975 noch nicht ablesen. Hierüber werden die Ende des Jahres

Verwaltungsbezirk	Insgesamt			Betriebe mit einer landwirtschaftlich					
				unter 2 ¹⁾			2 - 5		
	1949	1960	1975	1949	1960	1975	1949	1960	1975
An-									
Kreisfreie Stadt Koblenz	912	608	229	451	276	67	192	108	35
Landkreise									
Ahrweiler	7 213	6 016	2 810	3 391	2 634	832	2 173	1 631	654
Altenkirchen (Ww.)	6 929	5 125	2 206	3 544	2 257	561	2 070	1 479	562
Bad Kreuznach	9 420	7 656	3 998	2 922	2 463	916	3 115	1 849	844
Birkenfeld	5 682	4 146	1 729	1 204	1 062	299	2 400	1 302	306
Cochem-Zell	8 544	6 932	3 687	4 058	3 176	1 638	2 856	1 924	746
Mayen-Koblenz	8 445	6 265	2 855	3 398	2 382	582	2 171	1 197	439
Neuwied	6 520	4 794	2 126	2 625	1 767	557	2 398	1 409	511
Rhein-Hunsrück-Kreis	9 261	7 513	4 268	1 783	1 492	824	3 851	2 256	922
Rhein-Lahn-Kreis	7 511	5 826	2 788	2 462	1 919	688	2 483	1 363	602
Westerwaldkreis	14 413	11 055	3 717	5 519	4 333	1 019	7 160	4 879	1 330
Reg. Bez. Koblenz	84 850	65 936	30 413	31 357	23 761	7 983	30 869	19 397	6 951
Kreisfreie Stadt Trier	937	644	274	447	277	91	283	167	63
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	13 136	11 300	6 496	5 271	4 290	2 523	5 246	4 094	1 708
Bitburg-Prüm	11 701	10 933	7 034	2 444	2 193	1 055	3 660	3 025	1 248
Daun	7 204	6 432	3 671	1 196	1 015	517	2 923	2 422	763
Trier-Saarburg	11 894	10 868	6 344	4 125	4 081	2 132	4 759	3 936	1 967
Reg. Bez. Trier	44 872	40 177	23 819	13 483	11 856	6 318	16 871	13 644	5 749
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	315	278	127	68	58	7	56	36	13
Kaiserslautern	644	359	110	405	206	41	122	54	16
Landau i. d. Pfalz	1 053	830	576	495	369	274	346	230	130
Ludwigshafen a. Rhein	765	452	177	333	144	28	138	65	21
Mainz	1 653	1 196	524	920	594	149	365	240	107
Neustadt a. d. Weinstr.	2 060	1 551	801	1 293	898	384	582	419	187
Pirmasens	628	519	163	295	311	65	173	75	23
Speyer	208	130	61	83	44	18	28	16	8
Worms	1 229	915	453	562	351	101	191	137	43
Zweibrücken	754	504	229	344	239	88	177	80	33
Landkreise									
Alzey-Worms	9 616	8 126	4 654	4 012	3 297	1 524	2 366	1 498	714
Bad Dürkheim	7 330	5 573	2 882	4 366	2 994	1 095	1 755	1 313	615
Donnersbergkreis	6 401	4 972	2 360	2 513	1 954	568	1 280	642	263
Germersheim	7 313	5 871	2 217	3 490	3 096	871	2 832	1 735	517
Kaiserslautern	5 767	3 816	1 430	2 733	1 779	349	1 409	619	204
Kusel	7 719	5 609	2 250	2 846	2 405	626	2 428	1 124	365
Landau-Bad Bergzabern	10 816	9 300	4 822	5 640	4 900	2 082	3 701	2 635	1 218
Ludwigshafen	5 373	3 844	1 480	2 784	1 856	466	1 344	792	244
Mainz-Bingen	11 720	9 749	5 195	5 831	4 794	2 051	3 340	2 280	1 109
Pirmasens	7 760	5 786	1 884	3 763	3 088	613	2 317	1 206	292
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	89 124	69 380	32 395	42 776	33 377	11 400	24 950	15 196	6 105
Rheinland-Pfalz	218 846	175 493	86 627	87 616	68 994	25 701	72 690	48 237	18 805
Kreisfreie Städte	11 158	7 986	3 724	5 696	3 767	1 313	2 653	1 627	662
Landkreise	207 688	167 507	82 903	81 920	65 227	24 388	70 037	46 610	18 143

1) 1949 und 1960: 0,01 - 2 ha, 1975: 0,5 - 2 ha.

genutzten Fläche von ... ha									Verwaltungsbezirk
5 - 10			10 - 20			20 und mehr			
1949	1960	1975	1949	1960	1975	1949	1960	1975	
zahl									
226	149	24	38	69	78	5	6	25	Kreisfreie Stadt Koblenz
1 296	1 178	601	290	501	416	63	72	307	Landkreise
1 029	906	445	240	432	366	46	51	272	Ahrweiler
2 623	2 159	875	702	1 084	853	58	101	510	Altenkirchen (Ww.)
1 632	1 019	355	422	702	384	24	61	385	Bad Kreuznach
1 444	1 376	560	164	425	419	22	31	324	Birkenfeld
1 883	1 332	457	825	1 080	670	168	274	707	Cochem-Zell
1 267	1 135	399	188	428	379	42	55	280	Mayen-Koblenz
3 117	2 742	1 150	486	995	881	24	28	491	Neuwied
2 145	1 776	542	384	722	534	37	46	422	Rhein-Hunsrück-Kreis
1 548	1 476	741	103	315	353	83	52	274	Rhein-Lahn-Kreis
									Westerwaldkreis
18 210	15 248	6 149	3 842	6 753	5 333	572	777	3 997	Reg. Bez. Koblenz
169	152	60	25	35	36	13	13	24	Kreisfreie Stadt Trier
2 266	2 263	1 146	305	601	658	48	52	461	Landkreise
2 970	2 650	1 390	2 002	2 292	1 690	625	773	1 651	Bernkastel-Wittlich
2 454	2 163	1 189	539	754	732	92	78	470	Bitburg-Prüm
2 272	1 920	1 074	638	800	677	100	131	494	Daun
									Trier-Saarlouis
10 131	9 148	4 859	3 509	4 482	3 793	878	1 047	3 100	Reg. Bez. Trier
68	56	10	105	101	41	18	27	56	Kreisfreie Städte
75	37	12	32	48	13	10	14	28	Frankenthal (Pfalz)
181	175	117	26	52	48	5	4	24	Kaiserslautern
179	112	23	109	118	63	6	13	42	Landau i. d. Pfalz
222	179	83	137	155	118	9	28	67	Ludwigshafen a. Rhein
155	189	152	24	40	54	6	5	24	Mainz
112	54	20	44	70	28	4	9	27	Neustadt a. d. Weinstr.
60	34	8	32	27	10	5	9	17	Pirmasens
227	149	44	214	217	130	35	61	135	Speyer
122	42	20	92	105	24	19	38	64	Worms
									Zweibrücken
1 976	1 793	666	1 062	1 270	1 070	200	268	680	Landkreise
800	766	600	345	415	379	64	85	193	Alzey-Worms
1 224	706	251	1 180	1 383	569	204	287	709	Bad Dürkheim
896	822	300	87	201	316	8	17	213	Donnersbergkreis
862	426	144	605	740	258	158	252	475	Germersheim
1 665	898	350	724	1 035	413	56	147	496	Kaiserslautern
1 317	1 463	808	148	288	569	10	14	145	Kusel
923	696	211	295	453	296	27	47	263	Landau-Bad Bergzabern
1 871	1 803	849	579	758	806	99	114	380	Ludwigshafen
965	559	179	604	765	335	111	168	465	Mainz-Bingen
									Pirmasens
13 900	10 959	4 847	6 444	8 241	5 540	1 054	1 607	4 503	Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz
42 241	35 355	15 855	13 795	19 476	14 666	2 504	3 431	11 600	Rheinland-Pfalz
1 796	1 328	573	878	1 037	643	135	227	533	Kreisfreie Städte
40 445	34 027	15 282	12 917	18 439	14 023	2 369	3 204	11 067	Landkreise

vorliegenden Zahlen für 1976 nähere Auskunft geben. Es ist jedoch zu vermuten, daß sich, ähnlich wie als Folge der allerdings wesentlich abgeschwächter

verlaufenen Wirtschaftskrise von 1966/67 beobachtet, der Rückgangsprozeß verlangsamt haben wird.

Diplom-Agraringenieur W. Laux

Meldepflichtige Krankheiten 1975

Umfassende Erhebungen über den Gesundheitszustand der gesamten Bevölkerung werden in der Bundesrepublik Deutschland zwar nicht durchgeführt, statistisch erfaßt werden jedoch bestimmte übertragbare Krankheiten, und zwar im Zuge einer gesetzlich begründeten Meldepflicht, welche die Voraussetzung für jede seuchenhygienische Schutzmaßnahme bildet. Die dem zuständigen Amtsarzt angezeigten Krankheitsfälle sind nach Ablauf einer Berichtswoche nach Krankheitsart und Verwaltungsbezirk des Ereignisortes zusammenzustellen und vermitteln somit ein aktuelles Bild über das zeitliche und örtliche Auftreten von Infektionen und über die Entwicklung dieses Krankheitsgeschehens.

Mit 7 161 im Berichtszeitraum gemeldeten Fällen lag das zahlenmäßige Erkrankungsmaß 1975 erheblich unter dem des Vorjahres (7 587). Weniger auffällig erscheint der effektive Rückgang der Krankheitshäufigkeit, was die Abweichung zwischen den für die Jahre 1974 und 1975 ermittelten, auf 10 000 Einwohner bezogenen Morbiditätsziffern 20,5 und 19,5 deutlich werden läßt. Der Rückgang der Fallzahlen insgesamt wurde vornehmlich bewirkt durch das starke Absinken des Scharlachs sowie das geringere Auftreten der Hepatitis infectiosa und der Neuerkrankungen an Tuberkulose. Zusammen mit der wiederum stärksten Krankheitsgruppe, der Enteritis infectiosa, bilden diese Erkrankungen unter den insgesamt 20 bekanntgewordenen Krankheitsarten das Gros der Infektionskrankheiten, machten sie doch rund 95% aller Meldedefälle aus. Obwohl sich in einigen Verwaltungsbereichen auch in zeitlichem Zusammenhang gewis-

se Krankheitshäufigkeiten zeigten, hat es im Berichtsjahr keine epidemischen Verläufe gegeben. Während zwischen 1968 und 1972 jährlich ein Kinderlähmungsfall zu verzeichnen war, trat diese Krankheit nun schon im dritten Jahr nicht mehr in Erscheinung.

Zunehmende Verbreitung der Enteritis infectiosa

Die in den letzten Jahren stetige Zunahme der Fälle von Enteritis infectiosa setzte sich auch im Berichtszeitraum fort, wobei der Krankheitsstand des Vorjahres wiederum erheblich (+ 34%) überschritten wurde. Mit 2 078 gemeldeten Fällen erreichte die Enteritis sowohl zahlenmäßig als auch der Häufigkeit nach (5,7 je 10 000 Einwohner) ihren bisher höchsten Stand. Noch bis zum Jahre 1969 hielt sich das zwischen 130 und 300 Fällen schwankende jährliche Erkrankungsmaß der Enteritis in relativ engen Grenzen. Dann aber brachte ein plötzlicher, in der Folgezeit stetig zunehmender Anstieg der Krankheitsfälle eine völlige Verlagerung der Morbiditätsebene, welche durch die Gegenüberstellung der Häufigkeitswerte der Jahre 1969 (0,8) und 1975 (5,7) sehr augenfällig wird. Innerhalb dieses Zeitraumes ergab sich somit eine siebenfache Erhöhung des Morbiditätswertes, wobei der zahlenmäßige Anstieg der Krankheitsfälle etwa 600% beträgt.

Überschaut man das jahreszeitliche Auftreten der Enteritis, so findet sich eine auffällige Häufung von Erkrankungsmeldungen zu Ende des 3. und zu Anfang des 4. Quartals. Ausgeprägte regionale Schwerpunkte gab es in den Landkreisen Daun (17,3 auf

Neuerkrankungen an übertragbaren meldepflichtigen Krankheiten (ohne Tuberkulose) 1950 - 1975

Jahr	Ins- gesamt	Hepa- titis infec- tiosa	Enteritis infectiosa		Para- typhus A und B	Typhus abdo- minalis	Bakte- rielle Ruhr	Übertragbare Hirnhaut- entzündung		Über- trag- bare Gehirn- ent- zündung	Schar- lach	Toxo- plas- mose	Kinder- läh- mung	Diph- therie
			Salmo- nellose	übrige For- men				Meningo- kokken- Meningitis	übrige For- men					
Anzahl														
1950	.	102	5	.	343	223	18	61	.	53	4 984	-	133	2 685
1960	5 567	625	.	.	143	187	288	38	.	32	1 115	2	200	223
1970	4 423	1 800	1 005	91	54	29	4	104	222	14	913	144	1	2
1971	4 148	1 728	754	57	37	30	13	93	246	10	1 061	91	1	2
1972	4 401	1 777	820	132	39	19	6	95	225	11	1 116	96	1	1
1973	4 744	1 496	976	129	29	8	11	113	144	19	1 714	50	-	4
1974	6 027	1 331	1 394	152	18	20	6	124	291	6	2 582	36	-	1
1975	5 691	1 108	2 011	67	9	11	26	132	400	7	1 818	38	-	-
Auf 100 000 Einwohner														
1950	.	3,4	0,2	.	11,6	7,5	0,6	2,1	.	1,8	167,9	-	4,5	90,5
1960	164,0	18,4	.	.	4,2	5,5	8,5	1,1	.	0,9	32,9	0,1	5,9	6,6
1970	121,3	49,4	27,6	2,5	1,5	0,8	0,1	2,9	6,1	0,4	25,0	4,0	0,0	0,1
1971	113,0	47,1	20,5	1,6	1,0	0,8	0,4	2,5	6,7	0,3	28,9	2,5	0,0	0,1
1972	119,4	48,2	22,2	3,6	1,1	0,5	0,2	2,6	6,1	0,3	30,3	2,6	0,0	0,0
1973	128,3	40,5	26,4	3,5	0,8	0,2	0,3	3,1	3,9	0,5	46,3	1,4	-	0,1
1974	163,0	36,0	37,7	4,1	0,5	0,5	0,2	3,4	7,9	0,2	69,8	1,0	-	0,0
1975	154,8	30,1	54,7	1,8	0,2	0,3	0,7	3,6	10,9	0,2	49,4	1,0	-	-

10 000 Einwohner), Trier-Saarburg (12,8), Kaiserslautern (10,0) und in der Stadt Koblenz (10,3). Nur in Koblenz konnte eine Erkrankungsquelle, durch welche eine kleinere Personengruppe infiziert wurde, zweifelsfrei ermittelt werden.

Alle übrigen meldepflichtigen Darmerkrankungen wie Ruhr (26), Typhus abdominalis (11) und Paratyphus (9) blieben auch 1975 wegen ihres geringen Erkrankungsmaßes und wegen ihrer sporadischen Erscheinung epidemiologisch ohne Bedeutung.

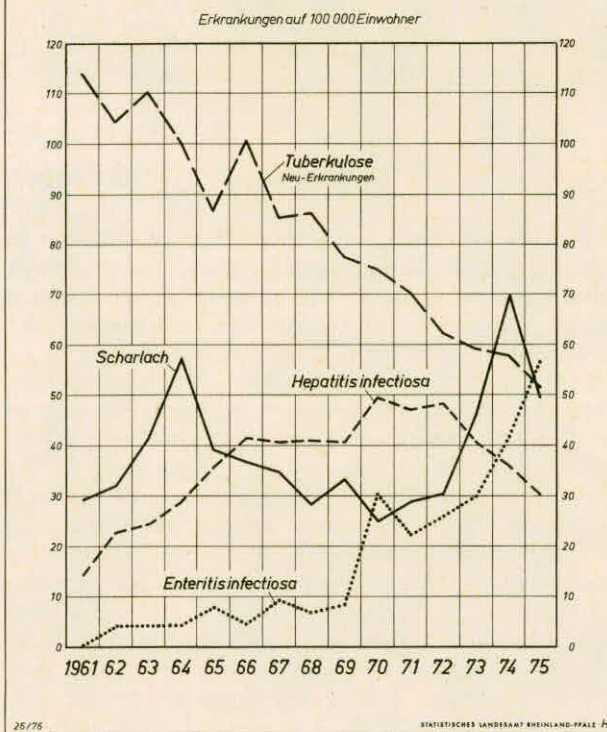
Bei der zweitstärksten Erkrankungsgruppe, der Tuberkulose, hielt der während der gesamten Nachkriegszeit ununterbrochene Rückwärtstrend an. Die gemeldeten Neuerkrankungen beliefen sich im Berichtszeitraum auf 1 470 Fälle, das sind 90 (— 5,8%) weniger als im Vorjahr. Hier ist allerdings zu beachten, daß die im Rahmen der Statistik der meldepflichtigen Krankheiten nachgewiesenen Tuberkulosefälle wegen des teilweisen Versäumnisses der Meldungen nach Sicherung der Diagnose, lediglich eine ungefähre Größenordnung darstellen. Exaktere Angaben bieten die zur Zeit noch nicht vorliegenden Ergebnisse der speziellen Tuberkulosestatistik, die in der Regel etwas höher ausfallen, jedoch den stetigen Rückgang der tuberkulösen Erkrankungshäufigkeit ebenfalls bestätigen.

Abnehmende Scharlachhäufigkeit

Die den langjährigen Rückwärtstrend der Scharlachhäufigkeit unterbrechende Scharlachexpansion ab dem Jahre 1973 hat sich im Berichtszeitraum nicht mehr fortgesetzt, vielmehr sank die Krankenzahl gegenüber dem Vorjahr um annähernd 30%. Den nunmehr gemeldeten 1 818 Fällen entspricht eine Scharlachmorbidity von 4,9 auf 10 000 Einwohner, es ist dies die gleiche Erkrankungshäufigkeit wie zu Beginn der vorerwähnten Expansion. Ein kurzfristiges Anwachsen des Scharlachs zeigte sich schon einmal in der Mitte der 60er Jahre mit einem allerdings vergleichsweise sehr viel niedrigeren Spitzenwert von 3,7. Ob das Überschreiten des nunmehrigen Gipfels wiederum der Anfang einer langjährigen Rückwärtsphase darstellt, bleibt abzuwarten. Innerhalb des Landes war das Scharlachvorkommen sehr unterschiedlich, die Morbidity variierte in den Verwaltungsbezirken zwischen 0,1 (Landkreis Alzey-Worms) und 15,7 (Rhein-Hunsrück-Kreis). Stärkere Verbreitungen ergaben sich noch in den Landkreisen Mayen-Koblenz (13,1) und Pirmasens (13,1), wogegen die Stadt Trier völlig scharlachfrei blieb. Hier ist allerdings darauf hinzuweisen, daß die Unterschiede in den regionalen Häufigkeiten nicht selten von unterschiedlichen Erfassungsintensitäten bewirkt werden. Überdies dürften die heute vielfach vorkommenden leichten Verlaufsformen des Scharlachs nicht ausnahmslos durch die behandelnden Ärzte angezeigt werden.

Bei der Hepatitis infectiosa hielt der nach besorgniserregender Aufwärtsentwicklung zu Beginn der 70er Jahre einsetzende Rückgang weiterhin an. Mit 1 108 im Berichtszeitraum angezeigten Erkrankungsfällen wurden die Meldungen des Vorjahres

Ausgewählte meldepflichtige Krankheiten 1961–1975



um 223 Fälle (— 16,8%) unterschritten. Der Morbiditätswert veränderte sich von 3,6 auf 3,0. Erheblich über diesem Durchschnittswert liegende Häufigkeiten wurden in den Städten Landau (7,9) und Koblenz (6,4) sowie in den Landkreisen Pirmasens (5,0) und Bad Kreuznach (5,1) festgestellt.

Vermehrtes Vorkommen der Hirnhautentzündung

In einem seit Jahren nicht mehr erreichten Ausmaß trat die infektiöse Hirnhautentzündung in Erscheinung. Die Krankenzahl des Berichtszeitraumes (532) wurde bisher nur von dem Erkrankungsgipfel des Jahres 1967 (659) übertroffen. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine Zunahme der Fälle um 28%. Das eigentlich erst ab 1963 zu beobachtende Anwachsen der Hirnhautentzündung beruht weniger auf dem vermehrten Vorkommen der Meningokokken-Meningitis als vielmehr auf der zunehmenden Verbreitung der als „übrige Formen“ diagnostizierten Erkrankungsarten. Diese wurden im Berichtsjahr bei 400 Erkrankten festgestellt, während die Meningokokken-Meningitis in 132 Fällen auftrat. Eine gewisse Häufung von Krankheitsfällen, jedoch ohne zeitliche Gebundenheit, war in der Stadt Koblenz (59) sowie in den Landkreisen Birkenfeld (87) und Neuwied (50) festzustellen.

Ihren vorjährigen tiefsten Stand hat die übertragbare Gehirnentzündung (7) nur um einen Erkrankungsfall überschritten. 1973 waren es 19, im Jahr zuvor 11 Erkrankte.

Eine nur geringe zahlenmäßige Veränderung gegenüber dem Vorjahr ergab sich bei den Krankheitsfällen durch Toxoplasmose (38), welche damit

auf ihrem unteren Häufigkeitsniveau geblieben ist. Alle übrigen infektiösen Erkrankungen im Berichtsjahr besitzen wegen ihres geringen Gewichtes und ihres starken Zufallsschwankungen unterliegenden Auftretens kaum einen statistischen Aussagewert. Es waren Brucellose (19), Q-Fieber (13), Leptospirose (10), Ornithose (5), Malaria (5), Mikrosporidie (4), Botulismus (3), Milzbrand (1), Tularämie (1). Über-

dies wurde der Fall eines Wundstarrkrampfes aus dem Rhein-Lahn-Kreis bekannt. Wegen einer Verletzung durch tollwutverdächtige Tiere oder wegen Berührung eines solchen Tieres mußten sich im Berichtszeitraum 188 Personen einer vorbeugenden Wutschutzbehandlung unterziehen.

R. Zirwes

Schichtung der Einkünfte der natürlichen Personen 1971

Die gemäß dem Gesetz über Steuerstatistiken in dreijährigem Turnus zu erhebenden Statistiken der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer geben Auskunft über die von den natürlichen Personen erzielten Einkünfte, soweit sie steuerlich zu erfassen waren. Während durch die Lohnsteuerstatistik sämtliche Arbeitnehmer mit ihren Bruttolöhnen ermittelt werden, und zwar unabhängig davon, ob sie zur Einkommensteuer zu veranlagten sind oder nicht, weist die Einkommensteuerstatistik grundsätzlich alle Steuerpflichtigen mit ihren verschiedenartigen Einkünften aus, für die eine Einkommensteuerveranlagung durchgeführt wurde. Ein Gesamtüberblick über Anzahl und Einkünfte aller natürlichen Personen und damit eine einheitliche Schichtung dieser Einkünfte durch bloße Addition der Daten beider vorgenannten Statistiken ist jedoch nicht möglich. Da diejenigen Lohnsteuerpflichtigen, für die - zum Beispiel wegen Überschreitens der im Einkommenssteuergesetz (EStG) festgelegten Einkommensgrenzen - eine Veranlagung vorgenommen wurde, sowohl in der Lohn- als auch in der Einkommensteuerstatistik enthalten sind, würde dies zu Doppelerfassungen führen. Andererseits ist eine Gesamtbetrachtung aller Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen sinnvoll, da die Lohnsteuer lediglich eine Unterart bzw. besondere Erhebungsform der Einkommensteuer ist. Die hauptsächliche Schwierigkeit für die Zusammenführung der Lohn- und Einkommensteuerstatistik zu einer einheitlichen Einkunfts- und Einkommenspyramide und für die zuvor erforderliche Eliminierung der zu Doppelzählungen führenden Fälle lag bisher in den verschiedenartigen Schichtungsmerkmalen und insbesondere den unterschiedlich abgegrenzten Erhebungseinheiten beider Statistiken begründet. Diese Schwierigkeiten wurden zwischenzeitlich durch entsprechende Maßnahmen ausgeräumt.

Die im Januar 1976 vollzogene Einspeicherung der zusammengefaßten Einkünfte der natürlichen Personen auf Gemeindeebene in das Landesinformationssystem Rheinland-Pfalz soll zum Anlaß genommen werden, im folgenden das methodische Vorgehen bei der einheitlichen Einkommensschichtung näher zu erläutern und eine Darstellung von Landesergebnissen vorzunehmen.

Angleichung der Erhebungseinheiten und Schichtungsmerkmale

Hauptproblem für das Zusammenspielen der Ergebnisse aus Lohn- und Einkommensteuerstatistik war zunächst die unterschiedliche Definition der

jeweiligen Erhebungseinheiten. Durch die Lohnsteuerstatistik wurden bei den früheren Erhebungen - erhebungstechnisch bedingt - anhand der als Erhebungsunterlage dienenden Lohnsteuerkarten ausschließlich Einzelpersonen und deren Individual-einkünfte ermittelt. Dagegen wurden seit jeher bei der früher gänzlich auf den Durchschriften der Steuerbescheide und heute überwiegend auf den von der Finanzverwaltung überlassenen Magnetbändern mit Daten der maschinellen Einkommensteuer-Veranlagungen basierenden Einkommensteuerstatistik nicht nur Einzelfälle, sondern - im Fall der in aller Regel üblichen Zusammenveranlagung - die einkommensteuerpflichtigen Ehegatten als ein einziger Steuerpflichtiger mit ihren zusammengefaßten Einkünften nachgewiesen. Nachdem in Rheinland-Pfalz ab der Lohnsteuerstatistik 1968 für alle Arbeitnehmer mit maschinell durchgeführtem Lohnsteuer-Jahresausgleich die dabei gewonnenen Daten anstelle der Lohnsteuerkarten als Erhebungsunterlage in Form von Datenbändern verwendet werden konnten, wurde der Begriff Lohnsteuerpflichtiger demjenigen des Einkommensteuerpflichtigen angeglichen. Dies war für die maschinellen Jahresausgleichsfälle insofern ohnehin naheliegend, als hier analog zur Zusammenveranlagung bei der Einkommensteuer der gemeinsame Lohnsteuer-Jahresausgleich von Ehegatten ebenfalls der Regelfall ist. In den Fällen ohne maschinellen Jahresausgleich werden seither die Ehegattenkarten ebenfalls, soweit möglich, zusammengeführt. Somit gelten also seit 1968 in der Lohnsteuerstatistik Ehegatten mit beiderseitigen Einkünften aus Arbeitnehmertätigkeit als ein einziger Steuerpflichtiger, und zwar mit ihren zusammengerechneten Bruttolöhnen. Dies bedeutet, daß - wie in der Einkommensteuerstatistik seit jeher praktiziert - die einheitliche Schichtung der Einkünfte aller natürlichen Personen sowohl Einzelpersonen (Alleinvertreter, Ehegatten, für die kein gemeinsamer Lohnsteuer-Jahresausgleich bzw. keine Zusammenveranlagung zur Einkommensteuer vorgenommen wurde oder deren Lohnsteuerkarten nicht zusammengeführt werden konnten) mit ihren individuellen Einkünften, als auch die als ein einziger Steuerpflichtiger geltenden doppelverdienenden Ehegatten mit ihren zusammengerechneten Einkünften umfaßt. Diese Abgrenzung des Begriffs Steuerpflichtiger erlaubt naturgemäß keine Aussage über die jeweiligen Durchschnittseinkünfte je Einzelperson; dagegen geben die Zahlen Aufschluß über die Höhe der Familien- bzw. Haushaltseinkünfte - al-

lerdings ohne Einbeziehung der Einkünfte eventuell vorhandener Kinder oder sonstiger Haushaltsmitglieder - und damit über die Kaufkraft eines Haushalts.

Durch die Angleichung des Begriffs Lohnsteuerpflichtiger an die in der Einkommensteuerstatistik übliche Abgrenzung der Erhebungseinheit wurde das Haupthindernis der einheitlichen Einkunfts-schichtung beseitigt. Als weiterer Schritt zur Zusammenführung waren die Schichtungsmerkmale vergleichbar zu machen. Auch hier wurde die in der Lohnsteuerstatistik praktizierte Gliederung nach Bruttolohngruppen der bei den Einkommensteuerpflichtigen üblichen Schichtung angeglichen. Schichtungsmerkmal ist dort der Gesamtbetrag der Einkünfte, der sich aus der Addition der Einkünfte aus den maximal sieben Einkunftsarten, vermindert um etwaige Verluste bei einzelnen Einkünften, ergibt. Von dem im Rahmen der Lohnsteuerstatistik ermittelten Bruttolohn der Arbeitnehmer wurden nun zum Zwecke der Vergleichbarmachung die Werbungskosten sowie der Arbeitnehmer- und der Weihnachtsfreibetrag abgezogen, da die entsprechenden Beträge in den Einkünften der Einkommensteuerpflichtigen auch nicht mehr enthalten sind. Die so ermittelten Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit der Lohnsteuerpflichtigen entsprechen dem Gesamtbetrag der Einkünfte der zur Einkommensteuer Veranlagten, so daß von daher beide Statistiken miteinander verzahnt werden können. Eine kleinere Korrektur war insofern noch vorzunehmen, als die steuerfreien Versorgungsbezüge im Sinne des § 19 Abs. 3 EStG noch den Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit der Einkommensteuer-veranlagten hinzuzurechnen waren, wo sie, im Gegensatz zu dem für die Lohnsteuerpflichtigen nachgewiesenen Bruttolohn, nicht enthalten sind.

Im übrigen wird der Gesamtbetrag der Einkünfte im folgenden für die Darstellung der Einkommensstruktur der natürlichen Personen auch deshalb verwendet, weil diese steuerrechtliche Einkommensgröße dem ökonomischen Einkommensbegriff näher kommt als das steuerliche Einkommen, welches be-

reits um die zum Einkommen im wirtschaftlichen Sinne rechnenden Sonderausgaben vermindert ist.

Bei der Beurteilung der Zahlenwerte der Einkunfts-pyramide ist zu berücksichtigen, daß die ihr zugrunde liegenden Lohn- und Einkommensteuerstatistiken als Sekundärstatistiken nur diejenigen Einkommensbezieher nachweisen, die von der Finanzverwaltung steuerlich zu erfassen waren. Bestimmte Einnahmen, die man zu den Einkünften im ökonomischen, nicht aber im steuerrechtlichen Sinne rechnen muß, sind also in der hier dargestellten zusammengefaßten Einkommensschichtung dementsprechend auch nicht enthalten. Unberücksichtigt bleiben unter anderem die gemäß § 3 EStG zu den steuerfreien Einnahmen zählenden Reise- und Umzugskostenvergütungen, Kindergeld, Wohn-geld oder auch die Bezüge der Wehrpflichtigen. Nicht erfaßt sind ferner die Leistungen der Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung sowie der weitaus überwiegende Teil der Sozialrenten, die zumeist mit ihrem sogenannten Ertragsanteil unterhalb der Besteuerungsgrenze liegen.

Eliminierung der Doppelzählungen und Zusammenführung der Daten aus Lohn- und Einkommensteuerstatistik

Im Rahmen der Lohnsteuerstatistik 1971 wurden insgesamt rund 1 179 000 Steuerpflichtige mit einem Bruttolohn von 18 552 Mill. DM ermittelt. Hiervon ausgehend erfolgte - für jede einzelne Einkunfts-größenklasse getrennt - die Angleichung des bei der Lohnsteuerstatistik verwendeten Schichtungsmerkmals an die bei der Einkommensteuerstatistik übliche Abgrenzung, indem der Bruttolohn um die Werbungskosten, den Arbeitnehmer- und den Weihnachtsfreibetrag reduziert wurde. Der vorstehende Rechengang ergab für die Gesamtheit der Lohnsteuerpflichtigen Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit in Höhe von 16 931 Mill. DM, darunter bei 53 800 Steuerpflichtigen Null- oder negative Einkünfte von 14,02 Mill. DM. Als nächster Schritt waren zum Zwecke der Eliminierung der Doppelzählungen die veranlagten Lohnsteuerpflichtigen und ihre Einkünfte aus unselbständiger Arbeit von

Veranlagte und nichtveranlagte Lohnsteuerpflichtige nach Größenklassen der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit 1971

Größenklasse der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	Insgesamt					Veranlagte Lohnsteuerpflichtige		Nichtveranlagte Lohnsteuerpflichtige	
	Steuerpflichtige	Bruttolohn	Weihnachts- und Arbeitnehmerfreibetrag	Werbungskosten	Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	Steuerpflichtige	Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit	Steuerpflichtige	Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit
	Anzahl	1 000 DM				Anzahl	1 000 DM	Anzahl	1 000 DM
0 oder negativ	53 875	32 594	17 015	29 601	- 14 022	1 006	- 1	52 869	- 14 023
1 - 1 500 DM	69 694	119 879	23 839	44 529	51 511	7 294	6 875	62 400	44 635
1 500 - 3 000 "	49 819	157 995	17 106	33 067	107 822	9 713	21 115	40 106	36 706
3 000 - 5 000 "	50 952	258 703	17 654	35 052	205 997	8 768	35 008	42 184	170 989
5 000 - 8 000 "	95 438	730 514	33 246	74 417	622 851	12 956	82 642	82 482	540 210
8 000 - 12 000 "	168 280	1 921 480	59 515	154 984	1 706 981	18 835	190 949	149 445	1 516 033
12 000 - 16 000 "	221 502	3 404 081	81 895	218 322	3 103 864	33 097	468 890	188 405	2 634 974
16 000 - 25 000 "	324 036	6 890 468	141 588	356 313	6 392 567	89 143	1 829 455	234 893	4 563 112
25 000 - 50 000 "	139 077	4 582 750	70 934	190 421	4 321 395	110 875	3 584 466	28 202	736 929
50 000 - 75 000 "	5 310	325 378	2 668	16 168	306 542	7 240	421 426	-	-
75 000 - 100 000 "	692	59 785	291	1 693	57 801	1 019	86 347	-	-
100 000 und mehr "	450	68 147	170	357	67 620	629	96 465	-	-
Insgesamt	1 179 125	18 551 774	465 921	1 154 924	16 930 929	300 575	6 823 637	880 986	10 279 565

den entsprechenden Werten der gesamten lohnsteuerpflichtigen Arbeitnehmer abzusetzen. Die Einkommensteuerstatistik 1971 weist 300 500 Veranlagte mit Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit in Höhe von 6 824 Mill. DM aus, darunter 1 006 mit negativen Einkünften. Nach Abzug dieser Werte von den Zahlen der Lohnsteuerstatistik erhält man 880 980 nichtveranlagte Lohnsteuerpflichtige mit Einkünften von 10 280 Mill. DM. Hier ist auf folgendes hinzuweisen: In den Einkunftsgrößenklassen ab 50 000 DM sind durch die Einkommensteuerstatistik mehr veranlagte Arbeitnehmer erfaßt als in der Lohnsteuerstatistik, so daß eine Bereinigung hier nicht möglich ist bzw. zu negativen Werten führen würde. Dieser Tatbestand erklärt sich daraus, daß bei der Lohnsteuerstatistik in den oberen Einkunftsschichten erfahrungsgemäß jeweils eine gewisse Untererfassung gegeben ist, weil die bei diesen nichtmaschinellen Fällen als Erhebungsunterlagen für diese Statistik dienenden Lohnsteuerkarten zum Teil in den Veranlagungsakten der Finanzämter verbleiben, anstatt dem Statistischen Landesamt zugeleitet zu werden. Dieses Manko wirkt sich jedoch bei der Bildung der einheitlichen Einkunftspyramide nicht aus, da für die oberen Größenklassen die vollständigeren Zahlen der Einkommensteuerstatistik herangezogen werden.

Nachdem die Bereinigung der Lohnsteuerstatistik um die Doppelfälle vollzogen ist, können die nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen und die veranlagten Einkommensteuerpflichtigen mit ihren Einkünften zusammengeführt werden, wobei die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit der ersteren wegen des Fehlens anderer Einkunftsarten dem Gesamtbetrag der Einkünfte der Veranlagten entsprechen. Bei dieser Zusammenführung bleiben alle Steuerpflichtigen mit Einkünften von Null oder in negativer Höhe außer Betracht, da es nicht sinnvoll wäre, diese Fälle mit denjenigen mit positivem Einkommen zu saldieren. Demgemäß reduziert sich die Zahl der ursprünglich nachgewiesenen nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen um 52 860 auf 828 120; ihre Einkünfte erhöhen sich - nach Abzug der negativen Beträge - um 14 Mill. DM auf 10 294 Mill. DM.

Knapp drei Zehntel aller Steuerpflichtigen erzielten Einkünfte zwischen 16 000 und 25 000 DM

Die Zusammenfassung der Daten aller steuerlich erfaßten natürlichen Personen in einer einheitlichen Einkunftspyramide ergibt für 1971 insgesamt 1 220 400 Lohn- bzw. Einkommensteuerpflichtige mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte in Höhe von 21 625 Mill. DM. Je Steuerpflichtigen, bei denen es sich sowohl um Einzelpersonen als auch um doppelverdienende Ehegatten handeln kann, errechnen sich jährliche Durchschnittseinkünfte von 17 720 DM.

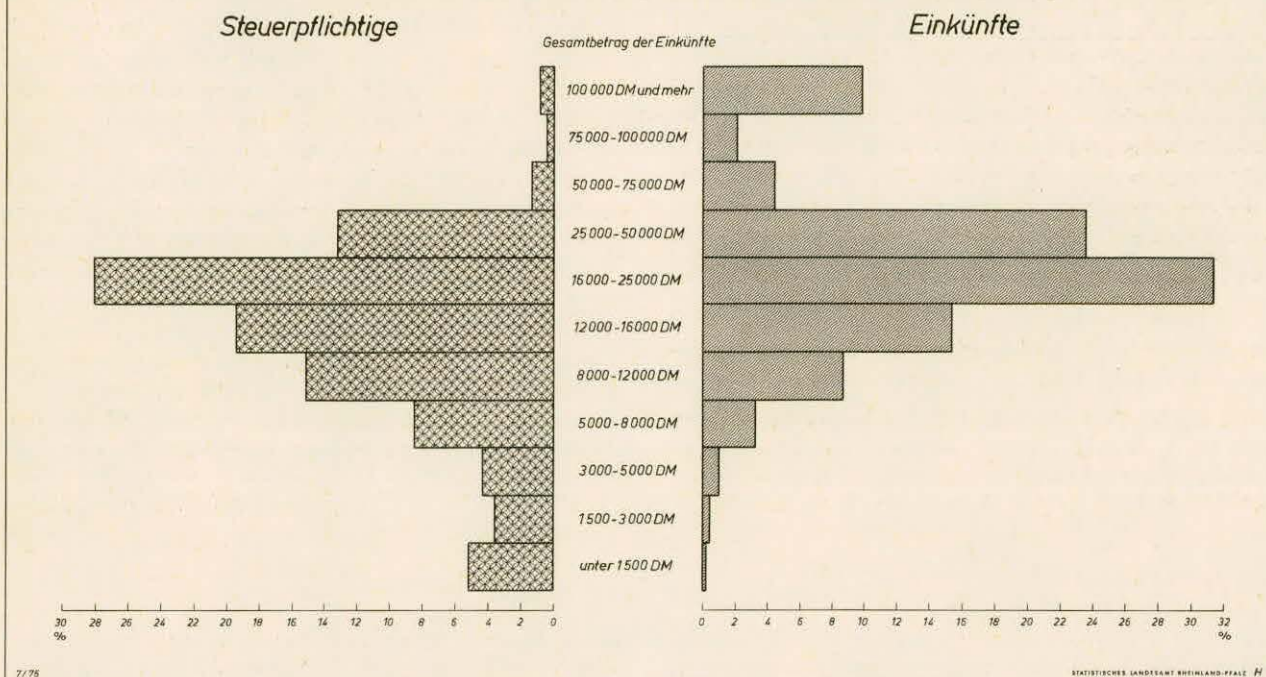
Die Einkommensstruktur der Steuerpflichtigen läßt sich aus deren Verteilung auf die elf dargestellten Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte ablesen. Dabei ist festzustellen, daß die Besetzung der unteren und mittleren Schichten durch die zahlenmäßige Dominanz der nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen geprägt wird. Während von der Gesamtheit der Steuerpflichtigen mit 828 000 über zwei Drittel (67,9%) zu den nichtveranlagten Arbeitnehmern zählten, waren es in der Einkunftsgruppe bis 1 500 DM sogar 98,6%. Dieses zahlenmäßige Übergewicht der Nichtveranlagten ist bis zur Einkunftsgruppe 16 000 bis 25 000 DM gegeben, wo ihr Anteil noch bei 68,6% liegt. In der Größenklasse 25 000 bis 50 000 DM blieben 17,6% der Steuerpflichtigen ohne Veranlagung zur Einkommensteuer, in den darüberliegenden Einkunftsschichten sind keine nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen mehr enthalten. Da § 46 EStG eine Einkommensteuerveranlagung ab einem jährlichen Einkommen von 24 000 DM vorschreibt, im hier nachgewiesenen Gesamtbetrag der Einkünfte jedoch noch die Sonderausgaben enthalten sind, kann in der Einkunftsgruppe 25 000 bis 50 000 DM durchaus noch eine Anzahl Nichtveranlagter vorkommen, zumal dann, wenn sie vergleichsweise hohe Sonderausgaben - zum Beispiel die bis 1974 unbeschränkt abzugsfähige Vermögensteuer - geltend machten, was zu einem Einkommen von unter 24 000 DM

Lohn- und Einkommensteuerpflichtige nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte 1971

Größenklasse des Gesamtbetrags der Einkünfte	Einkommen- steuerpflichtige ¹⁾		Nichtveranlagte Lohnsteuerpflichtige			Lohn- und Einkommensteuerpflichtige insgesamt			
	Steuer- pflich- tige	Gesamtbetrag der Einkünfte	Steuer- pflich- tige	Anteil an den Steuer- pflicht., ins- gesamt	Gesamtbetrag der Einkünfte	Steuerpflichtige		Gesamtbetrag der Einkünfte	
	Anzahl	DM	Anzahl	%	DM	Anzahl	%	DM	%
1 - 1 500 DM	884	954 074	62 400	98,6	44 635 437	63 284	5,2	45 589 511	0,2
1 500 - 3 000 "	4 042	9 525 279	40 106	90,8	86 706 475	44 148	3,6	96 231 754	0,4
3 000 - 5 000 "	10 780	43 841 955	42 184	79,6	170 989 138	52 964	4,3	214 831 093	1,0
5 000 - 8 000 "	21 700	141 873 891	82 482	79,2	540 210 251	104 182	8,5	682 084 142	3,2
8 000 - 12 000 "	35 829	361 736 159	149 445	80,7	1 516 032 623	185 274	15,2	1 877 768 782	8,7
12 000 - 16 000 "	48 573	682 788 995	188 405	79,5	2 634 974 178	236 978	19,4	3 317 763 173	15,3
16 000 - 25 000 "	107 608	2 205 407 511	234 893	68,6	4 563 111 538	342 501	28,1	6 768 519 049	31,3
25 000 - 50 000 "	132 317	4 348 569 513	28 202	17,6	736 929 208	160 519	13,2	5 085 498 721	23,5
50 000 - 75 000 "	15 889	946 537 984	-	-	-	15 889	1,3	946 537 984	4,4
75 000 - 100 000 "	5 346	459 128 214	-	-	-	5 346	0,4	459 128 214	2,1
100 000 und mehr "	9 326	2 131 136 305	-	-	-	9 326	0,8	2 131 136 305	9,9
Insgesamt	392 294	11 331 499 880	828 117	67,9	10 293 588 848	1 220 411	100,0	21 625 088 728	100,0

1) Einschl. veranlagte Lohnsteuerpflichtige.

Schichtung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 1971



führen konnte. Das Fehlen nichtveranlagter Arbeitnehmer in den Einkunftsgrößenklassen ab 50 000 DM war angesichts der Veranlagungsgrenze des § 46 EStG zu erwarten, obwohl in Einzelfällen mit extrem hohem Sonderausgabenabzug nicht auszuschließen ist, daß auch bei einem vergleichsweise hohen Gesamtbetrag der Einkünfte keine Einkommensteuer-Veranlagung durchzuführen ist.

Wenn 5,2% aller Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen nur jährliche Einkünfte bis zu 1 500 DM und über ein Fünftel (21,6%) von ihnen weniger als 8 000 DM erzielten, wobei auf sie lediglich 0,2% bzw. 4,8% aller Einkünfte entfielen, so hängt dies primär mit dem hohen Anteil nichtveranlagter Lohnsteuerpflichtiger zusammen. Bei ihnen handelt es sich in aller Regel um solche Arbeitnehmer, deren niedrige Jahreseinkünfte auf eine von ihnen ausgeübte Teilzeitbeschäftigung (Halbtagsarbeit, Arbeit nur an einigen Tagen der Woche, Aushilfstätigkeiten von Studenten) zurückzuführen sind. Zu nennen sind auch diejenigen nicht ganzjährig Beschäftigten, die wegen Eintritts in die Erwerbstätigkeit oder Beendigung der Berufstätigkeit infolge Erreichens der Altersgrenze, Heirat, Tod nur während einiger Wochen oder Monate des Erhebungsjahres Einkünfte erzielten. Gleiche Tatbestände kommen natürlich auch bei den relativ wenigen in den unteren Einkunftsgrößenklassen nachgewiesenen Einkommensteuerveranlagten in Betracht, beispielsweise bei den im Laufe des Jahres aus dem Berufsleben ausgeschiedenen freiberuflich Tätigen oder Gewerbetreibenden. Auch die Einkünfte von Auszubildenden schlugen sich vornehmlich in den unteren Einkunftsschichten nieder.

Gut drei Viertel und damit die große Masse aller Lohn- oder Einkommensteuerpflichtigen erzielten Einkünfte zwischen 8 000 und 50 000 DM, wobei sich ihr Anteil an den Gesamteinkünften mit 78,8% etwa in der gleichen Relation bewegte. Die auf die Größenklasse zwischen 16 000 und 25 000 DM Einkünfte entfallenden Steuerpflichtigen bildeten mit einem zahlenmäßigen Anteil von 28,1% und einem Anteil an den gesamten Einkünften in Höhe von 31,3% die mit Abstand stärkste Gruppe. Jahreseinkünfte von 50 000 DM und mehr - hier handelte es sich durchweg um Veranlagte - waren relativ selten. Nur 2,5% der Einkommensbezieher überschritten diese Grenze; allerdings vereinigten sie immerhin nahezu ein Sechstel der gesamten Einkünfte auf sich. Unter ihnen waren 143 Einkommensmillionäre mit zusammen 395 Mill. DM.

Arbeitnehmereinkünfte als wichtigste Einkunftsart

Neben der einheitlichen Schichtung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen nach Einkunftsgrößenklassen erfolgte deren Zusammenführung auch in der Gliederung nach den sieben im EStG unterschiedenen Einkunftsarten. Die zusammengefaßten und von Doppelzählungen bereinigten Daten der Lohnsteuerstatistik und der Einkommensteuerstatistik zeigen, daß die 1 220 400 Steuerpflichtigen in 1 480 800 Fällen Einkünfte aus einer der sieben Einkunftsarten erzielten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Fälle insofern höher ist als die Zahl der Steuerpflichtigen, als Einkommensteuerpflichtige häufig Einkünfte aus mehreren Einkunftsquellen beziehen. Die Summe der Einkünfte, das ist der Gesamtbetrag der Einkünfte vor Ausgleich mit den bei einer oder mehreren Einkunftsarten entstandenen Verluste, betrug für die

Einkünfte der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen
nach Einkunftsarten 1971

Einkunftsart	Fälle		Einkünfte	
	Anzahl	%	DM	%
Land- und Forstwirtschaft	31 699	2,1	341 615 902	1,5
Gewerbebetrieb	112 344	7,6	3 362 614 622	15,1
Selbständige Arbeit	22 161	1,5	856 093 661	3,8
Nichtselbständige Arbeit	1 129 319	76,3	17 161 146 234	77,0
Kapitalvermögen	65 503	4,4	251 460 317	1,1
Vermietung u. Verpachtung	76 364	5,2	257 403 700	1,2
Sonstige Einkünfte	43 421	2,9	60 732 828	0,3
Insgesamt	1 480 811	100,0	22 291 067 264	100,0

Gesamtheit der nachgewiesenen Einkommensbezieher 22 291 Mill. DM.

Die einheitliche Schichtung der Steuerpflichtigen nach den verschiedenen Arten von Einkünften macht die herausragende Bedeutung der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit als Einkunftsquelle

der natürlichen Personen deutlich: In über drei Vierteln aller Einkunftsfälle wurden Einkünfte aus Arbeitnehmertätigkeit bezogen, bei einem annähernd gleichen Anteil (77%) an der Summe der Einkünfte. Mit einem Anteil von 7,6% an der Zahl der Fälle und einer fast doppelt so hohen Quote an den Einkünften (15,1%) sind die gewerblichen Einkünfte die - allerdings mit weitem Abstand - zweitwichtigste Einkunftsart. In 5,2% der Fälle handelte es sich um Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung und in 4,4% um solche aus Kapitalvermögen, jedoch waren ihre Anteile an der Gesamtsumme der Einkünfte mit 1,2 bzw. 1,1% unterdurchschnittlich gering. Demgegenüber entfallen zwar nur 1,5% der Einkunftsfälle auf die Einkünfte aus selbständiger Arbeit, die in der Hauptsache die freiberuflichen Tätigkeiten umfaßt, an der Summe der Einkünfte ist diese Einkunftsart jedoch mit 3,8% und damit überproportional beteiligt.

Diplom-Kaufmann K.-J. Hesse

Personal in der Jugendhilfe 1974

Immer wieder hat sich in letzter Zeit erwiesen, wie unzureichend die bisher verfügbaren Informationen über Zahl und Qualifikation der in der Jugendhilfe beschäftigten Personen sind. Um mit gesicherten Fakten und Daten arbeiten zu können - die seit Jahren angestrebte Reform des Jugendhilferechts wird entscheidend von dem in der Jugendhilfe tätigen Personal beeinflußt - war bereits 1970 von der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe in Bonn eine entsprechende Erhebung als Zusatzstatistik zur Jugendhilfestatistik gefordert worden. Der Bundesminister für Jugend, Familie und Ge-

sundheit hat daher mit Zustimmung des Bundesrates am 23. August 1974 eine Rechtsverordnung erlassen, durch die sämtliche Behörden, Geschäftsstellen und Einrichtungen der Jugendhilfe sowie die in der Jugendhilfe tätigen Mitarbeiter verpflichtet wurden, sich an einer Personalstrukturerhebung zu beteiligen, die von den Statistischen Landesämtern Ende 1974 durchgeführt wurde.

Mit dieser Erhebung, die erstmalig einen Gesamtüberblick über die in der Jugendhilfe tätigen Personen, insbesondere auch über deren Berufsausbil-

Personal der Jugendhilfe nach Stellung im Beruf, Art der Beschäftigung und Arbeitsbereich 1974

Arbeitsbereich	Insgesamt	Beamte und Angestellte		Arbeiter	Ordens- oder Mutterhaus- angehörige	Sonstige
		zusammen	Voll- beschäftigte			
	Anzahl	%		Anzahl		
Frühkindliche Erziehung - ohne Tagesmütter - Kinderhort	6 769	6 095	89,9	233	352	89
Pädagogische Betreuung auf Spielplätzen	202	188	79,8	3	3	8
Adoptionswesen	-	-	-	-	-	-
Vormundschafts- und Pflegschaftswesen, Vormundschaftsgerichtshilfe	19	19	94,7	-	-	-
Erziehungsbeistandschaft	140	140	96,4	-	-	-
Familienfürsorge	14	13	100,0	-	-	1
Heimerziehung	211	207	91,8	1	2	1
Heimunterbringung und nachgehende Betreuung	1 759	1 292	87,6	70	349	48
Jugendgerichtshilfe	21	20	90,0	-	-	1
Bewährungshilfe (soweit landesrechtlich der Jugendhilfe zugeordnet)	35	35	91,4	-	-	-
Jugendschutz	-	-	-	-	-	-
Sonstige Jugendfürsorge	16	13	61,5	-	1	2
Institutionalisierte Beratung (außer Beratung von Einrichtungen)	190	161	90,1	2	5	22
Familienbildung	180	161	65,8	-	-	19
Erholung	43	21	61,9	1	-	21
Außerschulische Jugendarbeit	180	146	92,5	3	29	2
Jugendsozialarbeit	396	322	71,7	8	33	33
Fort- und Weiterbildung, Supervision	180	145	77,9	17	14	4
Organisation, Koordination, Planung, Beratung von Einrichtungen (einschl. Heimaufsicht)	51	48	50,0	-	1	2
Verwaltung	43	41	95,1	-	1	1
Wirtschafts-, technischer Bereich	789	716	77,2	10	50	13
	2 063	391	82,1	1 462	145	65
Insgesamt	13 301	10 174	76,5	1 810	985	332

dungsabschluß und Arbeitsbereich vermittelt, werden Strukturdaten für Überlegungen zu einer Ausbildungsreform der Fachkräfte in der Jugendhilfe sowie für allgemeine Bedarfsrechnungen zur Verfügung stehen. Der Erhebungsbereich erstreckte sich auf die Träger der öffentlichen, freien und gewerblichen privaten Jugendhilfe. Hier wurden die Behörden, Einrichtungen oder Geschäftsstellen, die Art des Trägers, die Zahl der verfügbaren Plätze in der Einrichtung sowie die Zahl der in der außerschulischen Jugendarbeit tätigen ehrenamtlichen Mitarbeiter global nach Altersgruppen erfaßt. Individuell befragt wurden nur die in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehenden Mitarbeiter, einschließlich der nebenamtlich Beschäftigten, wobei in den Erhebungsbogen Angaben über Alter, Geschlecht, Berufsausbildungsabschluß, Stellung im Beruf, Art der Beschäftigung und Arbeitsbereich des beschäftigten Mitarbeiters verlangt wurden. Abgesehen von Personen, die nur vorübergehend im Rahmen einer Ausbildung in der Jugendhilfe eingesetzt waren, schließt die Erhebung alle in der Jugendhilfe Tätigen ein, also das reine Verwaltungspersonal etwa bei den Jugendämtern und überregionalen Geschäftsstellen freier Träger ebenso wie die unmittelbar mit pflegerischen, betreuen- und beratenden Aufgaben betrauten Mitarbeiter in den verschiedenen Einrichtungen der Jugendhilfe, deren breite Palette sich aus der nachstehenden Übersicht ablesen läßt.

Über 25 000 Personen in der Jugendhilfe tätig

Ende 1974 waren in Rheinland-Pfalz insgesamt 13 300 Mitarbeiter in der Jugendhilfe beschäftigt und außerdem fast 12 000 Personen ehrenamtlich im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit tätig. In den 4 129 eigentlichen Einrichtungen der Jugendhilfe (Kindergärten, Kinderhorte, Erziehungsheime u. ä.) - darunter befanden sich rund 2 200, die nur ehrenamtliche Mitarbeiter hatten - wurden knapp 1 500 männliche und etwas über 10 500 weibliche Beschäftigte sowie fast 11 000 ehrenamtliche Mitarbeiter gezählt. Darüber hinaus gab es in den 43 Behörden und 137 Geschäftsstellen der Jugendhilfe weitere 1 300 Mitarbeiter im Beschäftigtenverhältnis und rund 900 - soweit es sich wiederum um den Bereich der außerschulischen Jugendarbeit handelte - ehrenamtliche.

Über 10 000, das sind fast 80 von 100 aller erfaßten Beschäftigten, sind Angestellte und Beamte, annähernd 2 000 Arbeiter und knapp 1 000 Ordens- und Mutterhausangehörige. Unter den verschiedenen Institutionen wiesen die Behörden mit 91% den höchsten Anteil vollbeschäftigter Personen auf. In den Einrichtungen der Jugendhilfe (Kindergärten, Jugendheime) handelte es sich bei jedem fünften der rund 12 000 Mitarbeiter und in den Geschäftsstellen in jedem vierten Fall der dort erfaßten 400 Personen um eine Teilzeit- oder nebenamtliche Beschäftigung. Bei einem Anteil von 75%, das sind über 10 000 der insgesamt in Rheinland-Pfalz erfaßten 13 300 Beschäftigten, dominiert mit Abstand die freie Trägerschaft. Rund 3 000 Personen - etwa jeder vierte Beschäftigte - waren in Einrichtungen

Einrichtungen, verfügbare Plätze und Personal der Jugendhilfe 1974

Behörde Einrichtung Geschäftsstelle	Ein- rich- tungen	Ver- fügbare Plätze	Beschäftigte	
			männ- lich	weib- lich
Behörden	43	-	421	488
Jugendamt	41	-	398	466
Landesjugendamt	1	-	14	17
Oberste Landesjugendbehörde	1	-	9	5
Einrichtungen	4 129	114 138	1 456	10 527
Heim für werdende Mütter	2	44	1	5
Wohnheim für Mutter und Kind	3	78	1	9
Säuglingsheim	3	87	-	23
Kinderheim einschl. Kinder- und Jugenddörfer	46	2 659	115	856
Erziehungsheim	20	1 802	453	674
Sonderheim	22	2 010	244	508
Beobachtungsheim	-	-	-	-
Allgemeine Kinderkrippe	17	745	-	106
Betriebliche Kinderkrippe	1	19	-	3
Allgemeiner Kindergarten	1 419	93 523	62	6 833
Sonderkindergarten	30	820	13	224
Betrieblicher Kindergarten	8	270	-	27
Allgemeiner Kinderhort	58	2 255	14	187
Betrieblicher Kinderhort	2	70	-	6
Kur-, Heil-, Genesungs- und Erholungsheim für Minderjährige	21	1 325	23	247
Tages-Erholungsstätte für Minderjährige einschl. Stadtranderholung	5	-	2	12
Ferienkolonie, fester Zeltlagerplatz	7	-	4	5
Jugendfreizeitstätte, Heim der offenen Tür, Haus der Jugend, Jugendclub u. ä.	55	-	72	31
Jugendverbandsheim, Jugendgruppenheim	2 246	-	59	27
Jugendbildungsstätte	23	1 510	49	77
Jugendwohnheim	29	2 542	107	180
Schülerwohnheim	41	3 683	117	298
Jugendschutzstelle, Obhut, Auffangheim	10	62	2	13
Fortbildungsstätte für Fachkräfte der Jugendhilfe	6	510	32	32
Erziehungsberatungsstelle	27	-	58	106
Jugendberatungsstelle	16	-	22	11
Mütter- und Elternschule	7	-	3	20
Jugendwohngemeinschaft unter Mitwirkung eines öffentlichen oder freien Trägers	2	105	2	3
Pflegenest/Großpflegestelle	3	19	1	4
Geschäftsstellen	137	-	153	256
Insgesamt	4 309	114 138	2 030	11 271

der öffentlichen Hand tätig, während die Mitarbeit in Einrichtungen privater gewerblicher Träger der Jugendhilfe - es handelt sich hier um etwa 100 Beschäftigte - zahlenmäßig von geringer Bedeutung ist.

3 600 Mitarbeiter ohne abgeschlossene Berufsausbildung

Inwieweit die Jugendhilfeeinrichtungen und ihre Dienststellen über das erforderliche Fachpersonal verfügen, war bisher noch wenig bekannt. Andererseits sind diese Informationen Voraussetzung, wenn für einen ausreichenden Nachwuchs in den einschlägigen Berufen gesorgt werden soll. Bewußt ist darauf verzichtet worden, auch die Ausbildung an allgemeinbildenden Schulen festzuhalten, da der Informationswert gering erschien gegenüber der Ermittlung berufsspezifischer Ausbildungsabschlüsse wie Kinderpflegerin, Erzieher, Kindergärtnerin, Heimerzieher, Sozialpädagoge, Sozialarbeiter u. ä.

Berufsausbildungsabschluß	Ins- gesamt	Öffent- liche	Freie	Private gewerb- liche	In Behörden		In Einrichtungen		In Geschäftsstellen	
		Träger			zu- sammen	weib- lich	zu- sammen	weib- lich	zu- sammen	weib- lich
Arzt	36	10	25	1	1	-	31	10	4	4
Psychotherapeut	6	2	4	-	-	-	6	2	-	-
Jurist	8	6	2	-	6	1	2	1	-	-
Sozialwissenschaftler	17	3	14	-	1	1	13	7	3	2
Theologe	138	-	138	-	-	-	119	1	19	1
Logopäde	6	2	4	-	-	-	6	5	-	-
Spiel-, Beschäftigungstherapeut	5	3	2	-	-	-	5	3	-	-
Heilpädagoge	18	-	18	-	-	-	18	13	-	-
Psychagoge	4	1	3	-	-	-	4	2	-	-
Psychologe	98	25	73	-	3	2	94	44	1	1
Sonderpädagoge, Sonderschul- lehrer	60	4	55	1	-	-	58	23	2	1
Fachlehrer	103	9	89	5	4	-	92	38	7	1
Sonstiger Lehrer	147	14	123	5	7	-	137	76	3	1
Erzieher, Kindergärtnerin, Hortnerin	3 089	587	2 480	22	4	3	3 074	2 958	11	9
Kinderpflegerin	1 537	336	1 192	9	1	1	1 532	1 532	4	4
Sozialpädagoge, Jugendleiterin, Sozialarbeiter	685	338	347	-	301	191	275	167	109	64
Heilerziehungspfleger, Heil- erziehungspflegehelfer	42	1	41	-	-	-	42	16	-	-
Kinderkrankenschwester	169	49	118	2	1	1	167	167	1	1
Krankenpfleger, -schwester	148	38	108	2	-	-	145	126	3	3
Krankenpfleger	51	10	39	2	-	-	48	44	3	2
Krankengymnast	24	1	23	-	1	1	22	21	1	1
Zweite Verwaltungsprüfung	201	174	27	-	171	22	20	3	10	-
Sonstige Verwaltungsberufe	334	170	162	2	159	95	124	86	51	37
Kaufmannsgehilfenprüfung	218	57	161	-	49	35	128	94	41	27
Geselle, Facharbeiter, Meister	400	36	362	2	6	1	389	116	5	2
Sonstiger Ausbildungsabschluß	612	173	430	9	96	60	446	347	70	52
Noch in Ausbildung	1 525	333	1 186	6	40	17	1 473	1 328	12	4
Ohne abgeschlossene Ausbildung	3 620	643	2 941	36	58	43	3 513	3 297	49	39
Insgesamt	13 301	3 025	10 172	104	909	488	11 983	10 527	409	256
Vollzeitbeschäftigte in %	-	-	-	-	91,3		81,0		74,1	

Von den 11 271 weiblichen Beschäftigten waren 3 382, von den 2 030 männlichen Beschäftigten 238 ohne beruflichen Abschluß. Insgesamt 8 156 hatten einen anerkannten Berufsausbildungsabschluß und 1 349 weibliche sowie 176 männliche Beschäftigte befanden sich zum Zeitpunkt der Erhebung noch in der Ausbildung. In den Behörden (909 Beschäftigte) und Geschäftsstellen (409) - knapp 600 männliche und über 700 weibliche Beschäftigte wurden bei diesen Institutionen insgesamt erfaßt - hatten nur rund 100 Mitarbeiter keine abgeschlossene Berufsausbildung. Demgegenüber sind die unmittelbaren Einrichtungen der Jugendhilfe, wie Kindergärten, Kinderhorte, Erziehungsheime usw. - hier wurden rund 10 500 Frauen und 1 500 männliche Beschäftigte ermittelt - offensichtlich auf die Mitarbeit auch einer erheblichen Zahl von Kräften angewiesen, die über keine berufsspezifische Ausbildung verfügen (3 500). Hinzu kommen insgesamt 1 500 (Frauen 1 328), die sich noch in der Ausbildung befinden.

Die Skala der Berufsausbildungsabschlüsse zeigt, wie gar nicht anders zu erwarten, einige ins Gewicht fallende Schwerpunkte. Bei den Behörden und Geschäftsstellen ist jeweils jeder dritte bzw. vierte aller tätigen Mitarbeiter in der Gruppe der Sozialpädagogen, Jugendleiter und Sozialarbeiter ausgewiesen. Ähnlich ist dort die personelle Besetzung, soweit die zweite Verwaltungsprüfung, sonstige Verwaltungsberufe sowie Kaufmannsgehilfenprüfung als Berufsausbildungsabschluß angege-

ben worden ist. In den unmittelbaren Einrichtungen der Jugendhilfe dürfte dagegen die reine Verwaltungstätigkeit - gemessen an der Zahl der Mitarbeiter mit einer entsprechenden Ausbildung (270) - von nur geringer Bedeutung sein. Hier dominieren eindeutig die im Bereich der frühkindlichen Erziehung liegenden Berufsausbildungsabschlüsse. Rund 3 000 Mitarbeiterinnen und einige wenige männliche Beschäftigte (116) sind als Erzieher, Kindergärtnerin oder Hortnerin ausgebildet. Rechnet man die 1 500 Kinderpflegerinnen hinzu, sind es bereits fast 40% der in diesen Einrichtungen der Jugendhilfe insgesamt befragten 12 000 Personen. Die übrigen pflegerischen Berufe sind durch rund 400 Mitarbeiter, meist Frauen, vertreten, deren Tätigkeitsfeld überwiegend im Bereich frühkindlicher Erziehung und Heimerziehung liegt. Geringer als bei Behörden (301) und Geschäftsstellen (109) ist demgegenüber die Zahl der in Jugendhilfeeinrichtungen erfaßten männlichen (108) und weiblichen (167) Sozialpädagogen, Jugendleiter und Sozialarbeiter.

138 Theologen, darunter zwei weibliche, sind überwiegend im Aufgabenbereich Heimerziehung und in der außerschulischen Jugendarbeit tätig. Zum Personalbestand 1974 gehörten auch 400 Gesellen, Facharbeiter und Meister, die vor allem im Wirtschafts- und technischen Bereich eingesetzt waren.

In Einrichtungen der Gemeinde, des Gemeindeverbandes und des Landes (öffentlicher Träger) ent-

Institution	Einrichtungen	Verfügbare Plätze	Beschäftigte Mitarbeiter										In der außerschulischen Jugendarbeit tätige ehrenamtliche Mitarbeiter
			männlich						weiblich				
			insgesamt	im Alter von ... Jahren				insgesamt	im Alter von ... Jahren				
				unter 25	25 - 40	40 - 60	60 und mehr		unter 25	25 - 40	40 - 60	60 und mehr	
Behörden	43	-	421	43	207	155	16	488	121	161	189	17	18
Einrichtungen	4 129	114 138	1 456	181	631	546	98	10 527	4 592	3 153	2 226	556	10 993
Geschäftsstellen	137	-	153	27	74	43	9	256	56	85	95	20	847
Insgesamt	4 309	114 138	2 030	251	912	744	123	11 271	4 769	3 399	2 510	593	11 858

fallen auf 100 Beschäftigte gut 20, in den Einrichtungen der freien Jugendhilfe fast 30, die keinen Berufsausbildungsabschluß nachweisen konnten. Wie nicht anders zu erwarten, sind von den voll ausgebildeten Kräften der freien Jugendhilfe über die Hälfte als Erzieher, Kindergärtnerin, Hortnerin oder Kinderpflegerin tätig. Auch in den Einrichtungen der öffentlichen Hand ist eine ähnliche Konzentration zu beobachten, wenn auch nicht ganz so stark ausgeprägt wie bei dem Personal in Einrichtungen freier Trägerschaft.

Fast jede zweite Mitarbeiterin der Einrichtungen jünger als 25 Jahre

Die bei Behörden (421), Einrichtungen (1 456) und Geschäftsstellen (153) beschäftigten 2 030 männlichen Mitarbeiter waren jeweils in den Altersgruppen 25 bis 40 und 40 bis 60 Jahre am stärksten vertreten, jünger als 25 war im Schnitt jeder achte Mitarbeiter.

Die Altersstruktur der 11 300 weiblichen Beschäftigten interessiert vor allem in Hinblick auf die große Zahl von 10 500 Mitarbeiterinnen, die ihre Tätigkeit in den Kindergärten, Sonderkindergärten oder Heimen ausüben. Daß hier fast jede zweite jünger als 25, jede dritte noch nicht 40 und nur jede fünfte 40 bis 60 Jahre alt ist, weist darauf hin, daß die Bewältigung der vielfältigen Aufgaben im Bereich der Jugendarbeit und Jugendhilfe die Mitarbeit eines ganz erheblichen Anteils junger Menschen erforderlich macht. Dagegen sind für die stärker im Verwaltungsbereich liegenden Aufgaben bei den Behörden und Geschäftsstellen (488 bzw. 256) Mitarbeiterinnen tätig, von denen fast die Hälfte (43%) älter als 40, aber nur jede vierte jünger als 25 Jahre ist.

Zur Lösung von Nachwuchsfragen dürften darüber hinaus Informationen über die Besetzung der Altersklassen in der Differenzierung nach dem Berufsausbildungsabschluß von Interesse sein. Einen beachtlichen Anteil sehr junger Kräfte - zwei von drei Mitarbeiterinnen waren noch nicht 25 Jahre alt - weist die Gruppe der Kinderpflegerinnen (1 537) auf. Auch Erzieherinnen, Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen - ihre Zahl beträgt insgesamt 2 970 - sind am häufigsten (45%) in der untersten

Altersgruppe anzutreffen. Diese ist dagegen bei den ausgebildeten männlichen Beschäftigten vielfach gar nicht oder nur schwach besetzt, weil dem angegebenen Abschluß eine langjährige Ausbildung vorangegangen sein dürfte. So sind beispielsweise im pädagogischen Bereich - Sozialpädagogen, Jugendleiter, Sozialarbeiter (66%), Erzieher (51%), Fachlehrer (52%), Sonderpädagogen (47%), sonstige Lehrer (66%), Psychologen (68%) - die 25- bis 40jährigen Mitarbeiter jeweils am häufigsten vertreten. Auch von den Theologen ist ungefähr jeder zweite 25 bis 40 Jahre alt. Älter als 40 Jahre ist fast jeder zweite männliche Beschäftigte, dessen Berufsausbildungsabschluß im Verwaltungsbereich liegt. Hingegen ist von den entsprechenden Mitarbeiterinnen der Jugendhilfe nur jede vierte über 40 Jahre alt.

9 von 10 ehrenamtlichen Mitarbeitern in Jugendhilfeeinrichtungen tätig

Über den Kreis der ehrenamtlichen Mitarbeiter liegen keine entsprechend differenzierten Ergebnisse vor, da sich die Erhebung aus finanziellen Erwägungen heraus auf globale Angaben der in der außerschulischen Jugendarbeit tätigen Mitarbeiter beschränken mußte. Von den insgesamt fast 12 000 in der außerschulischen Jugendarbeit erfaßten Mitarbeitern waren 11 000 in den Jugendhilfeeinrichtungen, fast 900 in den Geschäftsstellen und 18 in den Jugendämtern tätig. Schwerpunkt der ehrenamtlichen Mitarbeit waren die 2 246 Jugendverbands- und Jugendgruppenheime. 95 von 100 dieser Einrichtungen hatten ausschließlich ehrenamtliche Mitarbeiter (rund 10 300 Personen). Mehr als 400 arbeiteten ehrenamtlich in den Jugendfreizeitstätten, Heimen der offenen Tür u. ä. Einrichtungen. Auch in den Jugendbildungsstätten, Jugendberatungsstellen sowie Mütter- und Elternschulen, den Tageserholungsstätten für Minderjährige einschließlich Stadtranderholung und Ferienkolonien wurde ehrenamtlich gearbeitet. Im Gesamtdurchschnitt waren 9 200 (80%) aller ehrenamtlich tätigen Personen noch nicht 40 und rund 2 700 über 40 Jahre alt. In den verschiedenen Einrichtungen zeigte die Altersstruktur der ehrenamtlichen Mitarbeiter keine beachtlichen Abweichungen.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Grundschema für eine regionale Bevölkerungsprognose

Problemstellung

Der Hauptakzent der derzeitigen Ausbaustufe des Landesinformationssystems liegt auf der Entwicklung von Auswertungsprogrammen. Dabei überwog von vornherein der Wunsch nach einer automatisierten regionalen Bevölkerungsprognose, die als Voraussetzung für eine Verbesserung des Planungshorizontes aller Ebenen angesehen wird. Damit wird gleichzeitig der Erkenntnis Rechnung getragen, daß jede Prognose einen hypothetischen Charakter hat, der nicht nur durch das jeweils angewandte Rechenverfahren, sondern auch durch die deduktiv vorgegebenen Annahmen geprägt wird. Automation in diesem Zusammenhang bedeutet daher, daß erstmalig die Folgewirkungen unterschiedlicher Annahmen und Methoden für die Entwicklung einer komplexen Untersuchungsgröße sichtbar gemacht werden können, die den Planer in die Lage versetzen, mehrere Alternativen durchzurechnen, um klarere Vorstellungen über Plausibilität und Realitätsnähe eines Prognosemodells zu gewinnen.

Das zentrale Problem einer regionalen Bevölkerungsprognose besteht in der Anwendung eines möglichst praktikablen und dennoch plausiblen Wanderungsansatzes. Denn bei steigendem Disaggregationsgrad der betrachteten Raumeinheiten nimmt der Einfluß der Geburten und Sterbefälle ab, während der Einfluß der Wanderungen zunimmt. Wenn auch bei großen statistischen Massen, zum Beispiel für das gesamte Bundesgebiet oder die großen Flächenländer, die Wanderungen unter Umständen vernachlässigt oder in stark vereinfachter Form berechnet werden können, so hat bei kleineren Gebietseinheiten, wie Regierungsbezirke, Kreise oder Regionen eines Bundeslandes, die Güte des Wanderungsansatzes maßgeblichen Anteil an der Treffsicherheit der Prognose. Bedenkt man weiterhin, daß die Ansiedlung eines einzigen Großbetriebes in einem betrachteten Teilraum noch so fundierte Bevölkerungsprognosen ad absurdum führen kann, so wird hier die Verquickung von Status quo und Zielprognose besonders deutlich. Aus diesem Grunde wurde ein ursprünglich vorgeschlagener regressionsanalytischer Wanderungsansatz zurückgestellt, weil er den Versuch darstellt, auf der Grundlage der Wahrscheinlichkeitstheorie die Wanderungen mittels Daten zu erklären, die den stärksten sachlogischen Zusammenhang zur Mobilität bestimmter Bevölkerungsgruppen besitzen. Im Zuge der Intensivierung der Erforschung von Wanderungsmotiven und Verbesserung von entsprechenden Indikatoren auf der Basis des amtlichen Datenmaterials könnte jedoch das anfangs beabsichtigte Konzept wieder aufgegriffen werden.

Die politische Aussage einer regionalen Bevölkerungsprognose, aber auch die Notwendigkeit einer einheitlichen Leitplanung aller staatlichen Instanzen, erforderte dagegen ein Modell, das einerseits ge-

nügend Spielraum für eine Berücksichtigung normativer politischer Zielwerte gibt, andererseits die Kontinuität der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms sicherstellt. Dieses schon als klassisch zu bezeichnende Grundschema einer regionalen Bevölkerungsprognose soll im folgenden in ge-
raffter Form vorgestellt werden.

Auswahl der Gebietseinheiten und Laufzeit

Als Grundbaustein regionaler Bevölkerungsprognosen wird der Kreis gewählt, weil die benötigten Ausgangsdaten (fortgeschriebene Wohnbevölkerung nach Altersjahrgang und Geschlecht, Fruchtbarkeitsziffern) aus technischen Gründen vorerst nur auf Kreisebene anfallen. Im Hinblick auf die geplante Neuabgrenzung der Regionen, die sich künftig mit einer Ausnahme nahtlos aus Kreisen zusammensetzen lassen, können damit lediglich die landesplanerischen Mittel- und Nahbereiche nicht abgedeckt werden. Wenn auch aus dieser Sicht eine Umgestaltung der bisherigen Aufbereitungsprogramme anzustreben ist, so setzen immerhin die zuerst realisierbaren Prognosen auf Kreis- und Regionenebene den notwendigen Bezugsrahmen für eine spätere Ausweitung auf untergeordnete Räume.

Die Laufzeit der Prognose, die jährlich zu aktualisieren ist, soll 15 Jahre umfassen, wobei von Benutzerseite aus beliebige Abschneidegrenzen vorgegeben werden können.

Komponenten der Bevölkerungsprognose

Die Bevölkerungsprognose soll aus mehreren Teilprognosen über die einzelnen Komponenten der Bevölkerungsentwicklung baukastenartig aufgebaut werden, so daß sukzessive mit in sich aussagekräftigen Teilergebnissen zu rechnen ist. Die beiden Hauptkomponenten - natürliche und räumliche Bevölkerungsbewegung - sind, sobald beide Teilprognosen erstellt sind, für jedes Prognosejahr zusammenzuführen, um den Einfluß der Wanderungen auf Geburten und Sterbefälle berücksichtigen zu können.

Natürliche Bevölkerungsbewegung

Außer Diskussion steht die biometrische Methode einer Vorausschätzung der Geburten und Sterbefälle eines jeden Prognosejahres mit Hilfe von altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern sowie alters- und geschlechtsspezifischen Sterbeziffern. Die Möglichkeit einer Verfeinerung besteht hier darin, Fruchtbarkeitsziffern und Säuglingssterbeziffern anspruchsvoller vorzuschätzen, da deren Veränderungen zu erheblichen Differenzen gegenüber einer zeitlichen Konstanzhaltung führen. Über Verfahren und Ergebnisse wird in einer Fortsetzung zu diesem Beitrag berichtet.

Räumliche Bevölkerungsbewegung

Das Phänomen der Wanderungen kann nur dann befriedigend erklärt werden, wenn zwischen öko-

nomisch bedingten und außerökonomischen Wanderungen unterschieden wird. Erstere sind das Resultat der regionalen Arbeitsmarktsituation, letztere werden vorwiegend durch die sogenannte Bildungs- und Altenwanderung bestimmt. Hauptursache für einen Abwanderungsdruck bzw. Zuwanderungssog an Erwerbstätigen ist die ungleichgewichtige Entwicklung der Nachfrage und des Angebots an Arbeitskräften, die alle übrigen Einflußfaktoren, wie unterschiedliches Lohnniveau und Infrastruktur-ausstattung an Bedeutung übertrifft. Der tendenzielle Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt vollzieht sich daher unter Einbeziehung eines Einpendler-/Auspendlerüberschusses von Berufspendlern über den Wanderungssaldo der Erwerbstätigen. Die Gesamtzahl ökonomisch induzierter Wanderungen ergibt sich jedoch erst dann, wenn man eine bestimmte Anzahl an Familienangehörigen pro Erwerbstätigen einkalkuliert.

Daraus wird ersichtlich, daß die Wanderungsprognose sich als ein Komplex von unabhängigen Teilprognosen versteht, deren Ergebnisse in der Form eines Bilanzierungsverfahrens ermittelt werden:

Nachfrage nach Arbeitskräften (Arbeitskräftebedarfsprognose)
— Angebot an Arbeitskräften (Erwerbspersonenprognose)
= Defizit/Überschuß an Erwerbstätigen
± Saldo der Berufspendler (Pendlerprognose)
= Zu-/Abwanderung von Erwerbstätigen
+ Familienangehörige der zu-/abwandernden Erwerbstätigen (Prognose der durchschnittlichen Haushaltsgröße)
= Zu-/Abwanderung von Erwerbstätigen und ihrer Familienangehörigen
± Zu- und Abwanderung von Schülern und Studenten (Prognose der Bildungswanderungen)
± Zu- und Abwanderung von älteren Menschen (Prognose der Altenwanderungen)
= Gesamter Wanderungssaldo

Dieser Zusammenhang ist der eigentliche Kern des Wanderungsmodells, das auf die Arbeiten von Gerfin und der Prognos AG zurückgeht und in modifizierter Form in das Landesentwicklungsprogramm einfloß. Die Aufteilung der Wanderungen auf die Altersjahrgänge und das Geschlecht, Grundbedingung zur jahrgangsweisen Zusammenführung von natürlicher und räumlicher Bevölkerungsbewegung, orientiert sich dabei an der jeweils zuletzt beobachteten Altersstruktur der kreisweisen Wanderungssalden, die nach und nach durch plausible Annahmen über die Veränderung der altersmäßigen Zusammensetzung ergänzt werden soll.

Arbeitskräftebedarf

Die Arbeitskräftenachfrage soll durch sektorale Trendextrapolationen festgestellt werden. Es ist vorgesehen, die benötigten Daten nicht nur aus Großzählungen (Arbeitsstättenzählungen und Volkszählungen) zu entnehmen, sondern durch die Ergeb-

nisse aus den zwischenzeitlichen Erhebungen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen zu vervollständigen. Die aufgrund einer Ansiedlung von Großbetrieben unrealistisch ansteigenden Trendgeraden sollen durch Eliminierung dieser Betriebe korrigiert werden (Extremwertbereinigung). In diesem Zusammenhang sind die etwa 100 Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten zu befragen, ob und in welcher Größenordnung sie eine Neuansiedlung oder Erweiterung von Betriebsstätten planen.

Regionale Entwicklungsunterschiede bei Klein- und Mittelbetrieben werden mit Hilfe der Shift-Analyse herausgearbeitet, indem die gesamträumlichen Trends der branchenspezifischen Arbeitsplatzzahlen auf Landesebene für die Regionen (kreisfreie Städte und Landkreise) übernommen und im Anschluß daran Veränderungen der regionalen Branchenanteile an den Beschäftigtenzahlen des Gesamtgebietes in die Zukunft verlängert werden. Es kristallisiert sich also folgendes Berechnungsschema heraus:

- (1) Trendextrapolation der Beschäftigten in Klein- und Mittelbetrieben (Betriebe mit weniger als 500 Beschäftigten) auf Landesebene.
- (2) Umrechnung des Landestrends auf Kreisebene mittels eines Regionalfaktors (Shift-Analyse), der die Veränderung der regionalen Branchenanteile berücksichtigt.
- (3) Den regionalen Vorausschätzungsergebnissen sind die durch Befragung der ansässigen Großbetriebe gewonnenen Beschäftigtenwerte des jeweiligen Prognosejahres hinzuzurechnen.

Die für bestimmte Gebiete typische Zusammensetzung nach Branchen, zum Beispiel Koblenz als Einkaufszentrum, soll nachträglich sozusagen als Plausibilitätskontrolle berücksichtigt werden, indem bestimmte Schwellenwerte kreisspezifischer Relationen zwischen originären und derivativen Wirtschaftsbereichen weder über-, noch unterschritten werden dürfen.

Angebot an Arbeitskräften

Das Angebot an Arbeitskräften rekrutiert sich aus der ansässigen Bevölkerung, die lediglich der natürlichen Bevölkerungsbewegung unterliegt und mittels alters- und geschlechtsspezifischer Erwerbsquoten berechnet wird. Datenquelle ist die Volks- und Berufszählung von 1970, aus der entsprechende kreisspezifische Erwerbsquoten gewonnen werden können. Einen Aufschluß über pauschale Veränderungen in der Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung liefern die jährlich anfallenden Ergebnisse aus dem Mikrozensus. Die daraus resultierenden Erwerbsquoten dienen dazu, die kreisspezifischen Erwerbsquoten jährlich der Entwicklungsrichtung des Gesamtgebietes anzunähern. Daneben ist es erforderlich, genauere Untersuchungen über den Einfluß von weiteren Determinanten für die Berufstätigkeit (verlängerte Ausbildungszeit, Rückgang der Beschäftigten in der Landwirtschaft, räumliche Verteilung der Betriebe, potentielle Arbeitskraftreserven)

durchzuführen, die bei Vorliegen von gesicherten Erkenntnissen bei den jeweiligen Erwerbsquoten zu berücksichtigen sind.

Berufspendler

Zur Vorausschätzung der Berufspendler soll zunächst auf den Zusammenhang zwischen der Veränderung der Erwerbstätigen (am Arbeitsort) eines Kreises aufgrund der Arbeitsstätten- und Volkszählungen 1961 und 1970 und der gleichzeitigen Veränderung der erwerbstätigen Einpendler aus den benachbarten Kreisen geschlossen werden, mit dem Ziel, für die Länge des Prognosezeitraumes mit den gleichen marginalen Relationen rechnen zu können. Diese Betrachtung ist mit einer Analyse der Pendlerverflechtungen zwischen den Gebietsteilen des Landes zu verbinden, für die sich zweckmäßigerweise eine Pendlermatrix anbietet.

Familienangehörige von zu- und abwandernden Erwerbstätigen

Die sogenannte Mantelbevölkerung der zu- und abwandernden Erwerbstätigen ergibt sich aus den durchschnittlichen Haushaltsgrößen nach den Ergebnissen des familienstatistischen Programms der letzten Volkszählungen. Darüber hinaus sind Nachforschungen notwendig, ob an Hand einer längeren Beobachtungsreihe von Mikrozensusdaten eine weitere Reduzierung der Anzahl von Familienangehörigen pro Erwerbstätigen zu erwarten ist.

Bildungswanderungen

Von besonderer Bedeutung sind hierbei die Zu- und Abwanderungen von Studierenden in bzw. aus Gebieten, die Fachhochschulen und Hochschulen besitzen. Das Spezifische dieser Bevölkerungsgruppe besteht darin, daß sie nur begrenzte Zeit zur Wohnbevölkerung zählt, abwandert und durch nahezu gleiche Bevölkerungsteile via Zuwanderungen ersetzt wird. Da ihr Volumen von den Kapazitäten der jeweils vorhandenen Einrichtungen abhängt, müssen für eine Schätzung entsprechende Ausbaupläne für das Hochschulwesen herangezogen werden.

Wanderungen von Schülern an allgemein- und berufsbildenden Schulen können mangels statistischer Masse vernachlässigt werden.

Altenwanderungen

Eine isolierte Schätzung der Zu- und Abwanderung der über 65jährigen (Altenwanderung) wird zunächst auf einer Trendextrapolation der Zeitreihenergebnisse der Wanderungstatistik beruhen, die durch Regressionsanalysen über die Abhängig-

keit von bestimmten Faktoren (Klima, Erholungswerte, Alteneinrichtungen etc.) abgerundet werden kann.

Kritischer Ausblick

Häufig begegnet man der Meinung, Methoden und Annahmen der koordinierten Bevölkerungsvorausschätzungen des Bundes und der Länder¹⁾ könnten ebenso auf regionale Bevölkerungsprognosen übertragen werden. Dies trifft gewiß für Teilaggregate zu. Für die vielfältigen Probleme jedoch, die in der ungleichmäßigen räumlichen Struktur unterhalb der Landesebene ihre Ursachen haben, ist eine solche Vorausschau zu grob, ein Tatbestand, der vor allem durch Unterschiede im Wanderungsansatz bedingt ist. Denn großräumige Wanderungsbewegungen auf Bund-Länder-Ebene unterliegen anderen Gesetzmäßigkeiten als interregionale Wanderungsströme und verlangen daher ein unterschiedliches methodisches Instrumentarium.

Sicherlich läßt sich gegen das hier vorgestellte Wanderungsmodell eine Reihe von Bedenken äußern, insbesondere gegen das Arbeitsmarktmodell zur Schätzung ökonomisch induzierter Wanderungen, welches eine unendlich große räumliche Mobilität voraussetzt. Sektorale Ungleichgewichte der angebotenen und nachgefragten Arbeitskräfte, die zu Netto-Wanderungsströmen oder struktureller Arbeitslosigkeit führen können, werden nicht erkannt.

Es ist allerdings ein generelles Manko aller Forschungsarbeiten, daß eine spezielle Theorie der Wanderungen bisher fehlt. Alternative Lösungsversuche, angefangen von naiven Extrapolationen und Wanderungsziffern über gravitations- und regressionsanalytische Modelle bis hin zu rein wahrscheinlichkeitstheoretischen Ansätzen - etwa dem Markoff-Ketten-Modell -, sind noch weitgehend Experimentierfelder mit nicht minder großen Schwierigkeiten, so daß sie für eine politisch-planerische Anwendung noch nicht überzeugen konnten.

Auch das oben geschilderte Grundschema darf deshalb nicht als ein fertiges Konzept aufgefaßt werden, das nur noch der praktischen Einführung bedarf. Es wird vielmehr Aufgabe bleiben, nach Möglichkeiten einer Verbesserung des bestehenden Systems zu suchen oder aber dem Benutzer die Wahl zwischen mehreren Modellen zu überlassen.

Genannt seien hier nur die beabsichtigte Differenzierung nach In- und Ausländern, Einarbeitung von Feed-back-Beziehungen zwischen den Komponenten der Bevölkerungsprognose, Verfeinerung der einzelnen Teilprognosen selbst, Simulation von latenten Ungleichgewichtssituationen des Arbeitsmarktes durch Vorgabe einer unbeweglichen Teilmasse, sowie schlechthin eine Kombination von Wanderungsmodellen, die sich gegenseitig ergänzen.

Diplom-Volkswirt H. Mayer

1) Erste Ergebnisse der 5. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung enthält Heft 12/1975 der Zeitschrift Wirtschaft und Statistik des Statistischen Bundesamtes.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974			1975				1976
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 698	3 696	3 691	3 688	3 686	3 671	3 668
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 137	2 037	1 415	1 851	1 864 ^p	1 950 ^p	1 495 ^p	2 029 ^p	1 213 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,9	6,6	4,7	5,9	6,0 ^p	6,2 ^p	4,9 ^p	6,5 ^p	3,9 ^p
* Lebendgeborene	Anzahl	3 083	2 990	2 673	2 703	2 818 ^p	2 853 ^p	2 447 ^p	2 968 ^p	2 977 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,0	9,7	8,8	8,6	9,0 ^p	9,1 ^p	8,1 ^p	9,5 ^p	9,5 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 682	3 624	3 558	4 029	3 960 ^p	3 822 ^p	3 576 ^p	3 984 ^p	3 689 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,0	11,8	11,7	12,9	12,6 ^p	12,2 ^p	11,8 ^p	12,8 ^p	11,8 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	76	67	63	68	59 ^p	62 ^p	46 ^p
* je 1 000 Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	24,3	22,3	22,6	23,5	20,2 ^p	21,3 ^p	18,0 ^p
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	- 599	- 634	- 885	- 1 326	- 1 142 ^p	- 969 ^p	- 1 129 ^p	- 1 016 ^p	- 712 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,9	- 2,1	- 2,9	- 4,2	- 3,6 ^p	- 3,1 ^p	- 3,7 ^p	- 3,3 ^p	- 2,3 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 464	8 520	7 888	6 444	7 227	9 399	6 403
* Fortgezogene	Anzahl	8 997	8 947	8 773	7 901	7 877	10 940	8 200
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 467	- 427	- 885	- 1 457	- 650	- 1 541	- 1 797
* Innerhalb d. Landes Umgezogene ³⁾	Anzahl	10 955	10 936	10 845	8 838	10 715	12 405	9 914
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	14,7	36,3	49,1	59,9	71,6	65,2	68,0	76,8	83,3
* Männer	1 000	8,5	22,4	30,9	39,8	48,7	39,2	41,2	49,1	53,9
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	715	570	457	1 120	1 562	711	683	1 844	3 615
Bauberufe	Anzahl	1 006	4 045	5 670	7 265	9 616	4 878	5 370	6 509	7 776
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	6 256	15 979	21 756	27 434	31 946	27 230	28 687	33 129	33 971
Offene Stellen	Anzahl	28 810	14 621	9 717	8 479	10 385	10 398	8 622	7 715	9 487
Männer	Anzahl	18 662	8 433	5 369	4 358	5 393	5 879	4 878	4 205	5 444
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	444	244	136	96	177	175	175	151	402
Bauberufe	Anzahl	2 704	767	369	232	509	1 142	617	303	705
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	13 068	5 339	3 070	2 546	3 252	3 623	2 986	2 874	3 414
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	693	686	.	686	.	.	.	668 ^p	.
* Milchkühe	1 000	250	242	.	242	.	.	.	236 ^p	.
* Schweine	1 000	737	713	.	713	.	.	.	671 ^p	.
* Zuchtsauen	1 000	71	70	.	70	.	.	.	70 ^p	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	45	45	.	45	.	.	.	45 ^p	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	16	18	19	20	20	17	17	18	17
* Kälber	1 000	1	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	93	92	100	109	100	85	90	105	93
* Hausschlachtungen	1 000	18	18	28	31	27	14	25	28	24
* Schlachtmengen ⁴⁾	1 000 t	10,5	11,0	10,7	11,4	11,2	10,2	9,5	11,0	10,1
* Rinder	1 000 t	4,3	4,7	4,7	4,9	5,2	4,3	4,1	4,7	4,4
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,1	6,1	5,9	6,3	5,9	5,8	5,3	6,2	5,6
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier ⁵⁾										
* für Legehennenküken	1 000	167	122	67	53	131	81	35	76	94
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch ⁶⁾	1 000 kg	68	96	81	99	163	103	87	101	109
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	78	78	64	68	71	70	64	68	72
* an Molkereien geliefert	%	84,5	84,4	81,4	82,0	82,8	88,3	87,6	87,7	88,2
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,3	10,2	8,5	8,7	9,5	9,3	8,9	9,1	9,8

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 3) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 4) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 5) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 6) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974			1975				1976
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	2 997	2 909	2 882	2 879	2 809	2 758	2 751	2 744	...
* Beschäftigte	1 000	407	398	391	387	383	369	368	365	...
* Arbeiter 2)	1 000	299	289	282	278	275	263	262	260	...
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	45 676	42 799	42 537	37 311	40 490	42 156	38 508	35 759	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	669	733	828	944	695	726	825	939	...
* Löhne	Mill. DM	434	465	511	560	436	465	492	555	...
* Gehälter	Mill. DM	235	268	317	384	259	262	333	384	...
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	74	88	95	81	74	74	68	85	...
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	92	95	97	95	99	102	103	107	...
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	1	2	3	3	1	1	1	1	...
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	91	93	94	92	98	101	102	106	...
* Heizölverbrauch	1 000 t	216	190	209	182	196	217	230	233	...
* leichtes Heizöl	1 000 t	39	32	37	35	37	30	35	37	...
* schweres Heizöl	1 000 t	177	158	172	147	159	187	195	196	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	871	917	867	816	839	882	866	836	...
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	283	293	291	266	277	270	280	300	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 125	3 630	3 649	3 571	3 443	3 969	3 645	3 808	...
* Auslandsumsatz	Mill. DM	757	1 065	1 068	1 137	1 007	986	951	1 152	...
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1970 =100	122	121	126	108	103	118	128	117	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 =100	124	122	127	111	106	121	132	123	...
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1970 =100	123	122	126	109	104	120	131	121	...
* Energiewirtschaft	1970 =100	138	147	161	161	156	148	168	177	...
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1970 =100	127	126	115	96	102	120	127	117	...
Industrie der Steine und Erden	1970 =100	112	100	100	73	63	106	101	76	...
Chemische Industrie	1970 =100	131	129	112	92	106	120	132	123	...
* Investitionsgüterindustrien	1970 =100	120	121	146	136	104	117	139	131	...
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1970 =100	115	124	138	162	103	108	127	141	...
* Verbrauchsgüterindustrien	1970 =100	120	111	117	100	102	114	123	105	...
Schuhindustrie	1970 =100	80	72	77	62	75	73	68	55	...
* Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1970 =100	120	125	143	128	121	142	141	146	...
* Bauhauptgewerbe	1970 =100	113	109	118	92	83	100	106	80	...
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 =100	97	94	.	92	.	.	.	95	.
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 =100	134	142	.	164	.	.	.	168	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	234	226	311	270	323	258	280	299	...
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 454	1 650	1 665	1 737	1 657	1 738	1 681	1 777	...
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	517	630	705	740	662	710	661	702	...
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 155	1 231	1 255	1 250	1 299	1 266	1 280	1 343	...
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,3
Gasbezug 4)	Mill. cbm	133	141	169	174	180	166	189	214	...
Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	133	141	170	174	180	164	189	214	...
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	87 137	79 639	76 085	73 855	71 402	70 169	69 378	68 655	66 141
Facharbeiter	Anzahl	48 502	44 458	42 039	40 960	39 923	39 846	39 312	39 026	37 780
Fachwerker und Werker	Anzahl	23 651	20 312	19 198	18 134	16 901	16 731	16 521	16 058	15 076
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	12 311	11 151	11 009	8 581	8 814	11 359	9 926	7 909	6 877
Privater Bau	1 000	7 271	6 407	6 230	4 969	5 191	6 562	5 769	4 600	4 259
Wohnungsbau	1 000	4 935	4 361	4 242	3 274	3 420	4 526	4 005	3 112	2 841
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	94	82	100	77	59	153	86	77	68
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 242	1 964	1 888	1 618	1 712	1 883	1 678	1 411	1 350
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 040	4 744	4 779	3 612	3 623	4 797	4 157	3 309	2 618
Hochbau	1 000	1 142	1 105	1 088	865	878	1 069	963	812	706
Tiefbau	1 000	3 898	3 639	3 691	2 747	2 745	3 728	3 194	2 497	1 912
Straßenbau	1 000	1 836	1 727	1 837	1 330	1 224	1 774	1 498	1 126	842
Löhne und Gehälter	Mill. DM	139	138	141	127	119	149	137	125	101
* Löhne	Mill. DM	124	122	124	109	103	134	120	108	85
* Gehälter	Mill. DM	15	16	17	18	16	15	17	17	16
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	347	381	418	548	373	421	420	540	204

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Berichtigte Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974			1975				1976
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wieder- aufbau)	Anzahl	1 418	1 090	787	433	1 156	1 062	1 118	450	1 535
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 282	1 026	746	398	1 100	1 012	1 064	421	1 463
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 627	1 173	924	528	1 139	1 109	1 124	482	1 657
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	267	210	173	99	214	212	214	95	300
* Wohnfläche	1 000 qm	281	194	158	88	184	181	179	80	254
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	268	212	194	116	225	297	274	125	257
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 128	827	899	538	1 432	922	1 023	596	934
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	141	127	155	119	265	111	162	94	135
* Nutzfläche	1 000 qm	201	148	144	87	225	167	197	92	164
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	3 282	2 200	1 800	1 245	2 005	2 125	1 959	905	2 767
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	132	139	137	.	.	.	134	.	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	201	211	209	.	.	.	213	.	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	208	219	216	.	.	.	220	.	.
Leichttrennwand	1962 = 100	213	225	226	.	.	.	235	.	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	190	201	199	.	.	.	195	.	.
Beton für Wände	1962 = 100	197	203	200	.	.	.	196	.	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	147	167	171	.	.	.	170	.	.
Innenwandputz	1962 = 100	222	242	243	.	.	.	240	.	.
Deckenputz	1962 = 100	214	234	236	.	.	.	235	.	.
Außenwandputz	1962 = 100	230	248	250	.	.	.	254	.	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	189	207	213	.	.	.	215	.	.
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	202	221	222	.	.	.	206	.	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	866,8	1 179,7	1 185,0	1 150,2	1 190,3	1 360,0	1 077,7	1 173,8	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	41,4	49,0	46,4	37,8	49,3	55,5	41,7	47,9	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	825,5	1 130,7	1 138,6	1 112,3	1 141,0	1 304,1	1 035,9	1 125,8	...
* Rohstoffe	Mill. DM	11,5	12,3	11,8	9,7	11,4	13,8	10,5	11,9	...
* Halbwaren	Mill. DM	44,8	72,7	65,5	58,2	71,1	67,7	61,4	68,5	...
* Fertigwaren	Mill. DM	769,1	1 045,7	1 061,3	1 044,5	1 058,6	1 222,7	964,1	1 045,4	...
* Vorzeugnisse	Mill. DM	280,2	406,9	389,1	334,0	342,9	370,1	325,2	355,5	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	488,9	638,9	672,2	710,5	715,7	852,5	638,8	689,9	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
* EG - Ländern	Mill. DM	402,3	453,8	463,6	417,2	444,0	522,8	456,9	502,0	...
Frankreich	Mill. DM	133,1	164,7	137,5	133,2	140,8	172,4	150,6	188,0	...
Belgien - Luxemburg	Mill. DM	60,8	76,6	66,9	58,9	71,4	87,7	71,8	76,3	...
Niederlande	Mill. DM	69,3	94,5	92,3	72,8	81,6	91,4	77,9	85,1	...
Italien	Mill. DM	73,6	96,7	83,4	75,4	69,1	90,6	82,6	81,5	...
Großbritannien	Mill. DM	46,6	67,9	65,2	59,9	58,8	53,7	52,0	49,2	...
Republik Irland	Mill. DM	2,6	3,2	1,9	2,0	3,5	2,8	2,5	2,0	...
Dänemark	Mill. DM	18,8	20,7	16,3	15,1	18,9	24,1	19,5	19,9	...
Österreich	Mill. DM	35,8	40,9	39,9	38,2	36,6	45,0	42,4	39,7	...
Schweiz	Mill. DM	46,1	56,7	55,2	45,5	43,4	44,1	39,1	43,8	...
USA und Kanada	Mill. DM	54,9	60,9	63,4	51,3	65,2	70,2	40,4	54,9	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	133,0	219,6	275,8	300,6	333,0	402,8	259,4	234,4	...
Ostblockländer	Mill. DM	48,1	74,6	85,4	89,7	92,1	64,4	77,7	78,4	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	522,7	725,0	715,2	639,4	599,2	841,3	691,8	787,0	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	103,1	113,9	114,1	127,1	111,7	139,2	105,2	142,6	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	419,7	611,1	601,1	512,3	487,5	702,1	586,6	644,4	...
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	108	106	105	106	104	104	104	104	103
* Umsatz	1970 = 100	135	144	161	188	138	173	172	214	150
Waren verschiedener Art	1970 = 100	130	155	194	228	159	195	212	275	174
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	139	144	154	170	138	164	156	185	144
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1970 = 100	133	139	170	202	137	189	179	215	137
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1970 = 100	150	159	194	229	133	169	201	252	150
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1970 = 100	137	151	186	335	128	157	204	376	148
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1970 = 100	117	107	95	92	95	151	128	132	124

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974		1975				1976
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
Gastgewerbe									
Beschäftigte	1970 = 100	100	100	95	92	92	100	93	90
Teilbeschäftigte	1970 = 100	115	119	108	107	107	117	108	111
* Umsatz	1970 = 100	116	121	96	110	91	140	100	114
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	120	124	86	94	81	151	90	101
Gaststättengewerbe	1970 = 100	116	118	104	122	99	132	107	123
Fremdenverkehr									
in 291 Berichtsgemeinden									
* Fremdenmeldungen	1 000	256	257	164	116	118	415	171	128
* Auslandsgäste	1 000	49	45	17	14	13	50	19	17
* Fremdenübernachtungen	1 000	998	1 004	586	467	444	1 350	590	494
* Auslandsgäste	1 000	122	112	35	35	27	124	44	48
Verkehr									
Binnenschifffahrt									
Güterumschlag	1 000 t	3 143	2 870	2 701	2 350	1 854	2 922	2 885	2 719
* Gütereingang	1 000 t	1 677	1 548	1 461	1 333	1 038	1 433	1 577	1 589
* Güterversand	1 000 t	1 466	1 322	1 240	1 017	815	1 489	1 308	1 130
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre									
Bergverkehr									
Güterschiffe	Anzahl	3 649	3 243	2 871	2 381	2 567	3 271	3 177	2 658
Ladung	1 000 t	2 679	2 667	2 614	2 289	2 325	2 535	2 303	2 116
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	72	79	87	89	87	72	66	73
Talverkehr									
Güterschiffe	Anzahl	4 140	3 726	3 250	2 681	3 015	3 836	3 798	3 186
Ladung	1 000 t	1 323	1 470	1 509	1 095	1 263	1 771	1 351	1 209
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	70	78	85	87	87	74	69	73
Straßenverkehr									
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 174	9 242	7 302	5 925	8 436	12 707	9 634	8 468
Krafträder und Motorroller	Anzahl	212	188	42	45	127	133	86	63
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	9 899	8 045	6 562	5 320	7 633	11 604	8 802	7 688
Lastkraftwagen	Anzahl	580	425	342	274	284	507	438	383
Zugmaschinen	Anzahl	406	363	294	244	342	393	241	268
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	481	264	174	200	224	339	240	241
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen									
Beförderung Personen	1 000	29 796	30 811	32 647	31 162	32 533	36 183	34 505	30 117
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	24 734	25 307	26 436	27 580	26 770	28 549	27 981	24 504
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	4 549	4 982	5 805	5 267	5 482	6 960	6 104	5 234
Berufsverkehr	1 000	1 017	1 038	1 049	865	902	956	890	851
Gelegenheitsverkehr	1 000	514	522	406	315	281	674	420	379
Ausflugsfahrten	1 000	103	103	73	57	51	119	83	69
Ferienziel - Reisen	1 000	3	4	1	2	1	4	1	2
Mietwagenverkehr	1 000	408	415	332	256	229	551	336	308
Wagenkilometer	1 000	12 996	13 369	12 736	11 525	12 627	15 049	13 101	12 364
Straßenverkehrsunfälle									
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	7 256	6 772	7 462	7 261	6 010	7 584	7 576	7 110
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	1 802	1 672	1 779	1 668	1 507	1 815	1 707	1 603
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	5 454	5 100	5 683	5 593	4 503	5 769	5 869	5 507
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	4 832	3 872	4 244	4 234	3 233	4 125	4 176	3 885
Getötete Personen	Anzahl	1 215	1 228	1 439	1 359	1 270	1 644	1 693	1 622
Pkw - Insassen	Anzahl	90	80	93	106	84	86	77	92
Fußgänger	Anzahl	46	39	44	51	39	40	48	50
Verletzte Personen	Anzahl	23	23	32	43	31	20	20	26
Pkw - Insassen	Anzahl	2 559	2 317	2 471	2 301	2 047	2 452	2 361	2 188
Fußgänger	Anzahl	1 652	1 429	1 692	1 541	1 391	1 480	1 580	1 490
Schwerverletzte	Anzahl	318	292	302	362	295	233	301	280
Pkw - Insassen	Anzahl	854	770	788	750	637	792	769	678
Fußgänger	Anzahl	490	422	489	454	378	417	453	396
	Anzahl	155	142	135	174	138	129	163	131
Bundespost									
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	41 755	40 733	39 572	44 155	39 887	43 433	39 206	44 241
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 079	992	1 037	1 603	796	1 052	976	1 717
Telegramme	1 000	36	32	26	29	26	29	22	27
Postscheckverkehr									
Gutschriften	1 000 DM	1252 762	1362 283	1450 740	1848 781	1499 595	1455 032	1434 542	1554 651
Lastschriften	1 000 DM	1253 489	1360 432	1416 131	1513 621	1527 575	1480 277	1356 588	1614 303
Postsparkassendienst									
Einzahlungen	1 000 DM	23 330	25 396	23 130	27 381	33 949	27 581	23 515	33 411
Auszahlungen	1 000 DM	30 567	33 130	29 386	37 427	31 549	41 707	29 771	43 177
Hörfunk- und Fernsehsehteilnehmer 1)									
Tonrundfunk	1 000	1 115	1 124	1 122	1 124	1 124	1 133	1 136	1 141
Fernsehrundfunk	1 000	1 001	1 014	1 011	1 014	1 014	1 025	1 027	1 030

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehsehteilnehmer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974		1975				1976	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	29 977	32 378	32 038	32 378	32 311	34 540	34 860	35 078	35 441
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	29 811	32 122	31 778	32 122	32 048	34 141	34 457	34 653	35 027
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	7 607	8 116	8 063	8 116	7 957	8 029	8 025	7 974	7 949
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	7 430	7 838	7 797	7 838	7 677	7 706	7 712	7 636	7 591
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	176	278	265	278	281	323	313	337	351
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 395	3 536	3 544	3 536	3 509	3 569	3 629	3 658	3 679
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 999	2 853	2 873	2 853	2 845	2 792	2 825	2 824	2 841
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	395	683	671	683	664	777	804	834	838
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	18 810	20 470	20 171	20 470	20 581	22 543	22 803	23 022	23 400
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	14 121	15 258	14 981	15 258	15 315	16 803	17 004	17 194	17 415
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	4 689	5 212	5 189	5 212	5 266	5 741	5 798	5 828	5 985
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	25 273	27 652	26 694	27 652	27 920	29 505	30 227	31 445	31 517
* Sichteinlagen	Mill. DM	3 804	4 082	4 287	4 082	3 891	4 626	5 189	4 902	4 816
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	3 416	3 707	3 910	3 707	3 556	4 178	4 748	4 471	4 428
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	389	375	377	375	335	448	441	430	388
* Termingelder	Mill. DM	6 757	7 166	6 968	7 166	7 447	5 991	5 937	6 356	6 333
* Spareinlagen	Mill. DM	14 711	16 406	15 439	16 406	16 583	18 888	19 102	20 188	20 368
* bei Sparkassen	Mill. DM	8 861	9 847	9 258	9 847	9 921	11 017	11 128	11 758	11 859
* Gutschriften auf Sparkonten ³⁾	Mill. DM	778	884	793	1 922	1 221	977	881	2 082	1 453
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	725	745	629	962	1 052	777	667	1 003	1 279
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁴⁾	Anzahl	22	31	27	36	41	49	58	66	64
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	18 079	24 823	9 567	41 002	28 435	55 978	15 300	11 919	15 127
* Vergleichsverfahren	Anzahl	1	2	3	2	3	2	3	2	1
* Wechselproteste ⁵⁾	Anzahl	1 604	1 738	1 656	1 750	1 393	1 349	1 124	1 100	1 005
* Wechselsumme	1 000 DM	5 008	6 977	5 860	6 206	5 417	6 268	5 097	4 297	3 589
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	614 781	674 043	710 002	1140 764	619 278	544 700	711 908	1250 282	656 011
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	431 750	477 786	509 810	937 206	378 584	332 532	478 191	965 842	396 760
* Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	264 818	309 591	436 742	499 532	324 546	263 967	419 202	511 313	323 734
* Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	39 883	48 692	159 611	-	-	-	155 105	-	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	102 542	105 011	31 580	296 978	40 513	51 498	29 872	333 862	42 723
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	7 869	8 522	2 197	3 060	2 659	3 140	3 732	3 172	2 096
* Körperschaftsteuer ⁷⁾	1 000 DM	56 522	54 662	39 291	137 636	10 866	13 927	25 385	117 495	28 207
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	7 244	6 416	21 982	-	-	-	25 056	-	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	183 031	196 257	200 192	203 558	240 694	212 168	233 717	284 440	259 251
* Umsatzsteuer	1 000 DM	137 107	134 388	140 025	123 262	196 567	156 624	166 219	169 709	199 181
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	45 924	61 869	60 167	80 296	44 127	55 544	67 498	114 731	60 070
* Bundessteuern	1 000 DM	100 046	95 256	93 990	148 853	104 991	88 051	81 865	130 214	119 236
* Zölle	1 000 DM	6 949	7 057	7 551	9 043	6 694	7 377	7 085	8 410	7 320
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	83 209	78 046	79 358	116 180	89 994	76 286	70 410	114 413	107 166
* Landessteuern	1 000 DM	49 828	47 872	63 672	43 304	42 764	43 601	59 377	44 582	43 584
* Vermögensteuer	1 000 DM	12 766	9 917	27 185	3 561	1 666	1 905	23 901	3 218	755
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	25 607	26 077	23 309	25 307	29 927	28 325	23 117	28 045	31 463
* Biersteuer	1 000 DM	6 294	6 168	6 195	5 532	6 293	6 509	6 097	5 479	6 827
* Gemeindesteuern ⁸⁾	1 000 DM	328 243	352 175	.	379 756	.	361 597	.	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 608	8 370	.	9 078	.	12 105	.	.	.
* Grundsteuer B ⁹⁾	1 000 DM	37 647	39 194	.	37 797	.	62 791	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	237 996	255 166	.	284 821	.	232 615	.	.	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	19 219	21 916	.	22 328	.	22 482	.	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	424 982	446 346	446 784	738 363	421 993	416 980	451 056	789 420	467 310
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	190 160	209 871	222 123	412 847	163 745	144 183	207 660	423 760	172 729
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	119 869	124 979	127 267	129 579	149 234	144 809	159 516	194 136	178 888
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 907	16 240	3 404	47 084	4 023	39 937	2 015	41 310	- 3 543
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	343 212	367 272	389 201	592 181	333 334	309 621	365 847	608 902	315 228
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	189 374	208 573	222 123	409 907	162 967	142 179	206 796	422 972	172 439
* Anteil an den Steuern v. Umsatz ¹⁰⁾	1 000 DM	89 104	94 587	100 002	91 886	123 580	83 904	97 659	100 118	102 748
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 907	16 240	3 404	47 084	4 023	39 937	2 015	41 310	- 3 543
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	390 518	433 467	.	512 715	.	446 770	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ¹¹⁾	1 000 DM	148 511	158 493	.	177 371	.	145 988	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	151 759	177 966	.	240 410	.	171 799	.	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Postscheck- und Postsparkassenämter, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Landesanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 11) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974			1975				1976
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	344	377	.	.	374	402
* Männliche Arbeiter	DM	375	407	.	.	401	430
* Facharbeiter	DM	397	432	.	.	427	455
Angelernte Arbeiter	DM	364	393	.	.	384	412
Hilfsarbeiter	DM	317	338	.	.	328	355
* Weibliche Arbeiter	DM	228	258	.	.	268	283
* Hilfsarbeiter	DM	215	246	.	.	253	272
Bruttostundenverdienste	DM	7,96	8,91	.	.	9,21	9,70
* Männliche Arbeiter	DM	8,50	9,48	.	.	9,77	10,26
* Facharbeiter	DM	8,98	10,01	.	.	10,29	10,82
Angelernte Arbeiter	DM	8,25	9,18	.	.	9,44	9,89
Hilfsarbeiter	DM	7,23	7,93	.	.	8,13	8,44
* Weibliche Arbeiter	DM	5,75	6,54	.	.	6,89	7,21
* Hilfsarbeiter	DM	5,41	6,22	.	.	6,51	6,89
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	43,0	42,1	.	.	40,7	41,4
Männliche Arbeiter	Std.	44,1	42,9	.	.	41,1	41,9
Weibliche Arbeiter	Std.	39,4	39,5	.	.	38,9	39,3
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 971	2 194	.	.	2 261	2 396
männlich	DM	1 744	1 939	.	.	2 013	2 133
weiblich	DM	2 105	2 313	.	.	2 395	2 513
Technische Angestellte	DM	1 345	1 521	.	.	1 582	1 685
männlich	DM	2 223	2 474	.	.	2 527	2 674
weiblich	DM	2 271	2 526	.	.	2 578	2 727
im Handel, Kredit und Versiche- rungen	DM	1 510	1 704	.	.	1 751	1 887
Kaufmännische Angestellte	DM	1 341	1 498	.	.	1 569	1 647
männlich	DM	1 319	1 481	.	.	1 553	1 633
weiblich	DM	1 711	1 889	.	.	1 957	2 062
in Industrie und Handel zusammen	DM	1 021	1 181	.	.	1 248	1 308
Kaufmännische Angestellte	DM	1 674	1 886	.	.	1 958	2 062
männlich	DM	1 481	1 668	.	.	1 742	1 834
weiblich	DM	1 880	2 086	.	.	2 159	2 268
Technische Angestellte	DM	1 131	1 304	.	.	1 370	1 440
männlich	DM	2 191	2 431	.	.	2 478	2 621
weiblich	DM	2 239	2 486	.	.	2 537	2 685
weiblich	DM	1 482	1 663	.	.	1 660	1 794
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 111	1 111	1 105	1 105	1 105	1 109	1 108	1 108	...
Pflichtmitglieder	1 000	677	669	663	661	660	658	657	656	...
Rentner	1 000	370	377	379	380	381	386	387	387	...
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	5,6	5,4	5,5	5,2	4,3	5,0	5,3	4,9	...
Männer	%	5,7	5,1	5,7	5,3	4,5	5,1	5,4	5,0	...
Frauen	%	5,3	5,3	5,5	5,1	4,2	4,8	5,2	4,8	...
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	409 369	420 313	426 004	427 043	427 671	443 497	447 969	448 096	447 484
Ausgezählte Renten	1 000 DM	150 244	173 007	185 270	184 484	184 127	206 675	210 531	210 090	208 890
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	9 176	26 206	30 857	36 497	53 398	49 256	51 370	55 481	65 283
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	8 155	23 618	27 646	32 839	48 556	40 236	42 001	45 365	54 177
Ausgezählte Unterstützungen	1 000 DM
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	149	146	.	145	.	.	.	142	.
Ausgezählte Renten	1 000 DM	40 965	45 747	48 549	48 177	47 797	51 979	51 889	51 695	50 951

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 976	62 054	62 043	62 027	61 991	61 746 ^p
Eheschließungen 1)	Anzahl	32 884	31 439	31 327	24 916	28 997	33 956 ^r	33 033 ^p	24 849 ^p	30 561 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	52 969	52 198	50 339	47 057	48 066	50 551 ^r	48 460 ^p	43 904 ^p	49 484 ^p
Gestorbene 3)	Anzahl	60 919	60 626	62 810	61 516	64 408	57 824 ^r	61 299 ^p	58 822 ^p	65 271 ^p
Geburtenüberschuß	Anzahl	- 7 950	- 8 428	-12 471	-14 459	-16 342	- 7 273 ^r	-12 839 ^p	-14 918 ^p	-15 787 ^p
Arbeitslose	1 000	273	582	672	799	946	1 005	1 061	1 114	1 223
Männer	1 000	150	325	356	449	565	544	565	605	698
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	20 452	20 234	.	.	20 234	.	.	.	19 865 ^p
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	290	313	345	316	315	331	330	289	332
Milcherzeugung	1 000 t	1 772	1 792	1 520	1 461	1 594	1 581	1 588	1 534	1 670
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)	1 000	8 368	8 144	8 068	7 996	7 908	7 561	7 520	7 489	7 438
Beschäftigte	Mill. Std.	929	870	940	870	763	801	850	787	730
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. DM	55 578	62 500	69 733	64 226	61 134	65 593	68 441	63 855	66 134
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	11 936	15 097	16 573	15 390	15 542	14 880	15 457	15 270	16 749
Auslandsumsatz										
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1970 = 100	113	112	113	120	107	104	108	119	108 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	113	112	113	120	108	104	108	120	109 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	112	110	110	117	105	102	105	116	105 ^p
Energiewirtschaft	1970 = 100	140	151	164	177	176	133	162	187	192 ^p
Bergbau	1970 = 100	92	91	95	98	91	79	85	89	82 ^p
Verarbeitende Industrie	1970 = 100	113	111	111	118	105	103	106	117	106 ^p
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1970 = 100	116	116	116	115	98	101	104	113	99 ^p
Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	110	107	105	118	111	102	103	117	110 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	112	108	109	118	102	103	108	117	103 ^p
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1970 = 100	112	114	118	127	111	112	118	128	118 ^p
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	110	105	110	112	86	103	102	107	80 ^p
Steinkohlenförderung	1 000 t	8 112	7 907	8 759	8 099	7 269	7 497	8 139	7 452	6 896 ^p
Braunkohlenförderung	1 000 t	9 888	10 504	11 052	11 434	12 122	9 560	11 223	11 437	11 924 ^p
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	3 069	3 356	3 530	3 394	3 170	2 328	2 422	2 393	2 102
Stahlrohblöcken	1 000 t	4 127	4 388	4 681	4 449	3 955	3 128	3 226	3 211	2 616
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	3 059	3 301	3 606	3 149	2 695	2 410	2 447	2 366	2 197
Stromerzeugung	Mill. kWh	24 916	25 988	28 974	28 473	28 974	22 455 ^p	27 429 ^p	28 363 ^p	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 933	3 978	4 251	4 110	4 160	3 228 ^p	3 677 ^p	3 827 ^p	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 508	1 352	1 338	1 304	1 261	1 217	1 228	1 212	1 184
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	196	173	198	174	131	171	184	157	123
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 445	6 280	7 423	7 157	9 254	6 136	7 139	7 470	9 838
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	54 910	34 375	37 071	27 449	30 506	33 436	35 305	35 007	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	131	139	154	157	183 ^r	165	166 ^r	164 ^r	196 ^p
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	128	146	162	150	146 ^r	153	156 ^r	144 ^r	145 ^r
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	166	173	177	155	163 ^p	141	134 ^p	115	...
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	12 120	14 975	16 769	15 740	14 872	15 733	17 654	15 926	17 348
Ausfuhr	Mill. DM	14 873	19 205	21 388	19 669	20 159	18 496	20 498	19 080	20 578
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	2 753	4 230	4 619	3 929	5 287	2 763	2 844	3 154	3 230

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	98	103	114	109	93	83	90
Binnenschifffahrt	1970 = 100	102	105	112	107	90	98
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	108	117	113	118	111
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	102	102	108	104	98	...	100
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	107	108	118	119	111	113	116	116	...
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	47 429	51 524	48 885	51 880	51 524	53 592 ^r	54 215	56 793	56 480 ^p
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	756 976	814 886	795 191	804 319	814 886	855 864 ^r	870 191	884 491	900 575 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	631 587	672 294	659 622	664 125	672 294	683 961 ^r	689 618	697 816	707 180 ^p
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	125 389	142 592	135 569	140 194	142 592	171 903	180 573	186 675	193 395 ^p
Einlagen von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	592 618	637 091	601 435	610 166	637 091	658 734 ^r	666 283	680 061	707 491 ^p
Spareinlagen	Mill. DM	280 486	310 733	289 557	291 836	310 733	349 008	353 229	356 335	375 637 ^p
Index der Aktienkurse	29.12.72=100	95,6	81,5	74,9	76,6	80,5	91,8	94,2	99,2	101,4
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	70,8	64,2	62,3	63,2	67,2	68,1	67,8	68,4	69,9
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	8 385	9 311	7 649	7 177	18 658	14 134	7 270	6 826	20 017 ^p
Lohnsteuer	Mill. DM	5 105	5 997	6 262	6 174	10 314	5 995	6 058	5 935	10 570 ^p
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	4 152	4 326	4 060	4 642	4 643	4 044	4 478	5 068	5 063 ^p
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 938	2 779	2 455	2 955	3 050	2 678	2 886	3 334	3 373 ^p
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 812	2 794	2 871	2 996	4 434	2 751	3 070	2 935	4 757 ^p
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63=100	118,8	119,2	116,9	120,0 ^r	120,5	137,6	138,7	142,6 ^p	146,0 ^p
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63=100	139,8	148,6	146,3	147,8	148,5	155,5	156,5	157,5	158,2
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1970 = 100	114,1	129,4	132,9	133,0	133,0	136,0	136,1	136,0	136,3
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	187,1	200,8
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	130,9	143,5
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	118,8	127,1	128,8	129,7	130,1	135,9	136,3	136,7	137,1
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	118,0	123,6	123,8	124,8	125,4	130,5	130,6	130,9	131,7
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	120,7	129,7	132,3	133,6	133,9	137,0	137,6	138,0	138,2
Wohnungsmiete	1970 = 100	119,2	125,1	126,5	126,9	127,1	135,0	135,4	135,8	136,1
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	128,2	149,8	153,0	153,5	153,0	173,2	176,0	175,7	174,6
Übriges für die Haushaltsführung	1970 = 100	114,3	123,1	125,6	127,6	128,3	130,8	131,9	132,7	133,2
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	122,6	134,9	137,5	138,0	138,3	144,8	144,9	145,5	145,7
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	121,6	131,8	135,3	136,0	136,5	142,5	143,4	143,9	144,4
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	113,7	123,4	126,2	126,8	127,3	132,1	132,6	132,6	133,5
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1970 = 100	117,8	124,4	126,4	126,5	126,6	131,3	131,4	131,4	131,4
Preisindex für die Lebenshaltung der 4-Personen - Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1970 = 100	118,2	126,3	127,9	128,9	129,3	135,2	135,7	136,1	136,5
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	129,1	139,0	142,8
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	134,1	146,8	151,3
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	133,2	146,5	151,0
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	135,7	151,2	156,7
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	97,0	95,0	94,6
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	98,8	97,1	96,6

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig).

Industrieproduktion im Januar 1976 gegenüber Januar 1975 erfreulich expansiv

Im Januar 1976 war für die rheinland-pfälzische Industrie ein Produktionsergebnis zu verzeichnen, welches um 3,8% unter dem von Dezember 1975, aber um 11,7% über dem von Januar 1975 lag.

Gegenüber Dezember 1975 waren unter den Hauptgruppen für die Grundstoff- und Produktionsgüter- (— 0,9%), die Investitionsgüter- (— 8,7%) sowie die Nahrungs- und Genußmittelindustrien (— 10,5%) Minderungen festzustellen, während lediglich die Verbrauchsgüterherstellung leicht expandierte (+ 0,4%).

Im Vergleich zu Januar 1975 bewegten sich die - ausschließlich positiven - Veränderungen zwischen + 3,8% bei den Verbrauchsgüter- sowie + 15,2% bei den Investitionsgüterindustrien (Nahrungs- und Genußmittel + 8,2%, Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien + 14,2%).

Die Gliederung nach Industriezweigen zeigt insbesondere beim Straßenfahrzeugbau (+ 35,4%), bei der Chemie (+ 20,7%) und beim Maschinenbau einschließlich Datenverarbeitung (+ 12,2%) einen günstigen Entwicklungsverlauf, wogegen die Schuhindustrie um — 10,7% rückläufig war. pe

Wochenarbeitszeit im Handwerk gestiegen

Von Mai bis November 1975 erhöhten sich die durchschnittlichen effektiven Bruttostundenverdienste der Beschäftigten im Handwerk von 9,18 DM um 3,5% auf 9,50 DM. Ihre Bruttowochenverdienste sind um knapp 6% (+ 23 DM) auf 414 DM gestiegen. Die im Vergleich zu den Stundenverdiensten stärkere Lohnsteigerung bei den wöchentlichen Bezügen ist auf die Zunahme der bezahlten Arbeitszeit zurückzuführen, die sich von Mai bis November um eine Stunde auf 43,6 erhöhte. Im Jahresvergleich - von November 1974 (43,7) zu November 1975 - blieb die Veränderung gering, während diese in der Industrie erheblich ausgeprägter war (— 0,9 Stunden von Oktober 1974 zu Oktober 1975).

Vollgesellen und Junggesellen schnitten mit + 3,5 bzw. + 3,4% Lohnsteigerung etwas besser ab als die Gruppe der sogenannten übrigen Arbeiter. Deren durchschnittlicher Bruttostundenlohn erhöhte sich von Mai bis November 1975 um 2,6%, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Lohnentwicklung in den schwach besetzten Kategorien stark von Personalverschiebungen beeinflusst wird.

Der durchschnittliche Stundenverdienst der Vollgesellen stellte sich auf 9,82 DM. Mit 10,26 DM wurde im Handwerkszweig Fleischerei am meisten, mit 8,94 DM im Bäckerhandwerk am wenigsten verdient. Junggesellen erreichten in der Elektroinstallation (7,90 DM), übrige Arbeiter im Tischlerhandwerk (8,93 DM) den höchsten Verdienst. hä

Bauhauptgewerbe im Januar 1976 weiter rezessiv

Im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe waren im Januar 1976 lediglich noch 66 240 Arbeitskräfte beschäftigt, womit der Personalstand des Vor- und Vorjahresmonats um 3,5 bzw. 7,2% unterschritten wurde. Für die Arbeitsleistung ergaben sich im Vergleich zu Dezember 1975 und Januar 1975 noch wesentlich spürbarere Minderungen, und zwar um 12,8 bzw. 21,8%. Die Lohn- und Gehaltssumme verringerte sich gegenüber den Vergleichsmonaten um 24,7 bzw. 20,9%.

Von Januar 1974 auf Januar 1975 waren im Bauhauptgewerbe für Beschäftigte und geleistete Arbeitsstunden Veränderungen von — 12,7 bzw. — 8,0% festgestellt worden. pe

Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand 1975 um 22% zurückgegangen

In Rheinland-Pfalz wurden 1975 von der öffentlichen Hand Tiefbauaufträge in Höhe von 781 Mill. DM vergeben; das sind 22% weniger als im Jahr zuvor. Nicht enthalten sind in dieser Summe Aufträge unter 25 000 DM und solche von Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern. Die höchsten Anteile entfielen auf Straßenbauten (55%) und wasserwirtschaftliche Tiefbauten (17%). Im Vorjahr verzeichneten Straßenbauten (55%) und Straßenbrückenbauten (21%) die höchsten Vergabesummen. Während 1975 die Aufträge für Straßenbauten um 23% und für Straßenbrückenbauten um 61% zurückgingen, konnte für wasserwirtschaftliche Tiefbauten eine Zunahme um 13% festgestellt werden.

Wie schon in den vergangenen Jahren nahm unter den Bauherren der Bund mit 59% der gesamten Auftragsvergaben die erste Stelle ein, gefolgt von den Gemeinden und Gemeindeverbänden (29%), dem Land (7,5%) und den sonstigen Bauherren (5,0%). Die vom Bund verausgabten Mittel fanden hauptsächlich Verwendung für Straßenbauten (59%), sonstige Tiefbauten (20%) und Straßenbrückenbauten (14%). Von den Landesmitteln betrafen allein 77% Straßenbauten. Gemeinden und Gemeindeverbände setzten Prioritäten für Straßenbauten (49%) und wasserwirtschaftliche Tiefbauten (46%). Knapp drei Zehntel der insgesamt 2 409 Vergaben hatten einen Auftragswert von 100 000 bis 300 000 DM, 135 Aufträge überschritten die Millionengrenze. wr

Güterumschlag auf den Wasserstraßen 1975 rückläufig

Der Schiffsverkehr in den rheinland-pfälzischen Häfen, Lösch- und Ladestellen ging im Jahre 1975 gegenüber dem Vorjahr um 5 291 oder 11,2% auf 41 980 Schiffe zurück. Davon waren 89% Güterschiffe mit eigener Triebkraft (— 10,6%). Unter den Güterschiffen ohne eigene Triebkraft (— 15,5%) befanden sich 85% Schubleichter, deren Einsatz im Jahre 1975 um 10,9% zurückging.

Der Güterumschlag, der bereits im Jahre 1974 durch die konjunkturelle Abschwächung der Bauwirtschaft eine negative Entwicklung aufwies (— 5,7%), erreichte im Jahre 1975 ein Aufkommen von 32,2 Mill. t (— 6,4%). Es wurden 14,9 Mill. t Güter verladen (— 5,8%) und 17,3 Mill. t gelöscht (— 6,9%).

Für das Gebiet des Oberrheins von Worms bis zur Landesgrenze wurde die höchste Einbuße von 1,3 Mill. t oder — 9,0% errechnet, wobei Ludwigshafen mit einem Umschlag von 7,1 Mill. t einen Rückgang um 1,2 Mill. t oder 14,8% hinnehmen mußte. Dagegen erzielten der Mineralölhafen Wörth eine Umschlagssteigerung von 14,9% auf 1,0 Mill. t und Otterstadt, wo nur Kies verladen wird, eine Zunahme um 54,2% auf 1,2 Mill. t. Das nördliche Mittelrheingebiet von Bingen bis zur Landesgrenze wies eine nur geringe Minusrate (— 1,8%) auf. In Andernach, dem drittgrößten Hafen des Landes, wurden um 2,0% mehr Güter gelöscht und geladen.

Beim Versand wurde die höchste Abnahme für Eisen, Stahl und NE-Metalle (— 33,8%), beim Empfang für Düngemittel (— 22,5%) errechnet. Nur für die Güterhauptgruppe Mineralölzeugnisse wurde im Jahre 1975 eine Zunahme des Güterumschlags (+ 0,8%) ermittelt. gz

Konsumfreudigeres Kaufverhalten der privaten Verbraucher im Jahre 1975

Nach der abgeschwächten Geschäftstätigkeit des Einzelhandels im Jahre 1974 zeigte sich 1975 wieder eine merkliche Umsatzbelebung. Der Einzelhandelsumsatz stieg in Rheinland-Pfalz gegenüber dem Vorjahr um 9,5%. Berücksichtigt man die Preissteigerungen, verbleibt ein Umsatzplus um 3,1%. Die Vergleichswerte für 1974 beliefen sich auf + 6,6 und — 0,9%. Trotz der günstigen Umsatzentwicklung ging im Jahre 1975 die Zahl der im Einzelhandel beschäftigten Personen um 1,5% weiter zurück (1974: — 1,7%), wobei die Zahl der Teilzeitbeschäftigten um 2,5% zunahm, während sich diejenige der Vollzeitbeschäftigten um 2,8% verringerte.

Zwischen den einzelnen Branchen wurden sehr unterschiedliche Entwicklungen beobachtet. Während der Umsatz des Einzelhandels mit Kraftfahrzeugen 1974 noch um 10,2% rückläufig war, stieg er im Jahre 1975 um 21,9% merklich an, was einem realen Umsatzplus von 11,8% entspricht. Auffällig war auch, daß in dieser Branche, die die höchste Zuwachsrates aller Wirtschaftszweige des Einzelhandels verzeichnen konnte, 7,3% weniger Personen tätig waren als noch vor einem Jahr. Im Einzelhandel mit Brennstoffen ging dagegen der Umsatz nominal um 0,9%, real um 11,4% zurück, während er in den beiden Jahren zuvor infolge der besonderen Energiesituation erheblich expandierte. Der Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln erzielte nominal um 9,3%, real um 2,8% höhere Umsätze als im Jahre 1974. In diesem Facheinzelhandel setzte sich die Verlagerung zu größeren wirtschaftlichen Einheiten besonders deutlich fort: Während die Geschäfte mit bis zu 4 Verkaufsstellen von einer Umsatzzunahme um 6,2% berichteten, was ausschließlich auf die Preissteigerungen zurückzuführen ist, belief sich die Plusrate der Unternehmen mit 5 und mehr Verkaufsstellen auf 20,5%. Unter den einzelnen Zweigen des Textileinzelhandels, der seinen Umsatz nominal um 6,6%, real um 1,3% ausweiten konnte, erzielten die Geschäfte mit Damenoberbekleidung, die von der Mode stark beeinflusst wurden, eine überdurchschnittlich hohe Umsatzzunahme um 11,1%. sr

Rund drei Fünftel weniger landwirtschaftliche Betriebe als 1949

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe hat sich in Rheinland-Pfalz seit 1949 von 219 000 auf nunmehr 87 000 reduziert. Dabei zeigt sich, daß vor allem die Landkreise, in denen ausreichend gewerbliche Arbeitsplätze zur Verfügung standen, überdurchschnittliche Rückgangsraten aufwiesen. In den Gebieten ohne außerlandwirtschaftliche Erwerbsmöglichkeiten sowie in denen mit vorherrschendem Sonderkulturanbau war dagegen eine größere Stabilität der Betriebe festzustellen. Weit stärker als die Betriebe insgesamt (— 60%) haben sich diejenigen in den Größenklassen unter 2 ha (— 71%), von 2 bis 5 ha (— 74%) sowie 5 bis 10 ha (— 63%) vermindert. Bei den Höfen von 10 bis 20 ha Größe sind zwischen 1949 und 1960 noch Zugänge um 41% zu verzeichnen gewesen. Seit 1960 ist ihre Zahl jedoch um ein Viertel weniger geworden, so daß sie bezogen auf den gesamten Zeitraum von 1949 bis 1975 nur um etwa 6% angestiegen ist. Betriebe über 20 ha fanden sich 1949 erst 2 500, 1975 dagegen bereits 11 600. Während bereits seit 1973

die Betriebe zwischen 20 und 25 ha keine Zunahmen mehr verzeichnen, deuten seit 1974 auch schon die von 25 bis 30 ha eine rückläufige Tendenz an. lx

Mehr über dieses Thema auf Seite 56

6,5 Mill. hl Wein erzeugt

Im Herbst 1975 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 6,5 Mill. hl Wein (einschließlich Jungwein) erzeugt. Dieses Ergebnis übertrifft das von 1974 um 1 Mill. hl oder 19%.

Die Gesamtmenge setzte sich aus 6,1 Mill. hl Weißwein und gut 440 000 hl Rotwein zusammen. Hinsichtlich der Qualitäten ergab sich für Weißwein folgende Verteilung: 3,15 Mill. hl (52%) Prädikatswein, 2,78 Mill. hl (46%) Qualitätswein und 134 000 hl (2%) Tafelwein.

Im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz belief sich die Wein-erzeugung auf 4,42 Mill. hl, im Bezirk Trier waren es 1,25 Mill. hl und in Koblenz 830 000 hl. Im Regierungsbezirk Trier entfielen vom Weißwein 63% auf Prädikatswein. Die Zahl der Betriebe, die selbst Wein erzeugen, verminderte sich gegenüber 1974 um 1 189 auf 26 238. kn

Themen der letzten Hefte**Heft 11/November 1975**

Autobahnen 1950 - 1976
Schülerverkehr 1974
Jugendarbeitsschutz 1974
Öffentliche Jugendhilfe 1964 - 1974
Wohngeldzahlungen 1974
Beschäftigtenstruktur der Industrie 1958 - 1974
Beherbergungs- und Gaststättenpreise 1971 - 1975

Heft 12/Dezember 1975

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1975
Landwirtschaftliche Arbeitskräfte
Abfallbeseitigung 1975

Heft 1/Januar 1976

Allgemeinbildende Schulen 1975/76
Allgemeine Sterbetafel 1970/72
Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1975
Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung der Industrie 1957 - 1973

Heft 2/Februar 1976

Zahlungsschwierigkeiten 1975
Heilbäder 1951 - 1975
Berufsbildende Schulen 1975/76
Investitionen 1974

Themen der nächsten Hefte

Personal im öffentlichen Dienst 1975
Studenten 1975/76
Erwerbstätigkeit 1975
Industrie 1975
Öffentliche Tiefbauaufträge 1975

Der dritte und letzte Statistische Bericht mit Ergebnissen über die 1 %-Wohnungsstichprobe 1972 ist erschienen:

FO – 3 GRUNDSTÜCKE UND IHRE BEBAUUNG 1972

Umfang 18 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 2,00

Neben allgemeinen Informationen über den städtebaulichen Teil der Stichprobe enthält der Bericht die zum Verständnis der 7 Tabellen notwendigen methodischen Begriffsabgrenzungen sowie in der Anlage die Erhebungspapiere.

Bereits Ende 1974 / Anfang 1975 wurden zwei andere Statistische Berichte mit Ergebnissen über die 1 %-Wohnungsstichprobe 1972 veröffentlicht:

FO – 1 GEBÄUDE UND WOHNUNGEN IM APRIL 1972

Umfang 22 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 1,60

Dieser Bericht enthält allgemeine Hinweise und Definitionen sowie 18 Tabellen.

FO – 2 HAUSHALTE UND DEREN UNTERBRINGUNG IM APRIL 1972

Umfang 12 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 1,20

9 Tabellen.

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	Ø = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.